

Mann, Gerald H.

Working Paper

60 Jahre "Wohlstand für alle": Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft

Arbeitspapiere der FOM, No. 74

Provided in Cooperation with:

FOM Hochschule für Oekonomie & Management gGmbH

Suggested Citation: Mann, Gerald H. (2019) : 60 Jahre "Wohlstand für alle": Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft, Arbeitspapiere der FOM, No. 74, ISBN 978-3-89275-096-3, MA Akademie Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/201508>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nr.
74

60 Jahre „Wohlstand für alle“
Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft

~
Gerald Mann

Arbeitspapiere der FOM

Gerald Mann

60 Jahre „Wohlstand für alle“

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft

Arbeitspapiere der FOM, Nr. 74

Essen 2019

ISSN 1865-5610 (Print) – ISSN 2569-5800 (eBook)

ISBN 978-3-89275-095-6 (Print) – ISBN 978-3-89275-096-3 (eBook)

Dieses Werk wird herausgegeben von der FOM Hochschule für Oekonomie & Management gGmbH

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 by



MA
Akademie
Verlags- und Druck-
Gesellschaft mbH

MA Akademie Verlags-
und Druck-Gesellschaft mbH
Leimkugelstraße 6, 45141 Essen
info@mav-verlag.de

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urhebergesetzes ist ohne Zustimmung der MA Akademie Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen. Oft handelt es sich um gesetzlich geschützte eingetragene Warenzeichen, auch wenn sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Gerald Mann

*60 Jahre „Wohlstand für alle“
Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft*

Mit Beiträgen von:

Ulrich Horstmann

Markus Kiefer

Roland Pelikan

Guido Pöllmann

Thorsten Polleit

Luise Gräfin v. Schlippenbach

Stephan Werhahn

Martin Zeil

Arbeitspapiere der FOM Hochschule für Oekonomie & Management

Nr. 74, Essen 2019

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

ISBN 978-3-89275-095-6 (Print) – ISBN 978-3-89275-096-3 (eBook)

Vorwort

Mit dem vor 120 Jahren geborenen und vor 40 Jahren verstorbenen Ludwig Erhard als Denker und Wirtschaftsminister ist der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg untrennbar verbunden. Von vielen wird diese Zeit als "Wirtschaftswunder" bezeichnet. Erhard selbst stand diesem Begriff distanziert gegenüber. Doch viele Zeitgenossen haben es nach den Entbehrenungen des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit genauso empfunden. Heute wird „Soziale Marktwirtschaft“ gerne als ein immer weiterwachsender Sozialstaat mit ein wenig "Rest-"Marktwirtschaft interpretiert. Ludwig Erhard sah das in seinem vor 60 Jahren erschienen Werk „Wohlstand für alle“ ganz anders: Nur durch Eigenverantwortung der Menschen, kombiniert mit einem sich auf gute Ordnungspolitik beschränkenden Staat, ist Wohlstand für alle möglich. Die Alternative zu diesem positiven Menschenbild ist der von Erhard befürchtete „soziale Untertan“ als Ergebnis von immer mehr Staatsinterventionismus. Das Gedenkjahr 2017 ist also in dreifacher Hinsicht guter Anlass, sich auf Ludwig Erhard und sein Werk zu besinnen.

Vor diesem Hintergrund hat die FOM Hochschule in München dem Politiker und Wirtschaftswissenschaftler Ludwig Erhard am 11. Mai 2017 mit spannenden Vorträgen und anschließender lebhafter Diskussion gedacht, die in diesem vorliegenden Arbeitspapier nun dokumentiert und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der wissenschaftliche regionale Gesamtstudienleiter der FOM Hochschule in München und VWL-Professor Dr. Gerald Mann führte in die Thematik ein. Dr. Luise Gräfin v. Schlippenbach, 1922 geboren und Presse-Referentin der Presse-Abteilung Ludwig Erhards, 1948/1949 in der „Verwaltung für Wirtschaft“, Höchst a. M., erinnerte an seine These, der Staat solle sich so wenig wie möglich einmischen und nur so viel Soziales wie unbedingt nötig bieten. Erhard sei immer das eigenverantwortliche Handeln der Menschen wichtig gewesen, das es zu fördern galt und auch heute noch gilt: Soziale Marktwirtschaft muss die wirklichen Nöte seiner Bürger abfedern können, jedoch nicht darüber hinaus gehen, denn im Fokus steht der Bürger mit seiner Eigenverantwortung, so die Zeitzeugin. Als Ausgangspunkt der Erhardschen Reformpolitik nannte sie die Währungsreform 1948 mit der von ihm mutig gegen Widerstände von Gewerkschaften, Politik und nicht zuletzt alliierten Entscheidungsträgern durchgesetzten Preisfreigabe.

Stephan Werhahn, Enkel Konrad Adenauers und Gründer des Instituts „Europa der Marktwirtschaften“ betonte, Erhard und Adenauer seien zu ihrer Zeit einerseits ein kongeniales Team gewesen, das sich am Ende jedoch gegenseitig im Weg stand. Trotzdem sei die Epoche, die als Wirtschaftswunder bezeichnet werde, ohne diese beiden Führungspersönlichkeiten so nicht denkbar. Dr. Guido Pöllmann, VWL-Professor an der FOM, wies darauf hin, dass die Soziale Marktwirtschaft nie im Grundgesetz verankert worden sei und dass sie dennoch als Leitbild marktwirtschaftlicher Ordnung für Deutschland gelte. „Wirtschaftsfreiheit und sozialer Friede sind eng miteinander verbunden“, so Pöllmann. Diese Wirtschaftsordnung basiere auf unterschiedlichen Denkansätzen von klassisch-liberal bis hin zu christlich-sozial.

Der evangelische Theologe Dr. Roland Pelikan, Sozial- und Industriefarrer und Sozialethiker vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (kda), beleuchtete die Soziale Marktwirtschaft aus ethischer Sicht: Auch wirtschaftliche Aktivität habe in Verantwortung vor Gott und den Menschen zu geschehen. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft seien auch nach eigenem Bekunden durch das christliche Menschenbild zutiefst geprägt gewesen. Dr. Markus Kiefer, BWL-Professor an der FOM Düsseldorf, erläuterte die Sichtweise der Deutschen zur Sozialen Marktwirtschaft gemäß verschiedener Umfragen und Statistiken, darunter dem ZDF-Politbarometer sowie der Allensbacher Umfrage: Das Wissen um und die Wertschätzung für die Soziale Marktwirtschaft in der Allgemeinheit hätten in den vergangenen Jahrzehnten stark nachgelassen und seien somit stark ausbaufähig.

Martin Zeil, Rechtsanwalt, berichtete aus seiner Erfahrung als früherer bayerischer Wirtschaftsminister. Dabei griff er das schwierige Thema Rettung von Pleite-Unternehmen auf, bei dem viele Bürger gerne eine vermeintlich starke Politik dahingehend sähen, dass angeschlagene Unternehmen auch gegen die ökonomische Vernunft zu retten seien: Soziale Marktwirtschaft ist keine Schönwetter-Veranstaltung. Manchmal müssen auch harte Entscheidungen getroffen werden. Aber wer sich anstrengt, sollte auch aufsteigen können. Gerechte Bildungschancen zu bieten, ist die erste Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Hier liegt die Zukunft – wir müssen die Menschen zu mehr Eigenverantwortung führen. Wettbewerb und damit auch das Scheitern von Unternehmen seien unaufgebbarer Kernbestandteil von Marktwirtschaft und der daraus erwachsende Wohlstand sei die bestmögliche soziale Errungenschaft.

Dr. Thorsten Polleit, Honorarprofessor an der Uni Bayreuth, Chefvolkswirt, Fondsmanager und Publizist, arbeitete die Nähe und die Unterschiede der Sozialen Marktwirtschaft zur klassischen Ökonomik heraus. Für den Präsidenten des

deutschen Ludwig von Mises Instituts berücksichtigten die Denker der Sozialen Marktwirtschaft die Gefahr zu wenig, dass der Staat seine Tätigkeit immer weiter ausdehnen wird, was an der seit Jahrzehnten wachsenden Staatsquote ablesbar ist. Diese gegen die Ideen von Erhard und seinen Mitstreitern gerichtete Entwicklung werde in ihren Gefahren für Freiheit, Eigentum und Wohlstand viel zu wenig erkannt.

Dr. Ulrich Horstmann, Wertpapieranalyst und Mitherausgeber des Sammelbandes „Ludwig Erhard jetzt“ (2015), hielt zum Abschluss der Veranstaltung ein lebhaftes Plädoyer für die Wiederbelebung der „echten“ Sozialen Marktwirtschaft, also im eigentlichen Sinne Ludwig Erhards, mit weniger (Umverteilungs-)Staat und mehr Eigenverantwortung. Ansonsten sei der noch hohe Wohlstand auf Dauer nicht zu halten.

Die Mitwirkenden des Symposiums und Autoren wünschen den Lesern reichen Erkenntnisgewinn bei der Lektüre und sind für Anregungen dankbar.

München, im Juni 2019

Professor Dr. Gerald Mann

Martin Zeil, Staatsminister a.D.

Inhalt

1	„Soziale Marktwirtschaft“ Gestern, Heute Morgen? <i>Luise Gräfin v. Schlippenbach</i>	1
2	Konrad Adenauer und Ludwig Erhard – Von einer kongenialen Partnerschaft zu einem schwierigen Verhältnis <i>Stephan Werhahn</i>	9
3	Theoretische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft <i>Guido Pöllmann</i>	19
4	Die Soziale Marktwirtschaft aus Sicht der evangelischen Sozialethik <i>Roland Pelikan</i>	39
5	Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems <i>Markus Kiefer</i>	59
6	Die „Soziale Marktwirtschaft“ Erhardscher Prägung aus Sicht der klassischen liberalen Ökonomik <i>Thorsten Polleit</i>	91
7	Ludwig Erhard jetzt! <i>Ulrich Horstmann</i>	119

Autorenverzeichnis

Dr. Ulrich Horstmann, Wertpapieranalyst und Mitherausgeber des Sammelbandes „Ludwig Erhard jetzt!“, München

Prof. Dr. Markus Kiefer, Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insb. Unternehmens- und Wirtschaftskommunikation, Heiligenhaus

Prof. Dr. Gerald Mann, Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und regionaler Gesamtstudienleiter am FOM Hochschulzentrum München

Dr. Roland Pelikan, Sozial- und Industriepfarrer, Sozialethiker vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (kda), München

Prof. Dr. Guido Pöllmann, Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und regionaler Studienleiter der FOM Open Business School am FOM Hochschulzentrum München

Prof. Dr. Thorsten Polleit, Honorarprofessor an der Universität Bayreuth, Präsident des Ludwig-von-Mises-Institut Deutschland e. V., Chefvolkswirt, Fondsmanager und Publizist, Königsstein im Taunus

Dr. Luise Gräfin v. Schlippenbach, Pressereferentin in der Presseabteilung Ludwig Erhards 1948/49, Höchst a. M.; 1950 Wirtschaftsredakteurin im Hauptstadt-Büro der „Welt“, Bonn; 1955-66 Freie Wirtschaftsjournalistin, Köln; 1966-73 Prokuristin der Konzernleitung der „Agrippina“-Gruppe, Leiterin der Stabsabteilung PR und Werbung, Köln

Stephan Werhahn, Rechtsanwalt, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Steinbeis-Instituts Europa der Marktwirtschaften e.V. - Institute Europe of Market Economies (IEM), München

Martin Zeil, Rechtsanwalt, Staatsminister a.D., München

1 „Soziale Marktwirtschaft“ Gestern, Heute Morgen?¹

Luise Gräfin v. Schlippenbach, (Mai 2019) München

¹ Dieser Beitrag wurde in Zügen bereits auf der Homepage der Ludwig-Erhard-Stiftung veröffentlicht unter: <https://www.ludwig-erhard.de/zeitzeugen/soziale-marktwirtschaft-gestern-heute-morgen> (letzter Zugriff 24.04.2019).

Meine erste Begegnung mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ fand im Frühjahr 1948 statt, nachdem Ludwig Erhard am 2. März Direktor der „Verwaltung für Wirtschaft“, in Höchst a. M. geworden war, der Vorläuferin des „Bundewirtschaftsministeriums“.

Seit Herbst 1946 leitete ich dort – ich hatte sie auch aufgebaut – die sogenannte „Preismeldestelle“, die oberste Preis-Statistik, die stets die Unterlagen zu liefern hatte, wenn es darum ging, Preise überregional behördlich festzusetzen. Regional geschah dies in den drei Zonen, der britischen, der amerikanischen und später auch in der französischen Besetzungszone, in den sogenannten „Preisbildungsstellen“. Sie hatten meinem Referat ihre Unterlagen, – einen wahren Unwust – zuzuleiten, damit sie dort von mehreren Mitarbeitern – es gab noch keine Computer – mühsam per Hand registriert wurden.

Wir hatten aus der Nazi-Zeit ein durch und durch sozialistisches, planwirtschaftliches System übernommen, bis in die Nachkriegszeit hinein, in dem der Staat alles regelte und damit auch die Preise. Der Erfolg war, dass niemand mehr das geringste Interesse daran hatte, noch irgendetwas zu verkaufen. Die Mark war nichts mehr wert und die „sozialen Preise“ deckten nicht die Unkosten. Schaufenster und Regale wurden zunehmend leerer.

In dieses Szenario hinein kam nun der „Revolutionär“ Ludwig Erhard. Eine seiner ersten Amtshandlungen war es, mein Referat, die „Preismeldestelle“, aufzulösen. Er meinte, dass man sie nicht mehr brauche. Denn bei ihm wurden keine Preise mehr festgesetzt, vielmehr leitete er die sukzessive Preisfreigabe ein, damit sich die Preise am „Freien Markt“ von selber nach Angebot und Nachfrage einpendeln. Wir, die wir nichts anderes kannten, als dass der Staat alles regelt, glaubten nun käme das totale Chaos. Doch das war der Durchbruch von der Staats- zur Marktwirtschaft mit einem unwahrscheinlichen wirtschaftlichen Boom.

Was ist Erhards Rezept, was sind die Thesen seiner Lehre, die zu einem solchen Erfolg führten?

So wenig Staat wie möglich, nur so viel Soziales wie nötig.

Der Staat hat sich nicht einzumischen in Wirtschaft und Privates. Seine Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den *absoluten* Wettbewerb garantieren und dies mit Hilfe eines Kartellgesetzes, um die Bildung von Monopolen zu vermeiden und eine strenge Aufsicht von Banken und Versicherungen.

In diesem ordnungspolitischen Rahmen kann sich eine florierende Marktwirtschaft entwickeln, die deswegen die sozialste ist, weil sie es der Mehrzahl der Bürger ermöglicht, ihr Leben, das ihrer Familien und auch die Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens, also auch die Altersvorsorge, aus eigener Kraft, in eigener Verantwortung und ohne soziale Hilfe des Staates, *selber* zu meistern. Erst, wenn das nicht reicht oder gar nicht geht, hat der Staat bzw. die Allgemeinheit die Pflicht, einzuspringen, denn niemand darf bei uns je wieder echte Not erleiden.

Dazu nun Erhard:

„Soziale Sicherheit ist nicht gleichbedeutend mit Sozialversicherung für alle, nicht mit der Übertragung der individuellen menschlichen Verantwortung auf irgendein Kollektiv. Am Anfang muss die eigene Verantwortung stehen und erst dort, wo diese nicht ausreicht oder versagen muss, setzt die Verpflichtung des Staates und der Gesellschaft ein.“

„Der Soziale Zwangsschutz muss und sollte dort haltmachen, wo der Einzelne und seine Familie in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen.“

„Darum stellt sich uns zuletzt die Frage, ob wir einig in dem Willen und der Verpflichtung, keinen deutschen Menschen mehr der Not ausgesetzt zu sehen, gut daran tun, die besten menschlichen Tugenden im perfektionierten Kollektivismus gar völlig zu ersticken oder ob wir nicht im Streben nach mehr Wohlstand und durch die Eröffnung immer besserer Chancen zur Gewinnung persönlichen Eigentums dem verderblichen Geist des Kollektivismus Todfeinde ansagen sollten. Meine Meinung dazu liegt klar und eindeutig zutage. Ich hoffe, dass meine *Mahnung* nicht ungehört verhallt.“

Im Gegensatz zu der immer noch in der Öffentlichkeit herumgeisternden Mär, Erhards Lehre sei kalt und nur für Reiche, schlug in Wahrheit sein durch und durch soziales Herz vor allem für die unteren Einkommensbezieher, besonders die Arbeiter, denen es damals sehr schlecht ging. Er wollte ihnen helfen und eröffnete ihnen die Möglichkeit, sich an jenen Betrieben zu beteiligen, in denen sie arbeiteten.

Erhards oberstes Prinzip war es, zuerst die Bürger zu fordern und dann erst zu fördern. So rief er uns nahezu täglich durch den Äther zu: „Masshalten, Masshalten bei Löhnen, Masshalten bei Preisen und vor allem Masshalten bei den Ansprüchen.“

Von uns Bürgern erwartete Erhard trotz schwierigster Nachkriegszeit Sparleistungen. Hatten wir sie erbracht, wurde jede belohnt, die kleineren durch Prämien, die größeren durch steuerliche Absetzmöglichkeiten. Das Sparkonto brachte vier bis viereinhalb Prozent Zinsen. Der Kapitalmarkt wachte wieder auf, bot neue Sparformen an, z. B. das Investment-Sparen.

So konnte man aus den Zinsen zunächst die Kreditzinsen für den Bau bezahlen, die ähnlich niedrig waren wie heute und behielt dann noch etwas übrig. Bald kam der erste Kühlschrank, das erste Auto, der Käfer, die erste Reise, meistens nach Italien.

Es gab auch wieder alles zu Essen und zu Trinken, die „Fresswelle“ boomte. Man wurde runder.

In dieser euphorischen Aufbauphase gab es eine große Sorge. Man wusste nicht, wie man das Alter der Kriegsgeschädigten, der Kriegsheimkehrer sowie der „Trümmerfrauen“, jener wunderbaren Mütter, die die Trümmer auf den Straßen nach den Bombenangriffen für ihre Kinder abräumten, damit sie wieder anfangen konnten, zu leben, zu arbeiten, aufzubauen, finanzieren sollte. Es war ja nichts mehr da.

Bis eines Tages ein Sohn Adenauers, der Pater geworden war, aus dem Kloster Gedanken mitbrachte, die dem „Alten“, wie Adenauer damals genannt wurde, gefielen: der „Generationenvertrag“, die „Dynamische Rente“ mit dem „Umlageverfahren“, nicht zu verwechseln mit der „Umverteilung“. Die Kinder müssen ran. Das ist die Notlösung, nicht auf Dauer, nicht ideologisch. Ganz leise kam dann aber auch der Zweifel. „Das ist ja alles ganz schön, solange es aufwärts geht, was aber ist, wenn es abwärts geht?“, meinte Adenauer.

Ludwig Erhard war ganz und gar nicht begeistert von diesem Gesetz. Es gab deswegen heftige Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Erhard. Er empfand dieses Gesetz wieder als einen Eingriff in seine „Freie Marktwirtschaft“. Vor allem aber war er ganz und gar gegen das Umlagesystem, das nächste Generationen belastet. Außerdem hatte er Befürchtungen für eine gesunde Entwicklung der Volkswirtschaft.

Schließlich aber musste Ludwig Erhard sich der Not der Stunde beugen. Doch seinem Prinzip blieb er treu. Die Beitragsbemessungsgrenze endete schon weit unten, sodass nur die geringeren Einkommensbezieher sozial abgedeckt waren. Wer darüber verdiente, musste selber vorsorgen.

Dieser eng begrenzte Sozial-Staat Adenauerscher und Erhardscher Prägung war human, übereinstimmend mit der Christlichen Sozial-Lehre und vor allem *bezahlbar*. Doch so sollte es nicht bleiben.

Schon bald nach Ludwig Erhards Abschied von der politischen Bühne, nach 1966, erlahmte sein Einfluss und die Sehnsucht nach dem schützenden Vater Staat gewann zunehmend die Oberhand. Man wollte Mehr als die Abwehr von Not, nicht mehr so viel arbeiten, weniger Stress, es sollte menschlicher, gerechter zugehen mit einer Wirtschaft, die für den Menschen da ist und keine, in der der Mensch für die Wirtschaft da sein müsse. Um sich das alles zu erfüllen, sehnte man sich nach dem „Solidarstaat“, eine fundamentale Abkehr von Erhards strengen Prinzipien, vom eigenverantwortlichen Bürger.

So sprengte man den eng begrenzten Erhardschen Sozialstaat, erweiterte ihn in ein Kollektiv und zunehmend in einen Wohlfahrtsstaat.

Das begann damit, dass sich nun jeder Deutsche mit einem größeren einmaligen Betrag, unabhängig von der Höhe seines Einkommens, freiwillig in das soziale Netz einkaufen konnte. Anfang der siebziger Jahre wurden dann die Gehaltsempfänger – wieder ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens – von wenigen Ausnahmen abgesehen – obligatorisch sozial eingebunden. Man freute sich, dass die hohen Einzahlungen der Beiträge, dazu das Umlageverfahren, die Verlagerung von Ansprüchen in die Zukunft, so viele Mittel in die Sozialkassen spülten – bis heute –, dass viele soziale Wohltaten über die Bürger gestreut werden können. Dazu viele Familienunterstützungen. Frau Nahles nannte kürzlich die Zahl von 145 verschiedenen. Seitdem spricht man von der Fortentwicklung der Erhardschen „Sozialen Marktwirtschaft“, des „Sozialstaates“.

Es gab aber auch schon warnende Stimmen in den 70. und 80. Jahren. Reformpläne, nachzulesen in damaligen Veröffentlichungen der „Ludwig-Erhard-Stiftung“. Sie alle wollten schon damals das Umlageverfahren wieder zurückführen in das Kapitaldeckungsverfahren, das den Ablauf der Altersvorsorge in die eigene Generation verlagert.

Doch das wurde – soviel ich mich erinnere – niemals wesentlich in der Öffentlichkeit erörtert. Das Thema war Tabu, die Lehre Erhards zunehmend nicht mehr in den Lehrplänen vermittelt, wie mir Professoren sagten.

Bis um die Jahrtausendwende unter dem Einfluss der „Fünf Weisen“ die Politik erkannte, dass Ludwig Erhard doch wohl ein Visionär gewesen sein musste, als er schon 1957 in seinem Standardwerk, „Wohlstand für alle“, Kapitel 12, eindringlich vor der Erweiterung des „Sozialstaates“ in ein Kollektiv warnte, weil auf Dauer zunehmend unfinanzierbar.

In dieser Erkenntnis hat die damalige Regierung das Parlament darauf aufmerksam gemacht, dass künftig der Staat nicht mehr soviel leisten könne wie bisher und wieder mehr Eigenleistung der Bürger erwarten müsse.

In diesem Zusammenhang wurde dann wieder die staatliche Unterstützung der freiwilligen Eigenleistung der Bürger im „Kapitaldeckungssystem“ eingeleitet als dritte Säule der Altersvorsorge neben sinkendem Rentenniveau und Betriebsrente.

Dies in der Rückbesinnung darauf, dass es Pflicht einer humanen Gesellschaft, eines humanen Staates sei, untere Einkommensschichten sozial abzufedern, dass aber ein Jedes Mehr volkswirtschaftlich nicht zu verantworten sei.

Denn allein ein begrenzter Sozialetat ermögliche einen ausgewogenen Gesamthaushalt, der wiederum Impulse setzte für die Entwicklung einer florierenden Marktwirtschaft mit dem eigenverantwortlichen Bürger im Fokus.

Fazit Erhards aus alledem:

Das unabdingbare Korrelat zur Demokratie sei die freie, florierende und damit auch soziale Marktwirtschaft.

2 Konrad Adenauer und Ludwig Erhard – Von einer kongenialen Partnerschaft zu einem schwierigen Verhältnis

Stephan Werhahn

Trotz meiner verwandtschaftlichen Nähe zu Konrad Adenauer, dessen 50. Todestag wir gerade begangen haben, versuche ich mich der komplexen Fragestellung und außergewöhnlichen historischen Konstellation, die zudem Schwerpunkt dieser Publikation sind, mit Objektivität von einem eigenen Standpunkt aus zu nähern.

Konrad Adenauer war 14 Jahre lang – von 1949 bis 1963 – der erste wichtige politisch weithin akzeptierte Kanzler des Nachkriegsdeutschlands, der eine Nation und ein Volk wiederaufbaute, das nach diesem schrecklichen Nazikrieg gegen ganz Europa, Russland und sogar die Vereinigten Staaten völlig, moralisch und wirtschaftlich, gebrochen wurden. Konrad Adenauers wichtigste Erfolge waren der Aufbau zuverlässiger freundschaftlicher Beziehungen zu allen westlichen Nationen, insbesondere zum deutschen Erzfeind Frankreich, und die Versöhnung mit Israel und den Juden, die am meisten unter Hitlers antisemitischem Terror gelitten hatten.

Über Ludwig Erhard gibt es sehr unterschiedliche Meinungen in der historischen Literatur und aktuellen Publizistik zu seinem 40. Todestag am 5. Mai 2017: während der Wirtschaftsminister als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ einen legendären Ruf genießt, gilt der Kanzler Erhard als gescheitert, so heißt es z. B. in der aktuellen Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Politische Meinung“¹ und in anderen namhaften aktuell veröffentlichten Artikeln.

Als bislang einziger Bundeskanzler der CDU wurde er von seiner eigenen Partei gestürzt. Vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an hatte er sich der Angriffe und Machtintrigen seines Vorgängers zu erwehren. Adenauer hatte nie einen Hehl daraus gemacht, dass er Erhard, den genialen Wirtschaftsminister und großartigen Ordnungspolitiker, dem er selbst viel seiner Popularität verdankte, als Regierungschef für vollkommen ungeeignet hielt.

Adenauers Obstruktion, die von anderen Union-Spitzenpolitikern wie Franz-Josef Strauß, Eugen Gerstenmaier und Rainer Barzel unterstützt wurde, war aber nur ein Faktor für Erhards Misserfolg im Kanzleramt. Hinzukamen mindestens zwei weitere: das Festhalten an überholten Konzepten zur Wiedervereinigung und zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik gegenüber der DDR, sowie

¹ Die Politische Meinung: Ludwig Erhard - Deutschlands größter Mutmacher. Sonderausgabe 5/24. April 2017. Vgl. <https://www.kas.de/web/die-politische-meinung/ausgaben/detail/-/content/ludwig-erhard-deutschlands-groesster-mutmacher> (letzter Zugriff 18.12.2018).

die mangelnde innerparteiliche Verankerung, an seinem ausgesprochenen Desinteresse an der Parteipolitik. Das Konzept der Parteiendemokratie laut dem Grundgesetz schien ihm fremd zu sein, er verstand sich als Repräsentant des gesamten Volkes.

Nun erinnern wir uns aber nochmal von Anbeginn:

Konrad Adenauer durchlebte in den 1930er Jahren bis 1949 die schwierigsten Zeiten: Von 1917 bis 1933 war er Bürgermeister von Köln, Präsident des Preußischen Staatsrates und 1923 und später mehrfach als möglicher Kanzlerkandidat der Partei Centrum angesehen. Aber er weigerte sich damals, eine sehr instabile Koalition zu bilden. Er wurde 1933 von den Nazis buchstäblich aus dem Amt gerissen, mehrmals ins Gefängnis geworfen und am 23. August 1944 von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Brauweiler bei Köln gebracht. Seine Frau Gussi Adenauer, meine Großmutter, beging Selbstmord und starb, nachdem sie durch Gestapo-Verhöre gezwungen wurde, das Versteck ihres Mannes zu enthüllen.

Konrad Adenauer wurde dann 1946 von den Alliierten zum Bürgermeister von Köln rekonstruiert, aber nur für kurze Zeit und hat dann – mit mehr als 70 Jahren – die neue christliche Partei CDU gegründet und wurde 1949 bis 1963 der erste gewählte Bundeskanzler der neuen Bundesrepublik Deutschland.

Mit Erhard verbindet sich vor allem die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die ordnungspolitische Weichenstellung der Wirtschaftsreform von 1948 im Zusammenhang mit der Währungsreform und die nachfolgende Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnungspolitik der Regierungen unter Bundeskanzler Adenauer seit 1949 ermöglichten und unterstützten eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die von den Zeitgenossen als Wirtschaftswunder erlebt wurde.

Im Kabinett Adenauer war Erhard neben dem Kanzler der wohl beliebteste Politiker; neben seiner jovialen Art wurde seine glimmende Zigarre zum Markenzeichen. Etliche Sonderbedingungen kamen der Wirtschaftspolitik zugute – ein großes Arbeitskräftepotential durch heimkehrende Kriegsgefangene und Vertriebene, die Devisenbereitstellung zum Ankauf von Rohstoffen durch den Marshallplan, die Sonderkonjunktur durch den Koreakrieg, die im Krieg erstaunlich wenig zerstörte Maschinenausstattung der deutschen Industrie.

Diese günstigen Rahmenbedingungen trafen auf einen Wirtschaftsminister, der durch seinen Erfolg als „Wahlkampflokomotive“ in der Lage war, eine interventionsfreie Wirtschaftspolitik weitestgehend durchzusetzen.

Häufig wird heute von einigen Forschern das „Wirtschaftswunder“ als reines Ergebnis dieser Rahmenbedingungen gedeutet. Dies ist aber m.E. eine politisch motivierte Verzeichnung der politischen Leistung Erhards. Sie wird widerlegt, wenn man den Vergleich etwa mit Großbritannien zieht: bei einer vergleichbaren Industriestruktur und noch besseren Rahmenbedingungen, aber einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, kam es dort zu sehr viel geringerem Wachstum. Dasselbe gilt auch für die französische Besatzungszone, die sich schlechter entwickelte als die britische Zone.

Adenauer selber scheint bald sein populärer Wirtschaftsminister – der jeder Intrige abhold war, sich auch innerparteilich kaum engagierte – persönlich auf die Nerven gegangen zu sein. Ihn störte Erhards Auftreten, sein Rauchen, und er hielt ihn, nicht völlig zu Unrecht, für nicht durchsetzungsstark genug im politischen Tagesgeschäft. In der Praxis gab es mehrfach – am wichtigsten bei der Rentenreform 1957 – Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Erhard, die alle der Kanzler gewann.

Trotzdem blieb Erhard aufgrund seiner Popularität – noch durch Bücher wie „Wohlstand für alle“ (Econ-Verlag, 1957) gesteigert – und seine mitreißenden Wahlkampfauftritte für die Union unverzichtbar. In der Fraktion stärkte ihm eine Gruppe um Franz Etzel, die sogenannte „Brigade Erhard“, den Rücken. In seinem Ministerium, das hat die jüngste Forschung herausgearbeitet, waren es höhere Beamte, die, vom Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt, die Politik Erhards auch ohne ministeriale Anweisung mitdachten und umsetzten und dadurch Erhards unzweifelhafte Defizite als Behördenleiter kompensierten.

Die Garantie des Leistungswettbewerbs, das Verbot von wettbewerbsbeschränkenden Marktabsprachen, war für Erhard, nicht zuletzt im sozialen (nämlich im Verbraucher-) Interesse, Kern der Sozialen Marktwirtschaft. In der Konsequenz seiner Ansätze aus der Wirtschaftsratszeit wurde er sofort nach seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister aktiv. Der Widerstand, der sich ihm in den Folgejahren entgensetzte, war jedoch äußerst massiv. Er kam in erster Linie vom BDI, der sich über weite Strecken am Wirtschaftsminister vorbei mit dem Bundeskanzler abstimmte. Das 1957 schließlich verabschiedete „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ trägt unverkennbar starke Spuren eines Kompromisses mit der Industrie. In der Auseinandersetzung über das Kartellgesetz offenbarte sich ein kennzeichnender Unterschied zwischen Adenauer und Erhard bei der Einordnung der organisierten Interessen in die politische Entscheidungsfindung.

Vor allem aber zeigten sich in der Europapolitik Gegensätze zwischen Erhard und Adenauer. Die konzeptionelle Differenz der beiden wichtigsten Protagonisten der westdeutschen Nachkriegspolitik trat schon 1951 bei der Bildung der Montanunion zutage. Sie durchzog mit wechselnder, sich tendenziell verschärfender Deutlichkeit die europapolitische Debatte innerhalb der Bundesregierung: Bei den Römischen Verträgen von 1957, ebenso wie bei den Auseinandersetzungen um die Freihandelszone, um den deutsch-französischen Vertrag von 1963 und um den Beitritt Großbritanniens zur EWG, spielte die Gegensätzlichkeit der Standpunkte Erhards und Adenauers eine wesentliche Rolle. Erhard ging es dabei stets um die Abwehr von solchen politisch-institutionellen Ansätzen, in deren Folge er Einschränkungen ökonomischer Funktionsgesetzmäßigkeiten und damit Belastungen für das künftige Europa ausmachte.

Erhard stand in diesen Jahren immer wieder im Zentrum der deutschen Innenpolitik und war für die Bundesregierung ein Garant ihrer Popularität und damit der CDU-Wahlerfolge. Seit der Koreakrise hatte sich jedoch sein Verhältnis zu Adenauer zunehmend verschlechtert. Dabei bildeten die politisch-konzeptionellen Divergenzen den Hintergrund für die sich mehr und mehr festigende Meinung Adenauers, Erhard sei ein im Grunde unpolitischer Idealist, der weder den Umgang mit der Macht beherrsche, noch das Kräftespiel der Parteien und gesellschaftlichen Gruppen durchschaue. Dass die Öffentlichkeit Erhard für den prädestinierten Kanzlernachfolger hielt, war aus Adenauers Perspektive eine Gefährdung seines politischen Vermächtnisses, vor allem im Hinblick auf Frankreich und Europa.

In der Öffentlichkeit war Erhard für die Union unverzichtbar und wurde als der gesetzte Nachfolger Adenauers wahrgenommen; umso mehr, je stärker der Wunsch nach politischer Veränderung deutlich wurde. Ein Versuch Adenauers, Erhard 1959 auf den Posten des Bundespräsidenten abzuschieben, scheiterte, genauso die Überlegung, den fähigen Finanzminister Etzel oder den Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone zu seinem Nachfolger aufzubauen. Als nach der Wahl 1961 der Rücktritt des Bundeskanzlers in der kommenden Legislaturperiode vereinbart wurde, war damit Erhard als sein Nachfolger durch Adenauer kaum noch zu verhindern.

Nach Adenauers Rücktritt wurde Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler der CDU/CSU-FDP-Koalition gewählt. Hatten seine wirtschaftspolitischen Erfolge und sein Talent als Wahlkämpfer den Weg ins Kanzleramt ermöglicht, so machten sich im Amt selbst sofort seine politischen Defizite bemerkbar. Erhards Abneigung gegen innerparteiliche Lenkungsarbeit erwies sich als fatal, da ein

verbitterter Altkanzler, der auch noch den Parteivorsitz bis 1966 beibehielt, sofort im Hintergrund gegen ihn zu intrigieren begann. Innerhalb von Kabinett und Koalition wirkte sein zurückhaltender, konsensorientierter Führungsstil, der ihm im Wirtschaftsministerium nicht geschadet hatte, wie eine Führungsschwäche.

Außenpolitisch geriet Erhard in den Konflikt um die Stellung Frankreichs im westlichen Bündnis; in der Auseinandersetzung zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ in der CDU/CSU-Fraktion nahm er Partei gegen eine von de Gaulle gewünschte engere Anbindung an Frankreich. Trotzdem wurde er in der Auseinandersetzung um Besatzungslasten und den Rüstungsbeitrag von den USA düpiert, was schließlich zu seinem Sturz beitragen sollte. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel konnte er jedoch auch bleibende Akzente setzen. Eigene gesellschaftspolitische Vorstellungen wie die „formierte Gesellschaft“ fanden keinen Anklang. Obwohl die Bundestagswahlen 1965 für die Union das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Geschichte brachten, begann mit den zähen Koalitionsverhandlungen direkt nach der Wahl die Demontage Erhards. Die erste wirtschaftliche Rezession nach dem „Wirtschaftswunder“ – nach heutigen Maßstäben eher unspektakulär – beschädigte in der Union den Glauben an den Nutzen Erhards in zukünftigen Wahlkämpfen, und der drohende Verlust der Regierung in Nordrhein-Westfalen – die CDU war zum zweiten Mal nicht stärkste Partei im bevölkerungsreichsten Bundesland geworden – tat ein Übriges. Als die FDP, mit 50 Mandaten gegenüber der Union mit 251 Mandaten eine eher kleine Fraktion, sich nach finanzpolitischen Auseinandersetzungen auf der Bundesebene aus der Koalition zurückzog, blieb Erhard, der wegen seiner Führungsschwäche mittlerweile auch von der Fraktion im Bundestag übergangen wurde, nur der Rücktritt am 1. Dezember 1966. Eine Große Koalition kam für ihn – noch nicht einmal aus taktischen Gründen zur Disziplinierung des kleineren Koalitionspartners – nicht in Frage, wegen der mangelnden liberalen Haltung der Sozialdemokraten in wirtschaftlichen Dingen.

Mithin kann man resümieren, dass für Deutschland in dieser äußerst prägenden Zeit des Neuanfangs der liberale und äußerst populäre Wirtschaftsminister Erhard ein großer Gewinn war.

Dieser Gewinn für Deutschland wurde noch gesteigert, durch einen parteipolitisch erfahrenen, durchsetzungsstarken und außenpolitisch klugen Kanzler Adenauer, der seinem Wirtschaftsminister die Stange hielt gegen partikuläre Wirtschafts- und Industrieinteressen.

Leider aber haben die beiden sich in der Nachfolgefrage selber gegenseitig im Wege gestanden. Adenauer hatte seine eigene Nachfolge nicht gut vorbereitet – wem gelingt das schon –, und Erhard war (bei allen seinen Erfolgen vorher) im Kanzleramt nicht der richtige Nachfolger.

Trotzdem sollte man die beiden – bei allen Gegensätzen – als ein geniales Gespann der deutschen Nachkriegsgeschichte in Erinnerung behalten.

3 Theoretische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Guido Pöllmann

Inhalt

1	Einführung.....	23
2	Ludwig Ehrhard und die deutsche historische Schule.....	26
3	Franz Oppenheimer und Ludwig Erhard	28
4	Ludwig Erhard und die Freiburger Schule	29
5	Schlussbemerkung	35
	Literaturverzeichnis	36

1 Einführung

Blickt man auf die Homepage des Bundeswirtschaftsministeriums aus dem Jahr 2013, so liest man zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft folgendes:

„Die deutsche Wirtschaftspolitik orientiert sich seit Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Es geht zurück auf Ludwig Erhard, der von 1949 bis 1963 der erste Bundeswirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland war. Die zentrale Idee besteht darin, die Freiheit aller, die als Anbieter oder Nachfrager am Markt teilnehmen, zu schützen und gleichzeitig für sozialen Ausgleich zu sorgen. Erstmals schriftlich erwähnt wurde der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ von Erhards Mitstreiter Alfred Müller-Armack, 1955 Leiter der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung im BMWi und ab 1958 Staatssekretär für Europapolitik.“¹

Und weiter liest man:

„Die Soziale Marktwirtschaft wurde nie namentlich als Wirtschaftssystem Deutschlands im Grundgesetz verankert, weil das Grundgesetz keinen eigenen Abschnitt zur Wirtschaft enthält. Allerdings legen zentrale Elemente unserer Rechtsordnung, wie u.a. die Grundrechte, die Vertrags- und Koalitionsfreiheit oder das Recht auf eine freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl die Grundlage für die Soziale Marktwirtschaft und schließen die Extreme einer reinen Zentralverwaltungswirtschaft oder einer schrankenlosen Marktwirtschaft aus.“²

Nichtsdestotrotz lassen sich aus den Zeugnissen von Ludwig Erhard zentrale Punkte zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung bzw. des Wirtschaftssystems an wirtschaftstheoretische Paradigmen zurückbinden. Um diesen theoretischen Grundlagen nach zu spüren, muss man die zentralen Punkte in Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“ rekonstruieren.

¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg), Berlin 2013: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html> (Letzter Zugriff 01.02.2013).

² Vgl. ebd.

Folgt man der 2015 erschienenen Monografie von Horst Friedrich Wünsche „Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft“³ so sind dies folgende:

a. Soziale Marktwirtschaft als Leitbild einer marktwirtschaftlichen Ordnung

Das Konzept der „Soziale Marktwirtschaft“ ist demnach im modernen Sinne als ein Leitbild zu verstehen. In Bezug auf dieses Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“ gilt folgendes:

Die Würde des Menschen besteht für Ludwig Erhard darin, dass Menschen ihr eigenes Tun und Handeln begründen und verantworten können. Daraus folgt für Erhard die Notwendigkeit die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, dass die Entscheidungsfreiheit und die Autonomie des Menschen gewährleistet wird.⁴ Es kommt so die marktwirtschaftliche Überzeugung von Erhard zum Ausdruck, die sich gegen Bevormundung und Repressionen kollektivwirtschaftlicher Systeme, wie sie bspw. in der ehemaligen DDR bestanden, wendet.

b. Marktwirtschaft und das „Laissez-Faire-Prinzip“

Ausgehend von dieser marktwirtschaftlichen Grundüberzeugung war sein Denken aber von einer Skepsis geprägt, wonach marktwirtschaftliche Systeme von sich aus im Sinne eines „Laissez-Faire“ zu einem harmonischen Ausgleich von wirtschaftlichen Interessen führen würden.⁵ So formuliert er bereits 1935 vor dem Hintergrund der ersten Erfahrungen mit der NS-Wirtschaftspolitik und der ihr vorgelagerten Wirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre:

„Seit wir den Glauben verloren haben, dass das freie Spiel der Kräfte infolge einer unerklärlichen List der Idee einen reibungslosen Güteraus-tausch gewährleistet; seit dieses liberale Dogma durch die Wucht der Geschehnisse so drastisch ad absurdum geführt wurde, wird immer deutlicher das Kernproblem der modernen arbeits- und verrichtungsteiligen Gesellschaftswirtschaft offenbar, das in der Frage mündet: Wie

³ Vgl. Wünsche, Horst Friedrich: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft. Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen, München 2015, S. 35 ff.

⁴ Vgl. ebd. S. 34.

⁵ Vgl. ebd. S. 38.

kann die wirtschaftliche Gütererzeugung nach Umfang [...] in Einklang gebracht werden mit der Struktur der Nachfrage.“⁶

Daraus resultiert für Erhard die Notwendigkeit von Institutionen, die die Funktionsweise des Preis- bzw. Marktmechanismus schützen. Zur Durchsetzung wird wiederum dann ein wirtschaftspolitisch durchsetzungsfähiger Staat notwendig sein.

c. Verbindung von Wirtschaftsfreiheit und sozialem Frieden bzw. sozialem Ausgleich

Ein weiterer wesentlicher Punkt in der Konzeption von Ludwig Erhard war die Verbindung von ökonomischer Freiheit und sozialem Ausgleich.

Erhard war der Überzeugung, dass in einer Marktwirtschaft zwangsläufig soziale Spannungen entstehen können. Diese sozialen Spannungen würden sich in zunehmender Unzufriedenheit und in Verteilungauseinandersetzungen niederschlagen und schließlich zu Klassenkämpfen führen, mit denen dann wiederum das marktwirtschaftliche System in Frage gestellt würde. Um dies zu verhindern, ging es ihm um eine Politik, die Wohlstand für alle schafft, so ja auch der Titel seiner programmatischen Schrift aus dem Jahr 1957.⁷

Diese sind kurz zusammengefasst drei Kernpunkte des Konzeptes einer sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich Ludwig Erhard vorstellte. Nun stellt sich die Frage nach den theoretischen Grundlagen, auf denen diese Konzeption fußt.

Im Grunde sind es vier Prägekräfte, die Ludwig Erhard beeinflusst haben:

- die „Jüngere historische Schule“
- sein Doktorvater Franz Oppenheim
- die „Freiburger Schule“ bzw. „Ordoliberalen Schule“
- die „Österreichische“ bzw. „Wiener Schule der Nationalökonomie“

⁶ Erhard, Ludwig: Problem der Marktordnung, in: Deutsche Handelsware. Beiträge zur deutschen Wirtschaftspolitik, Nürnberg 15/1935, S. 510.

⁷ Vgl. Erhard, Ludwig. Wohlstand für alle, Düsseldorf, 1957.

2 Ludwig Erhard und die deutsche historische Schule

Hier spielte sicherlich die frühe akademische Sozialisation eine Rolle, die Ludwig Erhard erfahren hat. Erhard hat, wie aus seiner Biografie hervorgeht, nach seiner Schulzeit in Führt zunächst eine Lehre als Weißwarenhändler absolviert, die er im Frühjahr 1916 als Einzelhandelskaufmann abschloss.⁸ So lernte er das wirtschaftliche Handeln nicht nur aus dem „akademischen Elfenbeinturm“ heraus kennen, sondern auch aus einer praktischen Perspektive.

Da, bedingt durch eine Kriegsverletzung, langes Stehen hinter der Ladentheke im väterlichen Geschäft nicht mehr möglich war, nahm Ludwig Erhard quasi mehr aus Verlegenheit ein akademisches Studium an der damaligen Handelshochschule in Nürnberg auf, wie er es im einem Interview mit Günther Gaus aus dem Jahr 1963 einmal formulierte.⁹

Von 1919 bis 1922 studierte Erhard in Nürnberg und erwarb einen Abschluss als „Diplom-Kaufmann“. In dieser Zeit wurde er stark von Wilhelm Rieger beeinflusst. Rieger war seit 1919 hauptamtlicher Dozent an der Handelshochschule Nürnberg und wurde 1925 zum ordentlicher Professor berufen.

Folgt man der Monografie Wünsches, galt die Nürnberger Hochschule als ein Refugium der sog. historischen Schule. Und Riegers Engagement war durchaus darauf ausgerichtet ein schlüssiges Lehrangebot in diesem Sinne anzubieten.¹⁰

Als „Historische Schule“ bezeichnet man eine Richtung bzw. Lehrmeinung in der Volkswirtschaftslehre, die durch den Historismus geprägt war und eine historische Wirtschaftslehre verbreitete. Die historische Schule umfasst mehrere Strömungen: die Ältere, Jüngere und Jüngste Schule.¹¹ An der Hochschule in Nürnberg dürften vor allem die Gedanken der sog. jüngeren historischen Schule dominant gewesen sein. Diese wurde insbesondere von Gustav von Schmoller geprägt.

Für diese Richtung in der deutschen Volkswirtschaft waren vor allem zwei Aspekte von Bedeutung: Zum einen, dass volkswirtschaftliche Erkenntnis vor allem

⁸ Vgl. Wünsche, H., Ludwig Erhard, S. 117 ff.

⁹ Vgl. Günther Gaus im Gespräch mit Ludwig Erhard (1963) in der Sendung „Zur Person“, <https://www.youtube.com/watch?v=qw1NuAdwkZg> .

¹⁰ Vgl. Wünsche, H., Ludwig Erhard, S. 129.

¹¹ Vgl. Rieter, Heinz: Historische Schule, in Issing, Ottmar (Hrsg.): Geschichte der Nationalökonomie, dritte Auflage, München, 1994, S. 138 ff.

auf empirisch-induktiven Weg gefunden werden müsse. Darüber geriet Schmoller im Übrigen mit Carl Menger, dem Begründer der österreichischen Schule, in Konflikt. Menger kritisierte die Auffassung, man könne Theorie aus der reinen Beobachtung herleiten, ohne zu Beginn theoretische Annahmen zu treffen.¹²

Ein anderer Aspekt, der im vorliegenden Kontext wichtig ist, ist die Position hinsichtlich der Formulierung von Werturteilen. So sah es Gustav von Schmoller als notwendig an, dass der Staat aktiv Sozialpolitik betreiben müsse und dass v. a. die Wissenschaft die Aufgabe habe, sich für eine staatliche Sozialpolitik einzusetzen. Das Ziel bestehe darin Klassengegensätze zu mindern und einen Ausgleich zwischen revolutionärem Sozialismus und ökonomischem Liberalismus zu finden.¹³

Diese paradigmatischen Positionen dürften sicherlich Ludwig Erhards Sensibilität für sozialpolitische Fragen befördert haben. Man könnte auch sagen, dass sie ihn für das Soziale in der Marktwirtschaft sensibilisiert hat.

¹² Vgl. Menger, Carl.: Die Irrthümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien, 1884.

¹³ Vgl. Schmoller, Gustav von: Die Volkswirtschaft, die Volkswirtschaftslehre und ihre Methode, Berlin, 1911, S. 115.

3 Franz Oppenheimer und Ludwig Erhard

Nach seinem Studium, das er mit dem Diplom an der Handelshochschule in Nürnberg abgeschlossen hatte, setzte er seine Studien mit der Promotion an der Universität Frankfurt fort. Hier wurde er vor allem von Franz Oppenheim, der einen Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Nationalökonomie innehatte, beeinflusst, wie aus seinen Selbstzeugnissen hervorgeht.

Bei Oppenheimer, der sich selber als liberaler Sozialist sah, lernte Erhard die Bedeutung der Freiheit als oberstes gesellschaftliches Ziel kennen. Erhard gebrauchte selbst bei vielen späteren Gelegenheiten die Wendung Oppenheimers von der „Gesellschaft der Freien und Gleichen“. Zum Schutz der Freiheit bedarf es der staatlichen Ordnung. Die freiheitliche Ordnung wiederum erfordert das Prinzip der Subsidiarität.¹⁴ Mit diesem Prinzip wird das Verhältnis zwischen Individuum und Staat definiert: Weniger die Entwicklung zum Versorgungsstaat mit umfassender staatlicher Garantie der materiellen Sicherheit, als vielmehr die auf individueller Verantwortung und Risikoabwägung beruhende Wettbewerbsordnung sollte wesentlicher Kern der Sozialen Marktwirtschaft sein.¹⁵

Die volkswirtschaftliche Theoriebildung Oppenheimers ist weder der „Historischen Schule“ Gustav von Schmollers noch der österreichischen Schule Carl Mengers zuzuordnen. Auf die Frage, ob es eine „Oppenheimersche Schule gäbe“, verneinte dies Erhard selbst: Er sagte anlässlich der Rede zu dessen 100. Geburtstag:

„Es gibt sie nämlich deshalb nicht, weil, wie schon gesagt, Oppenheimer keine »Jünger«, sondern Schüler erziehen wollte. Das aber ist für eine Schulbildung im herkömmlichen Sinne nicht die richtige Grundlage; aber die Wirkung ist umso größer, wenn ein Mann eine so überaus starke geistige Ausstrahlung auf viele Menschen ausgeübt hat, wie das bei Franz Oppenheimer der Fall war“¹⁶

¹⁴ Grundlegend dazu: Oppenheimer, Franz: Der Staat, dritte überarbeitete Auflage, Berlin 1929, S. 131 ff.

¹⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Luise Gräfin Schlippenbach in diesem Band.

¹⁶ Vgl. Erhard, Ludwig: Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund - Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag, gehalten in der Freien Universität Berlin (1964), in: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, hrsg. v. Karl Hohmann, Düsseldorf u. a. 1988, S. 862.

4 Ludwig Erhard und die Freiburger Schule

Hinsichtlich einer schulmäßigen oder paradigmatischen Selbstzuordnung blieb Ludwig Erhard, wie es aus o. g. Rede hervorgeht, vage:

„Man reiht mich gemeiniglich ein in die Kategorie der »Neoliberalen«. Es mag so geschehen; ich wehre mich gar nicht dagegen, denn Gelehrte, von Walter Eucken angefangen über Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow zu Hayek und Franz Böhm, um nur einige zu nennen, haben im tiefsten Grunde Oppenheimersches Gedankengut in sich aufgenommen und in unsere Gegenwart übersetzt, indem sie einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Beschränkungen des Wettbewerbs und vor allen Dingen gegen Monopole führten. Sie zerstörten wie Oppenheimer den Optimismus sowohl der klassischen Lehre als auch des üblichen Liberalismus, dass die prästabilisierte Harmonie ein Eigengewächs der wirtschaftlichen Entwicklung wäre. Nein, wenn und wo nicht ein vollständiger Wettbewerb besteht, wo immer Konkurrenz durch faktische oder rechtliche Maßnahmen unterbunden, unterdrückt oder geschmälert wird, gibt es keine Freiheit - dort gibt es auch keine Gerechtigkeit. Ich habe es mir angewöhnt, das Wort Gerechtigkeit fast immer nur in Anführungszeichen auszusprechen, weil ich erfahren habe, dass mit keinem Wort mehr Missbrauch getrieben wird als gerade mit diesem höchsten Wert.“¹⁷

Der Begriff Neoliberalismus wirft in diesem Zusammenhang ein gewisses Problem auf, da er im allgemeinen Sprachgebrauch ganz unterschiedliche Konnotationen, von einer ideologischen Selbstzuschreibung bis hin zu kapitalismuskritischen Inhalten, umfasst. Ideengeschichtlich werden unter dem Begriff „Neoliberalismus“ jedoch die verschiedenen Bemühungen zur Wiederbelebung des klassischen liberalen Gedankengutes verstanden, wie sie im Ordoliberalismus, im Monetarismus und in der österreichischen Schule zum Vorschein kommen.¹⁸

¹⁷ Vgl. ebd. S. 862.

¹⁸ Zum Themenkomplex „Neoliberalismus“ vgl. u.a.: Rhonheimer, Martin: Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft – Illusion oder Wirklichkeit?, in: Gesellschaft und Politik. Zeitschrift für wirtschaftliches und soziales Engagement 1/17, S. 9 ff.

Fokussiert man die Aussage von Ludwig Erhard auf die Personen Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Franz Böhm so müsste man korrekterweise von der Freiburger Schule bzw. ordoliberalen Schule sprechen.¹⁹ Friedrich August von Hayek dagegen ist als Vertreter der Österreichischen Schule, eben in der hayekschen Prägung einzuordnen²⁰ in Abgrenzung zur Methodologie nach Ludwig von Mises.²¹

Der Kontakt von Ludwig Erhard zum ordoliberalen Ideenkreis kam wohl über die Schrift „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“²² zustande, die er während des Krieges 1944 lesen konnte. Der Einfluss der ordoliberalen Schule auf Ludwig Erhard fand aber auch auf institutionelle Weise statt. So war Walter Eucken, der als Spiritus Rektor der Freiburger Schule galt, Mitglied des im Jahr 1948 gegründeten „Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft“. In neueren Publikationen wird außerdem der Einfluss weiterer Ordoliberaler auf Ludwig Erhard hingewiesen, die ebenfalls diesem Gremium angehörten.²³

Der Ordoliberalismus war aus dem Freiburger Kreis hervorgegangen, der sich ab 1937 um Walter Eucken an der Universität Freiburg gebildet hatte und über eine menschenwürdige am Christum orientierte freiheitliche Wirtschaftsordnung in Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie nachdachte.²⁴

Bei all ihrer Vielschichtigkeit ragen unter den Publikationen im Kontext der Freiburger Schule die Veröffentlichungen Walter Euckens heraus. So gelten seine „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ quasi als Programmschrift des Ordoliberalismus. Diese muss man jedoch zusammen mit seinen „Grundlagen der Nationalökonomie“ aus dem Jahr 1940 lesen um Fehldeutungen zu vermeiden. Gerade Euckens Schriften werden erst dann verständlich, wenn man dessen spezifi-

¹⁹ Vgl. Starbatty, Joachim: Ordoliberalismus, in: Issing, Ottmar (Hrsg.): Geschichte der Nationalökonomie, dritte Auflage, München, 1994, S. 239.

²⁰ Vgl. Schulak, Eugen Maria / Unterkofler, Herbert: Die Wiener Schule der Nationalökonomie. Eine Geschichte ihrer Ideen, Vertreter und Institutionen, zweite Auflage, Wien 2010, S. 141 ff.

²¹ Vgl. Mises, Ludwig von: Die Letztbegründung der Ökonomik. Ein methodologischer Essay, zweite Auflage, 2016, S. 25 ff.

²² Vgl. Röpke, Wilhelm: Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach 1942.

²³ Vgl. Commun, Patricia: Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten, in: Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 4/2004, 2004, S. 3 ff.

²⁴ Vgl. Starbatty, J., Ordoliberalismus, S. 240.

ches methodisches Vorgehen kennt, welches aus einer Kombination des Konstruktivismus von Max Weber und der Phänomenologie Edmund Husserls besteht.²⁵

Im Mittelpunkt des Ordoliberalismus steht, wie der Name schon sagt, die Frage nach der Wirtschaftsordnung. Unter „Ordnung“ wird nicht nur die tatsächliche Ordnung eines Lebensbereiches, sondern auch (normativ) „die sinnvolle Zusammenfügung des Mannigfaltigen zu einem Ganzen“²⁶ verstanden. Eucken vertrat ein Denken in Ordnungen, um über den zahllosen einzelnen wirtschaftlichen Sachverhalten, die beobachtet werden, nicht den Blick für das Ganze, für die grundsätzlichen Strukturen des Wirtschaftssystems, zu verlieren. Dabei betont er vor allem die Interdependenz der Ordnungen: Die Wirtschaftsordnung dürfe nicht isoliert, sondern müsse im Zusammenhang mit der politischen und der kulturellen Ordnung gesehen werden.²⁷ Eucken lehnte nicht nur die Zentralverwaltungswirtschaft entschieden ab, er ist auch – und darin unterscheidet er sich am meisten von der Österreichisch Schule – skeptisch gegenüber dem „Laissez-Faire“ und dem Ausgang evolutorischer Prozesse.²⁸

Dabei ist insbesondere die marktwirtschaftliche Ordnung durch Wettbewerbsbeschränkungen und Marktvermachtung, sowohl von privater als auch von staatlicher Seite, gefährdet. Deshalb fordert Eucken einen starken Staat, der eine Wettbewerbsordnung realisieren und aufrechterhalten müsse. Der Herstellung dieser Wettbewerbsordnung dient eine Reihe von „konstituierenden Prinzipien“. Demnach müsse im Zentrum der aktiven Wirtschaftspolitik „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“ stehen; dies sei „das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“.²⁹

Neben dieses Grundprinzip treten eine Reihe weiterer konstituierender Prinzipien: die Stabilitätsorientierung der Geldpolitik, die Gewährleistung freien Marktzutritts, die Garantie des Privateigentums, Vertragsfreiheit, die Parallelität von Entscheidungsbefugnis und Haftung sowie die Konstanz der Wirtschaftspolitik.³⁰

Neben den konstituierenden gibt es noch die „regulierenden Prinzipien“, welche die Wettbewerbsordnung erhalten sollen. Zu diesen gehören die Kontrolle von

²⁵ Vgl.: Eucken, Walter: Grundlagen der Nationalökonomie, neunte Auflage, Heidelberg, 1989.

²⁶ Vgl. Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Stuttgart, 1952, S. 14.

²⁷ Vgl. Eucken, W.: Grundlagen der Nationalökonomie, S. 54 ff.

²⁸ Vgl. Eucken, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Kapitel III.

²⁹ Vgl. ebd. S. 254.

³⁰ Vgl. ebd. S. 288.

Monopolen, insoweit deren Entstehung nicht verhindert werden kann, die Umverteilung von Einkommen mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit und die Internalisierung externer Effekte. Insgesamt wird die marktwirtschaftliche Ordnung gegenüber einer Zentralverwaltungswirtschaft als überlegen erachtet. Zudem wird von der Stabilität des Privatsektors im Unterschied zur keynesianischen Theorie ausgegangen. Die notwendigen staatlichen Interventionen müssten sich deshalb an der ordnungspolitischen Grundentscheidung für eine wettbewerbliche Marktwirtschaft orientieren.³¹

Wilhelm Röpke fordert in diesem Zusammenhang, dass staatliche Maßnahmen nicht nur zielkonform, sondern auch ordnungskonform sein müssen. Ordnungskonform „sind solche Interventionen, die die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als ‚neue‘ Daten einordnen und von ihr assimiliert werden“.³²

Diese grundlegenden Erkenntnisse der Freiburger Schule waren dann auch wegweisend für die Gestaltung der Wettbewerbspolitik, die ihren wichtigsten Ausdruck in dem im Jahr 1957 erlassenen „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)“ fand. Mit seinem Kartellverbot, der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen und der Möglichkeit des Vorgehens gegen den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen von Unternehmen, erfüllte dieses Gesetz die zentralen Forderungen des Ordoliberalismus.³³

d. Österreichische Schule und Friedrich August von Hayek

Hinsichtlich der Ausgestaltung der Wettbewerbspolitik als Kernpunkte der Sozialen Marktwirtschaft sind die Einflüsse der ordoliberalen Schule auf das politische Handeln von Ludwig Erhard unverkennbar, wie oben gezeigt wurde.

Im Hinblick auf die geldpolitischen Aspekte hat Ludwig Erhard sicherlich nicht nur mit dem Prinzip einer stabilitätsorientierten Geldpolitik übereingestimmt. Wie Wünsche zeigt, entwickelte Erhard selbst geldpolitische Überlegungen im Anschluss an Friedrich August von Hayeks Überinvestitionstheorie weiter.³⁴

³¹ Vgl. ebd. S. 302 f.

³² Röpke, W.: Gesellschaftskrisis der Gegenwart, S. 253.

³³ Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.): Ludwig Erhard, Berlin 2018, <http://www.insm.de/insm/deutschland-prinzip/die-menschen/kanzler-ludwig-erhard.html> (Letzter Zugriff 24.04.2019).

³⁴ Vgl. Wünsche, H. F.: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 410 ff.

In seiner Habilitationsschrift aus dem Jahr 1929 „Geldtheorie und Konjunkturtheorie“ ging Hayek wie Mises³⁵ davon aus, dass konjunkturelle Schwankungen durch eine Ausweitung der Geldmenge verursacht werden.³⁶ Durch die Geldschöpfung der Zentralbanken würden über das Geschäftsbankensystem den Nichtbanken eine zu hohe Liquidität zur Verfügung gestellt. Der von den Banken geforderte Marktzinssatz wäre demnach geringer als der sog. Gleichgewichtszins.³⁷ Durch den zu niedrigen Marktzinssatz würde v. a. die kapitalintensive Produktion begünstigt. Dadurch steige die Nachfrage nach Kapitalgütern, ohne dass die Konsumnachfrage zurückginge, wie dies der Fall wäre, wenn sich das Kreditangebot aus der volkswirtschaftlichen Sparsumme der Haushalte speise. Das führe mittelfristig zu Inflation. Wenn die Banken die Kreditvergabe nicht systematisch ausweiteten, müssten sie den Marktzinssatz wieder anheben. Folge wäre, dass Investitionsprojekte, die zum bisherigen Marktzinssatz noch rentabel waren, abgebrochen würden. Das führe zu Arbeitslosigkeit und zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise.³⁸ Ludwig Erhard waren diese Überlegungen von Hayek durchaus aus primären und sekundären Quellen schon 1931 bekannt, wie Wünsch darlegt.³⁹

Aus diesen Überlegungen schlussfolgerte er, dass eine unbeschränkte Kreditexpansion, die aus dem Zusammenspiel von Zentralbank und Bankensystem entsteht, verhindert werden muss. Wirtschaftspolitisch sprach er sich für eine Angleichung des Investitionsvolumens an das Sparvolumen aus und sah darin, über Hayek hinausgehend, die Notwendigkeit der staatlichen Kredit- und Zinspolitik.⁴⁰ „Zur Rechtfertigung dieser Politik führt er zusätzlich an, dass der Indikator, an dem sich die Kredit- und Zinspolitik orientiert, die Preisstabilität sei, also ein

³⁵ Vgl. Mises, Ludwig von: Die Ursachen der Wirtschaftskrise, Tübingen 1931, S. 12 ff.

³⁶ Vgl. Hayek, Friedrich August von: Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien/Leipzig, 1929.

³⁷ Vgl. Schulak, Eugen Maria / Unterkofler, Herbert: Die Wiener Schule der Nationalökonomie, S. 91; der Gleichgewichtszinssatz entspricht dem Zinssatz, der sich ohne die Geldschöpfung der Zentralbank am Kreditmarkt einpendeln würde.

³⁸ Ausführlich dazu Sell, Friedrich L: Die Weltwirtschaftskrise als Exempel der Überinvestitionstheorie: Komplementäre Erklärungsansätze von v. Hayek/Garrison und Minsky, in: Universität der Bundeswehr München Fachgruppe Volkswirtschaftslehre an der Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, 1/2010, S. 3 ff.

³⁹ Vgl. Wünsche, H. F.: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft, S. 431, FN 57.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 414.

Grundziel seiner Wirtschaftspolitik und das einzige Ziel, das der Deutschen Bundesbank gesetzt ist.“⁴¹ Wenn er auch als Bundeswirtschaftsminister keine formelle Weisungsbefugnis gegenüber der Bundesbank hatte, die bewusst als unabhängige oberste Bundesbehörde konzipiert worden war, konnte er dennoch seinen politischen Einfluss bei ihr geltend machen. Er hatte sich das Recht erstritten, an den Sitzungen des Zentralbankrates teilzunehmen und ggf. sogar ein Veto einlegen zu können.⁴²

⁴¹ Ebd. S. 414.

⁴² Vgl. ebd. S. 414 FN 61.

5 Schlussbemerkung

In der Gesamtschau lässt sich resümieren, dass sich das wirtschaftspolitische Handeln Ludwig Erhards, das zur Herausbildung seiner Vision einer sozialen Marktwirtschaft führte, sich aus unterschiedlichen theoretischen Quellen speiste. Aber Ludwig Erhard war sich bewusst, dass praktische Politik niemals nur ein Umsetzen von theoretischen Positionen sein konnte. So bemerkt er mit vollem Realismus:

„Aber da hat mich Oppenheimer ein weiteres gelehrt. Er wusste nämlich um die »Theorie der reinen und der politischen Ökonomie«. Ich habe es in der Zwischenzeit reichlich erfahren, welcher Unterschied zwischen der reinen und der politischen Ökonomie besteht.“⁴³

⁴³ Erhard, Ludwig: Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund, S. 862.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg), Berlin 2013: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg), Berlin 2013: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html> (Letzter Zugriff 01.02.2013)
- Commun, P. (2004). Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten, in: Walter-Eucken-Institut (Hrsg.), Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 4/2004.
- Erhard, L. (1935). Problem der Marktordnung, in: Deutsche Handelsware. Beiträge zur deutschen Wirtschaftspolitik, Nürnberg 15/1935.
- Erhard, L. (1957). Wohlstand für alle, Düsseldorf: Econ, 1957.
- Erhard, L. (1988). Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund - Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag, gehalten in der Freien Universität Berlin (1964)., in: Hohmann, Karl (Hrsg.) Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, Düsseldorf: Econ u. a., 1988, S. 858 – 864.
- Eucken, W. (1989). Grundlagen der Nationalökonomie, neunte Auflage, Heidelberg: Springer, 1989.
- Eucken, W. (1952). Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hrsg. von Edith Eucken-Erdsiek und Karl Paul Hensel. Mit einem Nachwort von Edgar Salin, Tübingen: JCB Mohr, 1952.
- Gaus, G. im Gespräch mit Ludwig Erhard (1963) in der Sendung „Zur Person“, <https://www.youtube.com/watch?v=qw1NuAdwkZg> . (Letztmaliger Zugriff am 06.11.2018).
- Hayek, F. A. von (1929). Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien/ Leipzig: Holder-Pichler-Tempsky, 1929.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.): Ludwig Erhard, Berlin 2018, <http://www.insm.de/insm/deutschland-prinzip/die-menschen/kanzler-ludwig-erhard.html> (Letztmaliger Zugriff am 06.11.2018).
- Menger, C. (1884). Die Irrthümer (sic!) des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien: Alfred Hölder, 1884.
- Mises, L. von (2016). Die Letztbegründung der Ökonomik. Ein methodologischer Essay, zweite Auflage, Wien: mieses.at, 2016.

- Mises, L. von (1931). Die Ursachen der Wirtschaftskrise, Tübingen: Mohr Siebeck Verlag, 1931.
- Oppenheimer, F. (1929). Der Staat, dritte überarbeitete Auflage, Berlin: Libertad Verlag (Nachdruck), 1929 (1990).
- Rieter, H. (1994). Historische Schule, in: Issing, Ottmar (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie, dritte Auflage, München: Vahlen, 1994, S. 127 - 162.
- Rhonheimer, M. (2017). Wohlstand für alle durch Marktwirtschaft – Illusion oder Wirklichkeit? in: Gesellschaft und Politik. Zeitschrift für wirtschaftliches und soziales Engagement 1/2017 (Sonderdruck).
- Röpke, W. (1942). Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach: Eugen Rentsch Verlag, 1942.
- Schmoller, G. von (1911). Die Volkswirtschaft, die Volkswirtschaftslehre und ihre Methode, Frankfurt am Main: Klostermann, 1911.
- Schulak, E. M., Unterkofler, H. (2010). Die Wiener Schule der Nationalökonomie. Eine Geschichte ihrer Ideen, Vertreter und Institutionen, zweite Auflage, Wien: Bibliothek der Provinz, 2010.
- Sell, F. L. (2010). Die Weltwirtschaftskrise als Exempel der Überinvestitionstheorie: Komplementäre Erklärungsansätze von v. Hayek / Garrison und Minsky, in: Universität der Bundeswehr München Fachgruppe Volkswirtschaftslehre an der Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, 1/2010.
- Starbatty, J. (1994). Ordoliberalismus, in: Issing, Ottmar (Hrsg.): Geschichte der Nationalökonomie, dritte Auflage, München: Vahlen, 1994, S. 239 - 254.
- Wünsche, H. F. (2015). Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft. Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen, München: Olzog, 2015.

4 Die Soziale Marktwirtschaft aus Sicht der evangelischen Sozialethik

Roland Pelikan

Inhalt

1	Einführung.....	43
2	Wurzeln und Ursprünge.....	45
3	Beitrag des Protestantismus zur Sozialen Marktwirtschaft im engeren Sinne am Beispiel des Freiburger Kreises sowie exemplarisch an der Person Alfred Müller-Armacks.....	47
4	Weiterentwicklung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft.....	53
5	Ausblick: Gemeinsame Aufgaben und Ziele von Ökonomie und positiver Religion oder: Gemeinsam ETHIK LERNEN.....	54
	Literaturverzeichnis	55

1 Einführung

Erstens (1): ‚Die‘ Soziale Marktwirtschaft gibt es ebenso wenig wie ‚die‘ Evangelische Sozialethik. Immer handelt es sich hierbei um ideologisch interpretierte Begriffe, die nach Interessenslage und politischen Lagern je rechts oder links oder mittig interpretiert werden können. Das gilt für den Bereich der Wirtschaft ebenso wie für den von Religion und Kirche.

Zweitens (2): Die Frage, was beide, Soziale Marktwirtschaft und Ethik verbindet, erscheint wie die berühmte Frage nach ‚Henne und Ei‘. Was war zuerst? Schon die scheinbar banale Frage, ob das Sozial klein oder groß geschrieben werden soll, verrät ideologische Differenzen von rechts, links und Mitte. So erweckt die Inanspruchnahme der Sozialen Marktwirtschaft den Eindruck, als werde sie heutzutage als ‚Steinbruch‘ für die jeweils intendierte Richtung zu Wirtschaft und Ethik gebraucht. Diese einleitende Beobachtung weist darauf hin, wie weit sich die Interpretieren der Sozialen Marktwirtschaft von den Gründervätern, wie insbesondere Alfred Müller-Armack, entfernt haben.

Gleiches gilt nun auch für die evangelische Ethik. Denn seit Martin Luther – nunmehr also seit 500 Jahren – zeichnet sich das Evangelische und mithin der Protestantismus durch Vielfalt, ja durch den Widerstreit der Meinungen darüber aus, wie nicht allein das Seelenheil, sondern Gerechtigkeit in der Welt, also Soziale Gerechtigkeit, zu erreichen sei. Wer nun meint für die Frage des Ethischen an der Sozialen Marktwirtschaft vonseiten der Evangelischen sei nichts zu gewinnen, so gebe ich in Übertrag eines Gedankens der jüdischen Tradition auf unsere Frage der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer religiös bestimmten Wurzeln mit Baal Schem Tob (1700 bis 1760), dem Gründer des Chassidismus, einer ostjüdischen Erweckungsbewegung zu bedenken: „... in der Erinnerung liegt das Geheimnis der Erlösung.“¹ Anders gewendet: Die Erinnerung der Geschichte, in diesem Fall der Sozialen Marktwirtschaft, ist notwendig, um die Gegenwart zu verstehen und für die Zukunft Handlungsoptionen zu entfalten. Daraus ergibt sich aus meiner Sicht ein Dreischritt zur Sozialen Marktwirtschaft aus Sicht evangelischer Sozialethik:

Erstens (1) Christliche Wurzeln und Ursprünge einer Ethik der Wirtschaft des Menschen, zweitens (2) der Beitrag des Protestantismus am Beispiel des Freiburger Kreises sowie exemplarisch an der Person Alfred Müller-Armacks, und (3)

¹ Sefer Ba'al Schem Tov, II, 190 § 8; zitiert nach Grözinger, S. 32.

die Weiterentwicklung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft in der jüngeren Geschichte und Gegenwart. Zum Schluss schlage ich einen Ausblick auf gemeinsamen Aufgaben und Ziele von Wirtschaft und Ethik vor.

2 Wurzeln und Ursprünge

Wurzeln und Ursprünge sozialer Gerechtigkeit liegen geschichtlich ohne jeden Zweifel in der Tradition jüdisch-christlichen Glaubens und dann in der besonderen Form des westlichen Europas, des sog. ‚christlichen Abendlandes‘ begründet. Nicht von ungefähr lautet der Titel einer früheren Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Sozialethik „Gemeinwohl und Eigennutz“ (1992). Jedoch im Zuge der Veränderungen in jüngerer Zeit durch die mehr und mehr global bestimmte Wirtschaft und die daraus folgenden politischen Herausforderungen scheint über die Jahrtausendwende die Erinnerung an die ethisch-religiös bedingten Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft in der Tradition der christlichen Ethik verloren gegangen zu sein, so dass nun seit Jahren das Modell der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt seine Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft ethisch bestimmten Handelns für die Wirtschaft verloren hat – oder nicht? Wenn wir nun aber nicht nur aus Reminiszenz an Ludwig Erhard zusammenkommen, sondern nach einer Ethik der Wirtschaft für unsere Gegenwart und die Zukunft unserer Kinder fragen, sei in aller Kürze die Grundannahme für jede Sozialethik der Wirtschaft aus evangelischer Sicht hier skizziert:

Evangelische Sozialethik sieht den Menschen als Geschöpf Gottes und damit in Kooperation mit seinen Mitmenschen. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für die Ökonomie, d.h. die Wirtschaft des Menschen, wie die Bibel in der Schöpfung zum Ausdruck bringt: „Gott nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaue und bewahre“ (Gen 2,15).

‚Bebauen und Bewahren‘ sind hier Synonyme für die immerwährende Frage nach der Gerechtigkeit im Gemeinwesen, d.h. dass aus Sicht christlicher Ethik die Wirtschaft des Menschen niemals für sich allein stehen kann, sondern in der gemeinsamen Verantwortung als dem Menschen für sich und seine Mitmenschen anvertrautes und unverfügbares Gut(!) Gottes anzusehen ist. Und immer, wenn das Volk Gottes diese Gemeinwohlverpflichtung der Ökonomie vergessen oder verloren zu haben scheint, treten fundamentale Veränderungen der Verhältnisse mit, wie wir heute sagen würden, globalen Auswirkungen, in Kraft und rufen den Menschen ihre ethische Verantwortung für sich und den Nächsten wieder in Erinnerung. Daher ist es aus der Sicht christlicher Ethik abwegig, sich eine Marktwirtschaft ohne den Begriff des Sozialen vorstellen zu wollen. Vielmehr: Von den bitteren Erfahrungen der Geschichte mit den ‚Nebenwirkungen‘ infolge des Prozesses der Industrialisierung und der Moderne für Millionen von Menschen, der

geistigen und materiellen Entwurzelung sowie der weltanschaulichen Orientierungslosigkeit, die die Menschen in ganz Europa erfasst hatte, und die Marx und Engels mit ihrem Kommunistischen Manifest 1848 auf den Begriff brachten „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus“², bis hin zur Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er mit ihren politisch katastrophalen Folgen in den 1930er Jahren. Aus all diesen geschichtlichen Eindrücken und schließlich den leidvollen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus sahen sich die Begründer der sog. ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ernsthaft und nachdrücklich aufgerufen, nach Alternativen einer am Menschen orientierten Marktwirtschaft zu suchen, zwischen den Extremen Kapitalismus und Kommunismus.

² Marx, K. / Engels, F. (1989). Manifest der Kommunistischen Partei, S. 18.

3 Beitrag des Protestantismus zur Sozialen Marktwirtschaft im engeren Sinne am Beispiel des Freiburger Kreises sowie exemplarisch an der Person Alfred Müller-Armacks

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft „steht in einer relativ starken Kontinuität insbesondere zur sozialstaatlichen Tradition seit der Bismarck-Zeit, ist aber ordnungspolitisch durchaus als ein Neuanfang zu betrachten. Die maßgeblichen Vertreter dieser Konzeption sind insbesondere die Mitglieder des im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegründeten Freiburger Kreises, die emigrierten Ökonomen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, der Ökonom und spätere Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alfred Müller-Armack und nicht zuletzt der langjährige Wirtschaftsminister und spätere Kanzler Ludwig Erhard. In ihren Schriften finden sich sehr ähnliche geistesgeschichtliche Zeitdeutungen ... sowie entsprechende ethische und nationalökonomische Argumentationslinien. Es ist auffällig, dass sich die hier Genannten alle bewusst als Protestanten verstanden haben, sodass von genuin ‚protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft‘ gesprochen werden kann.“ (Jähnichen, 2008, S. 123).

„Die Begründer dieses Ordnungsmodells haben in bewusster Reflexion ihres protestantischen Hintergrundes großen Wert daraufgelegt, dass es sich nicht um eine konfessionell einseitig festgelegte Konzeption handelt, gleichwohl haben sie deren normative Grundlagen und deren Anschlussfähigkeit für eine bewusst christliche Lebensführung betont. Exemplarisch hat Müller-Armack in diesem Sinn hervorgehoben, dass die Soziale Marktwirtschaft ‚in sich nicht christlich ist‘, sehr wohl aber ‚mit christlichem Geist erfüllt‘ und von Christen als Ort ihrer Verantwortung interpretiert werden kann.“ (Jähnichen, 2008, S. 123).

„... Ausgangspunkt der Argumentation ist der Verweis auf die dienende Funktion wirtschaftlichen Handelns im Blick auf die Entwicklung der menschlichen Kultur und die Betonung der unbedingten Geltung der Persönlichkeitswürde des Einzelnen: Jede wirtschaftliche Ordnung muss den individuellen ‚Persönlichkeitswert und ... (die) Würde‘ des Menschen achten. Als grundlegende normative Voraussetzung stellten die Begründer der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ die Sicherung der Subjektstellung des Menschen im Wirtschaftsgeschehen heraus, die Persönlichkeit des Menschen sollte gegenüber kollektivem Zwang ebenso geschützt werden wie vor einer Unterordnung unter die Kapitalinteressen.“ (Jähnichen, 2008, S. 128).

Hierzu weiter die Ausführungen von Dr. Daniel Dietzfelbinger (in Auszügen zit. n. unveröff. Mskrpt. aus s. Vortrag in Bad Boll am 03.02.2011):

Ab 1938 entwickeln sich drei Entwicklungszellen für die Soziale Marktwirtschaft³: Zum einen die Freiburger Kreise⁴; ich will zu den Freiburger Kreisen nur einige Namen in Erinnerung rufen: Walter Eucken, Adolf Lampe und Constantin von Dietze, die drei Ökonomen, dazu Gerhard Ritter, Historiker, die den engeren Kreis der Freiburger bildeten.⁵ Weiter ist Erwin von Beckerath, Professor für Verkehrs- und Finanzwissenschaften, zu nennen. Seine, aus dem Freiburger Professorenkreis erwachsene Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath (März 1943 bis September 1944) mit ihren Grundsatzpapieren dürfte den prägendsten Einfluss auf die Soziale Marktwirtschaft aus dem Freiburger Raum gehabt haben.

Aus protestantischer Perspektive ist vor allem das Gremium interessant, bei welchem evangelische Theologen mitwirkten — hier stoßen wir das erste Mal auf wirkliche protestantische Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Unter den Freiburger Kreisen existierte von Oktober 1942 bis Januar 1943 der sogenannte Freiburger Bonhoeffer-Kreis. Er hat diesen Namen, weil Dietrich Bonhoeffer im Auftrag der vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche (VLBK) 1942 den Freiburgern den Auftrag zu einer Denkschrift gab, wie ein Nachkriegsdeutschland strukturiert werden könne. In diesem Arbeitskreis arbeiteten unter anderem Friedrich Delekat, Professor der Theologie, Otto Dibelius, Pfarrer, und Helmut Thielicke, Leiter des theologischen Amtes der Württembergischen Landeskirchen in Stuttgart mit. Es entstand die sogenannte „Freiburger Denkschrift“⁶, ein etwa 130 Seiten starkes Grundlagenpapier zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung nach Kriegsende. Dieses Grundsatzpapier, das zunächst nur in wenigen hektographierten Exemplaren existierte, beschreibt theoretisch eine Wirtschaftsordnungskonzeption, die der Sozialen Marktwirtschaft sehr nahekommt. Vor allem die Anlage 4 des Papiers, in dem es um die Wirtschafts- und Sozialordnung

³ Zu erwähnen ist sicher auch der Kreisauer Kreis um Helmuth Graf von Moltke, der ebenfalls eine Reihe von Veränderungspapieren, insbesondere zur Wirtschaftsordnung vorlegt. Vgl. dazu: Ronn, G. van: Neuordnung im Widerstand, 1967.

⁴ Zur Aufteilung des „Freiburger Kreises“ in drei Gruppen: Blumenberg-Lampe, C., 1973, vgl. schon Vorwort. Zu den Freiburger Kreisen vgl. weiter: Blumenberg-Lampe, C.: 1986, „Kurzfassung“ und Blumenberg-Lampe, C.1991; Stadt Freiburg (Hrsg.): Der Freiburger Kreis; Schulz, W., 1995; Brintzinger, K. R., 1996. Vgl. auch: In der Stunde Null; von Dietze, C., 1947.

⁵ Vgl. dazu: Schulz, W., 1995, S 263.

⁶ Das Papier trägt den Titel: „Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“, vgl. dazu: In der Stunde Null, 1979.

geht, soll hier in einigen Punkten Erwähnung finden: Die Verfasser des Papiers wollen keine — Zitat — „besondere evangelische oder auch nur allgemein christliche Wirtschaftsordnung ... entwerfen“⁷, sondern die konkrete Ordnung solle — Zitat — „Sache der menschlichen Vernunft“⁸ sein.“⁹

Wie soll eine solche Ordnung einer Sozialen Marktwirtschaft aufgebaut sein? Zunächst: Die Kirche wird zur Einmischung aufgefordert, sie solle den Laien — Zitat — „die Verpflichtung einschärfen, sich um eine gedeihliche, der konkreten Situation gerecht werdende Wirtschaftsordnung in der Verantwortung vor Gott zu bemühen.“¹⁰ Entscheidend für die neue Ordnung sei ihre Grundlegung auf — Zitat — „Leistung, d.h. Dienst an der Gesamtwirtschaft berufenen Wettbewerb.“¹¹ Dort aber, wo — Zitat — „kein echter Wettbewerb zwischen zahlreichen Einzelwirtschaften mit seinen wohltätigen Folgen bestehen kann“¹², solle der Staat steuernd funktionieren. Das gelte zum Beispiel für Verkehrspolitik, Energieversorgung, Bildung etc. Gleichzeitig solle der Staat dafür sorgen, dass weder Monopole, noch Abhängigkeitsverhältnisse, noch ungerechte Preispolitik entstehen können.

Gleichzeitig wird der Begriff „Sozialpolitik“ neu definiert — Zitat —: „Die Sozialpolitik hat ... die allgemeine Aufgabe, die einzelnen Menschen zu echten Gemeinschaften hin zu einer allumfassenden Societas zusammenfassen zu helfen. ... (E)ine weise staatliche Sozialpolitik (muss) vornehmlich den sittlichen Kräften Wirkungsmöglichkeiten gewähren und erleichtern, die echte Gemeinschaft zu bilden vermögen. Dies kann nur erwachsen, wo eine rechte Individualethik das soziale und wirtschaftliche Leben erfüllt.“¹³ Dabei werde — wir befinden uns im Jahre 1942 — noch keine Entscheidung für eine Staatsform getroffen, gleichwohl wird mit aller Deutlichkeit der „totale Staat“ abgelehnt, ein für die damalige Zeit gefährliches Diktum.

Die zweite Entstehungszelle der Sozialen Marktwirtschaft— sie soll hier nur namentlich erwähnt werden — befindet sich in der Türkei: Wilhelm Röpke und Ale-

⁷ In der Stunde Null, S 128.

⁸ In der Stunde Null, S 128.

⁹ In der Stunde Null, S 129.

¹⁰ In der Stunde Null, S 130.

¹¹ In der Stunde Null, S 137/138.

¹² In der Stunde Null, S 138.

¹³ In der Stunde Null, S 140.

xander Rüstow, Vordenker einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsform auf christlich geprägter Wertebasis, waren nach Istanbul emigriert und arbeiten dort an Theorien zur sozioökonomischen Gestaltung von Nachkriegsdeutschland.

Es lässt sich also feststellen, dass spätestens ab dem Jahre 1942 der Gedanke einer „Sozialen Marktwirtschaft“, also einer Wirtschaftsordnung, welche die Freiheit des Wettbewerbs mit einer vernünftigen und gerechten Sozialpolitik verbindet, in der Luft lag. Konkretisiert werden diese Gedanken dann von einem protestantischen Nationalökonom und Religionssoziologen, Alfred Müller-Armack (1901 bis 1978). Müller-Armack ist es, der die Gedanken seiner wissenschaftlichen Vordenker aufnimmt, sie anreichert mit seinem umfangreichen Kenntnis aus dem Gebiet der Religionssoziologie und für Ludwig Erhard, dessen enger Mitarbeiter er war, in politikfähige Konzepte umsetzte. Müller-Armack ist Erfinder des Begriffs Soziale Marktwirtschaft.¹⁴

Müller-Armack will einen Sozialhumanismus¹⁵ unter der Bedingung der Freiheit, der nicht allein ökonomischen Kriterien folgt, sondern in dem sich der Mensch in seiner anthropologischen Grundkonstitution¹⁶ — der Offenheit für Geist wie Natur — verwirklichen kann. Dies sei nur dann möglich, wenn in einer Wirtschaftsordnung die Grundelemente der beiden konträr gegenüberstehenden Wirtschaftskonzepte integriert werden: Der Freiheitsgedanke des Liberalismus und der soziale Gedanke des Sozialismus. Beide Elemente haben nach Müller-Armack ihren Ursprung im christlichen Weltbild, wodurch eine Verpflichtung entstehe: Eine Wirtschaftsordnung speise sich nicht allein aus ökonomischen Kriterien, sondern es bedürfe — Zitat — „im stärksten Maße einer geistigen Formung, die gleichsam den Gesamtrahmen schafft, in dem das Wettbewerbsinstrument zur Anwendung gebracht werden kann.“¹⁷ Es bedürfe neben einer ökonomischen Sicherung einer gesellschaftspolitischen Ausgestaltung der Ordnung der Wirtschaft. Die Marktordnung nämlich sei ausschließlich instrumental zu verstehen: — Zitat — „Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und

¹⁴ Immer wieder wird von anderen Ökonomen die Erfindung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ beansprucht; eine nähere Untersuchung zeigt aber, dass diese Thesen jeglicher Grundlage entbehren. Vgl. dazu: Dietzfelbinger, D., 1998, S 199ff.

¹⁵ Den Begriff entwickelt Müller-Armack in seinem Buch: „Diagnose unserer Gegenwart“ [1949] 1981.

¹⁶ Müller-Armack entwickelt seine Anthropologie in Rezeption des Plessnerschen Ansatzes; vgl. Müller-Armack, A., 1932.

¹⁷ Müller-Armack, A., [1947], 1981, S. 124.

es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.“¹⁸

Dem Staat wird das Recht eingeräumt, mit marktkonformen Maßnahmen sozialgestalterisch in das ökonomische Handeln einzugreifen. Sozialpolitik solle „den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen.“¹⁹

Schließlich nochmals Traugott Jähnichen:

„Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht allein aufgrund des biographischen Hintergrunds der maßgeblichen Akteure, sondern auch sachlich in wesentlichen Zügen von den sozialetischen Traditionen des Protestantismus bestimmt gewesen. Für die unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich dieser Zusammenhang dahingehend zuspitzen, dass eine direkte Verbindungslinie zwischen den sozialetischen Dimensionen des Protestantismus und der Begründung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft besteht. Während in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften bis weit in die 1950er Jahre hinein Forderungen nach planwirtschaftlichen Elementen bzw. einer ‚gelenkten‘ Wirtschaft dominierten, die liberalen Parteien eine freie Marktwirtschaft propagierten und der Katholizismus zunächst in großen Teilen einen ‚christlichen Sozialismus‘ favorisierte und auch in den 1950er Jahren noch deutliche Anfragen an die Soziale Marktwirtschaft formulierte, waren es in der Tradition des sozialen Protestantismus stehende Nationalökonominnen und Juristen, die – in kritischer Distanz zur und auch in aktivem Widerstand gegen die NS-Diktatur – in neuer Weise eine Synthese von marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialer Verantwortung angestrebt haben.“ (Jähnichen, 2008, S. 125).

„Diese Suche nach einem mittleren Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus bestimmte auch eine viel beachtete Rede des Berlin-Brandenburger Bischofs Otto Dibelius, der für die künftige Wirtschaftsentwicklung beide Ordnungsmodelle kritisierte, da sie vor den Forderungen des Evangeliums nicht bestehen könnten. Dass die Perspektive eines neuen wirtschaftlichen Ordnungsmodells als Antwort auf den Säkularismus

¹⁸ Müller-Armack, A., [1947], 1981, S. 107.

¹⁹ Müller-Armack, A., [1956], 1981, S. 246.

vornehmlich des 19. Jahrhunderts nicht allein die protestantisch geprägte Meinungsbildung in Deutschland, sondern in starkem Maße auch die internationalen Diskussionen bestimmte, beweist die Amsterdamer Vollversammlung der Kirchen zur Gründung des Ökumenischen Rates im Jahr 1948. Die Konferenz rief die Kirchen dazu auf, sich beharrlich für relative Verbesserungen der Ordnungen dieser Welt einzusetzen, und propagierte in diesem Sinn das sozialethische Leitbild der ‚Verantwortlichen Gesellschaft‘... Als Ergebnis hielt die Konferenz fest: ‚Die christliche Kirche sollte die Ideologien beider verwerfen, des Kommunismus und des Laissez-faire-Kapitalismus, und danach trachten, die Menschen von der falschen Vorstellung zu befreien, diese beiden stellten die einzige Alternative dar. Beide haben Versprechungen gemacht, die sie nicht einlösen konnten. Die kommunistische Ideologie betont die wirtschaftliche Gerechtigkeit und verheißt, die Freiheit werde sich automatisch aus der Vollendung der Revolution ergeben. Der Kapitalismus betont die Freiheit und verheißt, die Gerechtigkeit werde sich ganz von selbst aus der freien Wirtschaft ergeben. Auch dies ist eine Ideologie, die sich als falsch erwiesen hat. Es gehört zu der Verantwortung der Christen, neue schöpferische Lösungen zu suchen, die es nicht zulassen, dass Gerechtigkeit und Freiheit sich gegenseitig zerstören.‘ Freiheit und Gerechtigkeit werden hier als die beiden für die christliche Sozialethik zentralen Grundwerte beschrieben...“ (Jähnichen, 2008, S. 127).

4 Weiterentwicklung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft

In der jüngeren Geschichte des Protestantismus hat sich die Evangelische Kirche wiederholt in der Öffentlichkeit zu Wort gemeldet. So vor zwanzig Jahren angesichts struktureller Massenarbeitslosigkeit zum Beispiel mit dem Gemeinsamen Wortes der Kirchen von 1997 ‚Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit‘ und in den jüngst vergangenen Jahren mit den Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland: Gerechte Teilhabe (2006), Unternehmerisches Handeln in Evangelischer Perspektive (2008) und Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt (2015). In allen Fällen jedoch und auch im Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung gilt es aus Sicht evangelischer Sozialethik die Grundeinsichten der Sozialen Marktwirtschaft fortzuschreiben und die Maße des Menschlichen in der Balance von Marktwirtschaft und Gemeinwohlorientierung als gemeinsame Aufgabe im Blick zu behalten.

5 Ausblick: Gemeinsame Aufgaben und Ziele von Ökonomie und positiver Religion oder: Gemeinsam ETHIK LERNEN

Ein persönliches Wort zum Schluss: Was mich als Industrie- und Sozialpfarrer nach 20 Jahren Erfahrung in diesem Feld des gesellschaftlichen Beitrags der Kirche und der ethischen Mitgestaltung von Wirtschaft und Politik eigentlich umtreibt ist die Sorge um die Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie, die meiner Auffassung nach in Deutschland wesentlich auf der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Plausibilität beruht. Die insbesondere in der jüngeren Generation stark zurückgegangene Wählerbeteiligung bietet durchaus Anlass danach zu fragen, ob nicht uns allen als StaatsbürgerInnen wie Institutionen besondere Verantwortung für den durch die Soziale Marktwirtschaft bewirkten sozialen Frieden und den künftigen wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland und Europa zukommt. Es gilt, gemeinsam Ethik zu lernen, damit jeweils eine andere Sicht möglich wird. Darin lassen Sie uns gemeinsam wirken, wie der Apostel Paulus sagt: (Rm 12, 2): „Lasst eure Wahrnehmung verändern, damit ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute, Wohlgefällige und Vollkommene“

Literaturverzeichnis

- Blumenberg-Lampe, C. (1973). Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“. Entwurf einer freiheitlichen sozialen Nachkriegswirtschaft, Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus, Berlin: Duncker und Humboldt, 1973.
- Blumenberg-Lampe, C. (1986). Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle. Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943 - 1947, Stuttgart: Klett-Cotta, 1986.
- Blumenberg-Lampe, C. (1991). Oppositionelle Nachkriegsplanung: Wirtschaftswissenschaftler gegen den Nationalsozialismus, in: John, E., Martin, B., Mück, M., Ott, H. (Hrsg.): Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, Freiburg/Würzburg: Ploetz, 1991, S. 207-219.
- Brintzinger, K. R. (1996). Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen 1918 - 1945. Eine institutionentheoretische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten, Frankfurt a.M et. al.: Peter Lang, 1996.
- Dietze, C. von (1947). Nationalökonomie und Theologie, Tübingen / Stuttgart: Furche Verlag, 1947.
- Dietzfelbinger, D. (1998). Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil. Alfred Müller-Armacks Lebenswerk, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 1998.
- Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evang. Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, (Hg.) Kirchenamt der EKD u. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz Hannover/Bonn, 1997.
- Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, (Hg.) Kirchenamt der EKD: Hannover, 2006.
- Grözinger, K. E. (o. J.). Gedenken, Erinnern und Fest als Wege zur Erlösung des Menschen und zur Transzendenzerfahrung im Judentum. In: B. Casper und W. Sparn (Hrsg.), Alltag und Transzendenz. Studien zur religiösen Erfahrung in der gegenwärtigen Gesellschaft. Freiburg/München: Karl Alber, Sonderdruck, S. 19 – 49.

- In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger 'Bonhoeffer-Kreises': Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit, eingel. von Thielicke, H., mit einem Nachwort von Philipp von Bismarck, Tübingen: Mohr, 1979.
- Jähnichen, T. (2008). Wirtschaftsethik. Konstellationen – Verantwortungsebenen – Handlungsfelder, Stuttgart: Kohlhammer, 2008.
- Marx, K. / Engels, F. (1989). Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus, Stuttgart: Reclam, S. 18.
- Müller-Armack, A. (1932). Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin: Juncker und Dünnhaupt, 1932.
- Müller-Armack, A. (1981). Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts, 2. erw. Auflage, Bern und Stuttgart: P. Haupt, [1949] 1981.
- Müller-Armack, A. (1981). Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, in: Müller-Armack, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 2. Aufl. Bern und Stuttgart P. Haupt [1947] 1981, S. 19-170.
- Müller-Armack, A. (1981). Art. Soziale Marktwirtschaft, in: Müller-Armack, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft, 2. Aufl., Bern und Stuttgart: P. Haupt [1956] 1981, S. 243-250.
- Ronn, G. van (1967). Neuordnung im Widerstand. der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München: Oldenbourg, 1967.
- Schulz, W. (1995). Adolf Lampe und seine Bedeutung für die Freiburger Kreise im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in Schneider, J. (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland 1933 - 1993, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1995.
- Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu Arbeit, Sozialpartnerschaften und Gewerkschaften, Gütersloh: Gütersloher Verlags-haus, 2015.
- Stadt Freiburg (Hrsg.) (1990). Der Freiburger Kreis. Widerstand und Nachkriegs-planung 1933 - 1945, Freiburg: Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau, 1990.

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.): Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive: eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2008.

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.): Gemeinwohl und Eigentum: wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Mohn, 1992.

**5 Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems –
wie sieht die Öffentlichkeit die Soziale Marktwirtschaft?**

Markus Kiefer

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	61
Tabellenverzeichnis.....	61
Abbildungsverzeichnis.....	62
1 Aktualität des vorliegenden Datenmaterials.....	63
2 Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft	64
3 Sozialer Status und die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft	68
4 Zustimmung zu Unternehmen, Unternehmern und Managern	82
5 Fazit.....	87
Literaturverzeichnis	88

Abkürzungsverzeichnis

CATI	Computer Assisted Telephone Interviews
CEO	Chief Executive Officer
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung
IfD	Institut für Demoskopie
infas	Institut für angewandte Sozialwissenschaften
NGO	Non-Governmental Organisation

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vertrauen in Berufsgruppen in Deutschland.....	85
---	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft.....	64
Abbildung 2:	Zweifel an der Sozialen Marktwirtschaft	65
Abbildung 3:	Haben wir in Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft?	66
Abbildung 4:	Hat sich die Soziale Marktwirtschaft bislang bewährt?	67
Abbildung 5:	Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung	67
Abbildung 6:	Sozialer Status und Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft	68
Abbildung 7:	Was erwarten die Bürger von der Sozialen Marktwirtschaft? ..	69
Abbildung 8:	Alternativen zur Marktwirtschaft	70
Abbildung 9:	Alternativen zum Wirtschaftssystem	70
Abbildung 10:	Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit.....	71
Abbildung 11:	Einschätzung zur Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit	72
Abbildung 12:	Ansichten über die Soziale Marktwirtschaft	73
Abbildung 13:	Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft in Abhängigkeit von der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit	73
Abbildung 14:	Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft in Abhängigkeit von der Kenntnis besserer Wirtschaftssysteme	75
Abbildung 15:	Einschätzung zu den wirtschaftlichen Verhältnissen 2013	76
Abbildung 16:	Assoziationsprofile „Marktwirtschaft“ und „staatlich organisiertes Wirtschaftssystem“	77
Abbildung 17:	Würde es einem in einem vom Staat stärker kontrollierten Wirtschaftssystem besser gehen?	78
Abbildung 18:	Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt	78
Abbildung 19:	Die Deutschen und die Marktwirtschaft	80
Abbildung 20:	Zufriedenheit mit der Sozialen Marktwirtschaft seit 03/2006 ..	81
Abbildung 21:	Glaubwürdigkeit ausgewählter Institutionen und Gruppen I	83
Abbildung 22:	Glaubwürdigkeit ausgewählter Institutionen und Gruppen II ...	84
Abbildung 23:	Edelman Trust Barometer 2017: Ergebnisse Deutschland	86
Abbildung 24:	Edelman Trust Barometer 2016: Ergebnisse Deutschland	86

1 Aktualität des vorliegenden Datenmaterials

Bei der Sichtung empirischer Daten zur Akzeptanz des in Deutschland herrschenden Wirtschaftssystems im Umfeld der renommierten Meinungsforschungsinstitute und durch Recherchen bei Instituten, Verbänden und Stiftungen, die der Wirtschaft nahestehen (Institut für Mittelstandsforschung, Bertelsmann Stiftung, Institut der deutschen Wirtschaft, Die Familienunternehmer etc.), ergibt sich ein überraschender Befund: Ganz aktuelles Zahlen- und Datenmaterial zur Thematik liegt nur bedingt vor. Umfassende aktuelle Studien zur Fragestellung fehlen und Fragestellungen, dezidiert zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft, sind eher selten.

Die aktuell umfassendste Studie, die zu dem Thema Soziale Marktwirtschaft ausgewertet werden kann, wurde 2010 durch das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach durchgeführt. Diese Studie spiegelt damit Befunde aus einem Zeitraum wieder, in dem die globale Finanzkrise von 2007/2008 und den Folgejahren in Deutschland erhebliche Wirkung gezeigt hat. Für die Jahre ab 2013 bis heute liegt hingegen wenig bzw. wenig geeignetes Datenmaterial vor.

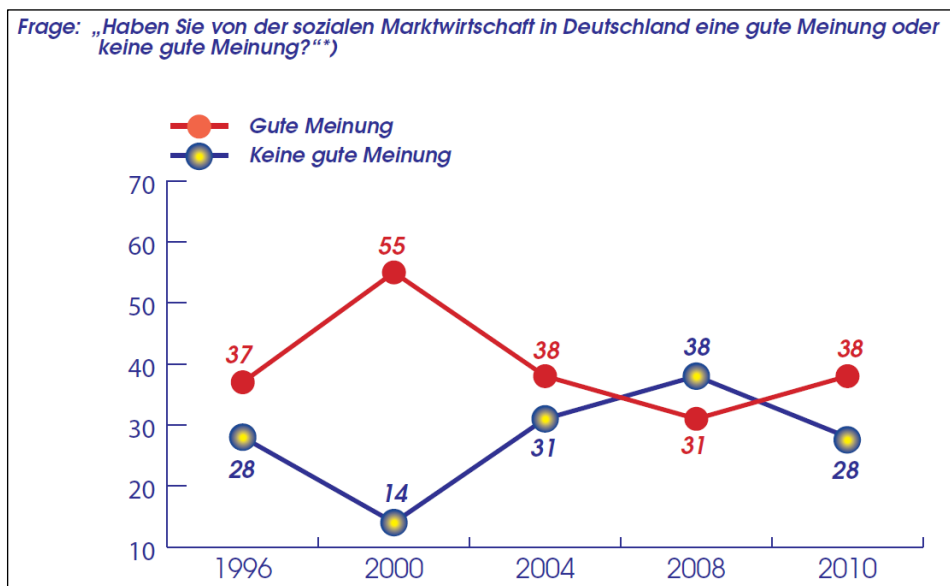
Daraus ergibt sich ein interessantes thematisches Arbeitsfeld für die Forschung von Hochschulen. Zunächst soll aber die Allensbach-Studie aus 2010 fokussiert werden.

2 Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft

Im Auftrag der Heinz Nixdorf Stiftung (Essen) und der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) führte das Institut für Demoskopie Allensbach im Zeitraum vom 07. - 21. Januar 2010 eine Mehr-Themen-Umfrage, repräsentativ für die Bevölkerung ab 16 Jahren, durch. Dafür wurden von geschulten Allensbach-Interviewerinnen und Interviewern 1849 repräsentativ ausgewählte Deutsche ab 16 Jahren anhand eines vorgegebenen Fragebogens mündlich-persönlich befragt.

Es wurde eine Reihe von Fragen zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland gestellt. Bei der Interpretation des Kernbefunds ist besonders die negative Entwicklung in der Zeitreihe, und dass sich bei einer harten Fragestellung ein Drittel der Befragten nicht entscheiden kann, hervorzuheben.

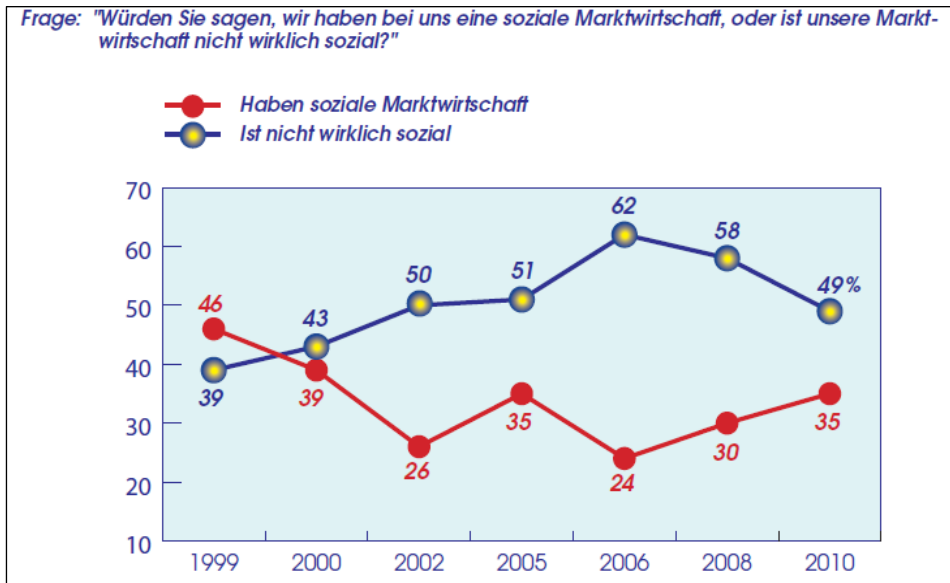
Abbildung 1: Entwicklung der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 2.

Bei vager Fragestellung verbessern sich die Werte etwas, dennoch kommt die Soziale Marktwirtschaft nicht in eine deutliche Mehrheitsposition.

Abbildung 2: Zweifel an der Sozialen Marktwirtschaft



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 5.

Ein Jahr später (02. - 27. März 2011) führte das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (infas) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung ebenfalls eine repräsentative Umfrage durch. In der Stichprobe wurden 1000 Deutsche ab 18 Jahren, die in Privathaushalten mit Festnetzanschluss lebten, telefonisch in Form von CATI (Computer Assisted Telephone Interview) befragt. Die Stichprobe wurde nach einem fortentwickelten Gabler-Häder-Design gezogen, wodurch auch Haushalte einbezogen wurden, die nicht im Telefonbuch standen. Die Personen wurden so oft kontaktiert, bis ein Interview zustande kam oder die Person dieses ablehnte. Die durchschnittliche Gesprächsdauer betrug 24 Minuten.¹

Die Fragestellung der infas-Umfrage ist etwas weicher als in der Allensbach-Studie, was wohl zu einer etwas größeren Zustimmung führte. Es bestätigt sich aber der Allensbacher Befund, wonach nur ein kleiner Anteil der Bevölkerung richtig von der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt ist und sich mit ihr identifiziert.²

¹ Vgl. Petersen, T. (2011), S. 114.

² Vgl. Petersen, T. (2011), S. 120.

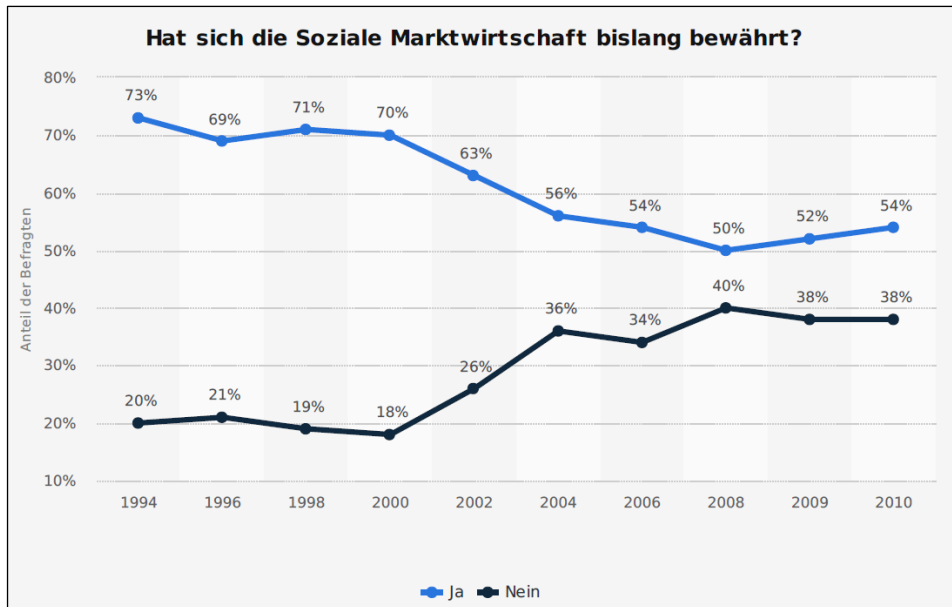
Abbildung 3: Haben wir in Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft?



Quelle: infas (2011), S. 7.

Das Ergebnis wird bei einer weiteren Umfrage mit ähnlich weicher Fragestellung bestätigt. Die deutliche Abnahme der Akzeptanz in der Spanne einer Generation – von einer drei viertel Zustimmung auf eine positive Bewertung bei nur noch der Hälfte der Bevölkerung – ist beachtlich.

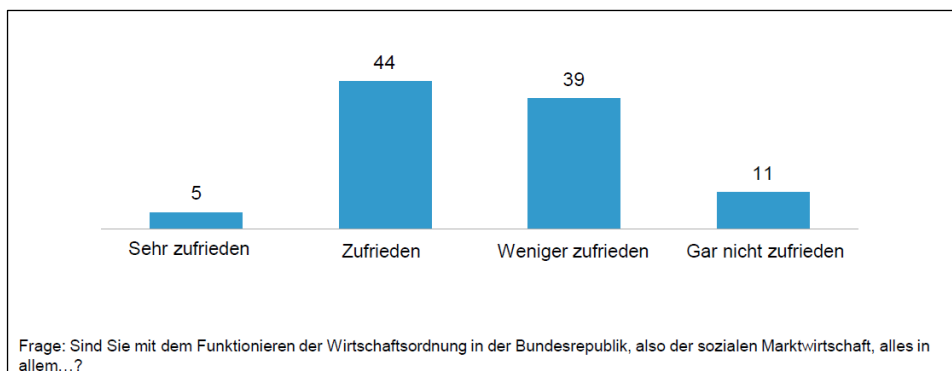
Abbildung 4: Hat sich die Soziale Marktwirtschaft bislang bewährt?



Quelle: Bundesverband deutscher Banken (2010).

Zwei Jahre später zeigen auch Umfragen anderer Institute, selbst bei ganz weicher Fragestellung, keine absolute Mehrheit für die Soziale Marktwirtschaft.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung

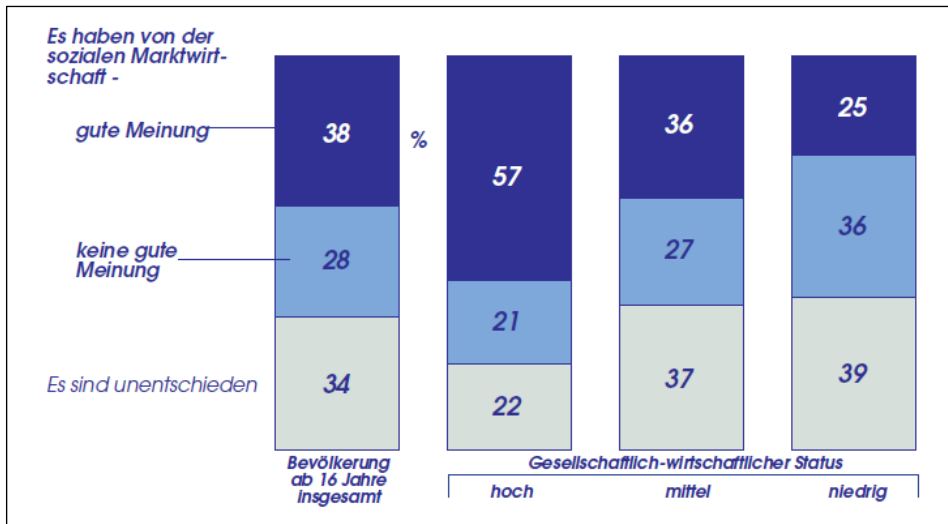


Quelle: Infratest dimap (2012), S. 9.

3 Sozialer Status und die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft

Weitere Ergebnisse der Allensbach-Studie aus 2010 zeigen, dass der soziale Status der Befragten die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft erheblich beeinflusst.

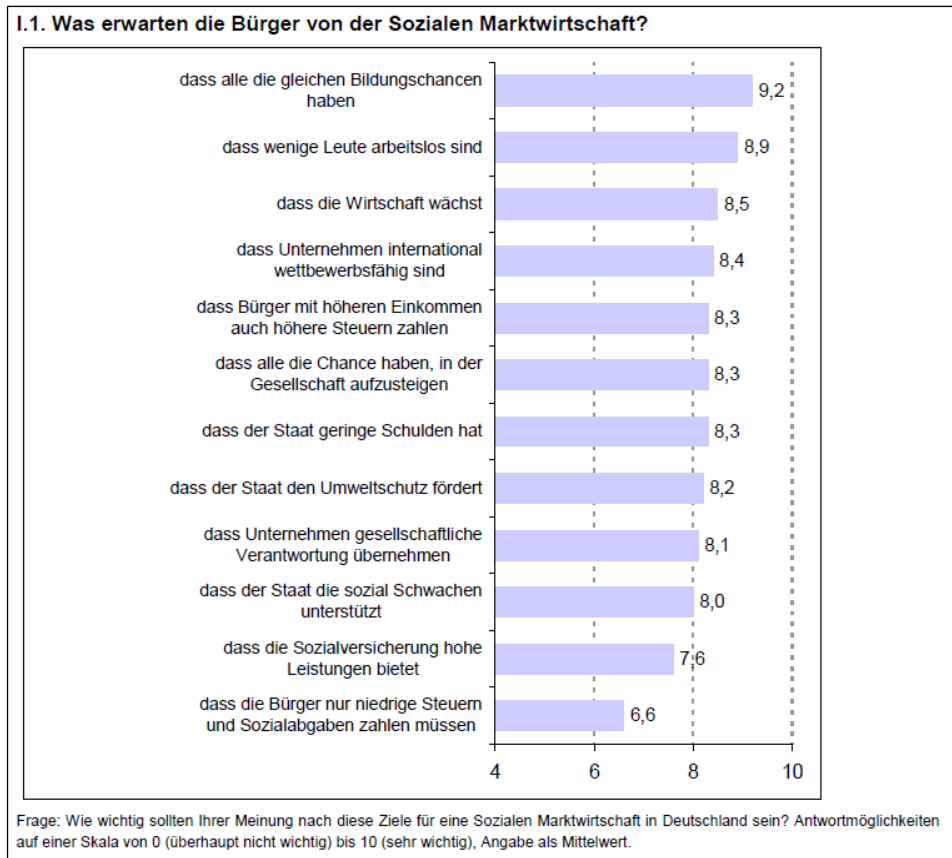
Abbildung 6: Sozialer Status und Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 4.

Fragt man nun inhaltlich tiefer, was die Befragten eigentlich genau unter Sozialer Marktwirtschaft verstehen und was die vorrangigen Ziele einer Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland sind, zeigt die infas-Umfrage, dass gleiche Bildungschancen für alle und geringe Arbeitslosigkeit am wichtigsten und niedrige Steuern und Sozialabgaben am unwichtigsten sind.

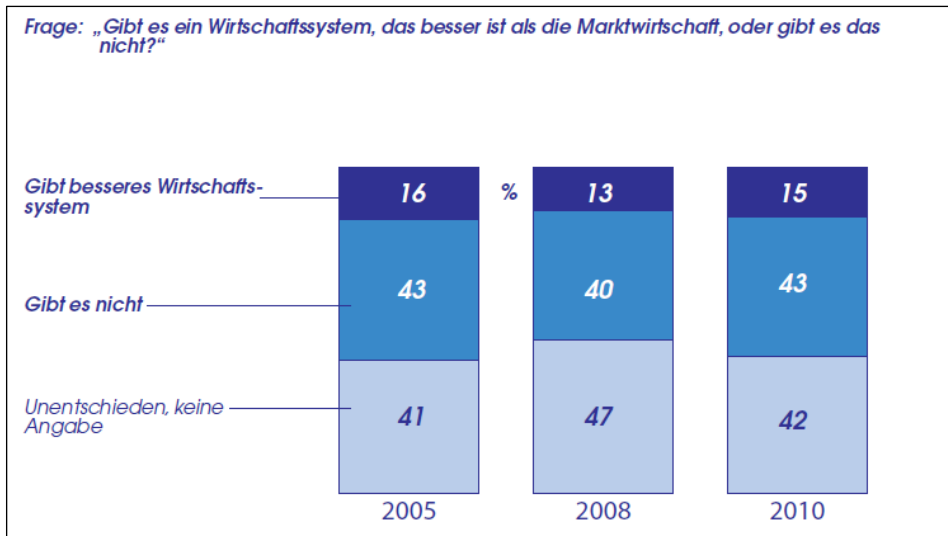
Abbildung 7: Was erwarten die Bürger von der Sozialen Marktwirtschaft?



Quelle: infas (2011), S. 4.

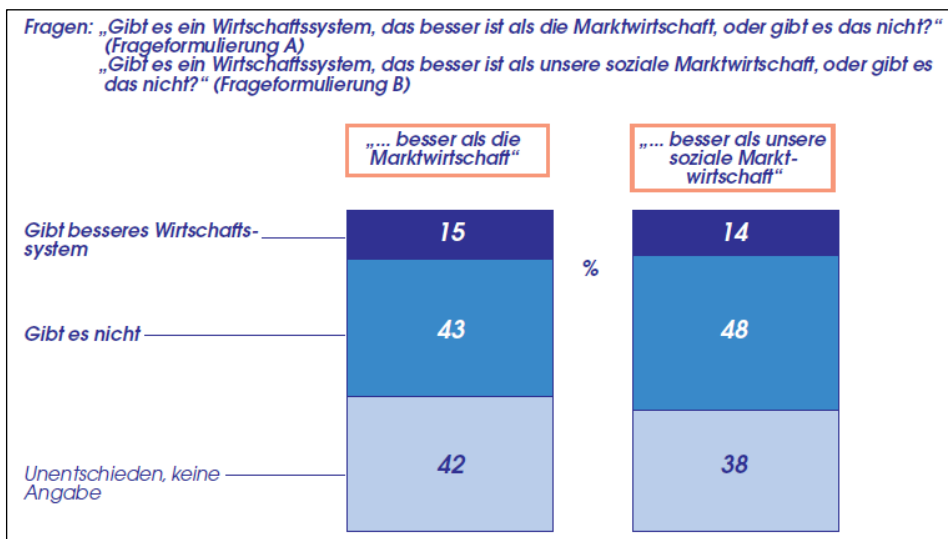
Bei der Frage nach besseren Systemalternativen zeigen sich in der Allensbach-Umfrage 2 von 5 Deutschen unsicher.

Abbildung 8: Alternativen zur Marktwirtschaft



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 6.

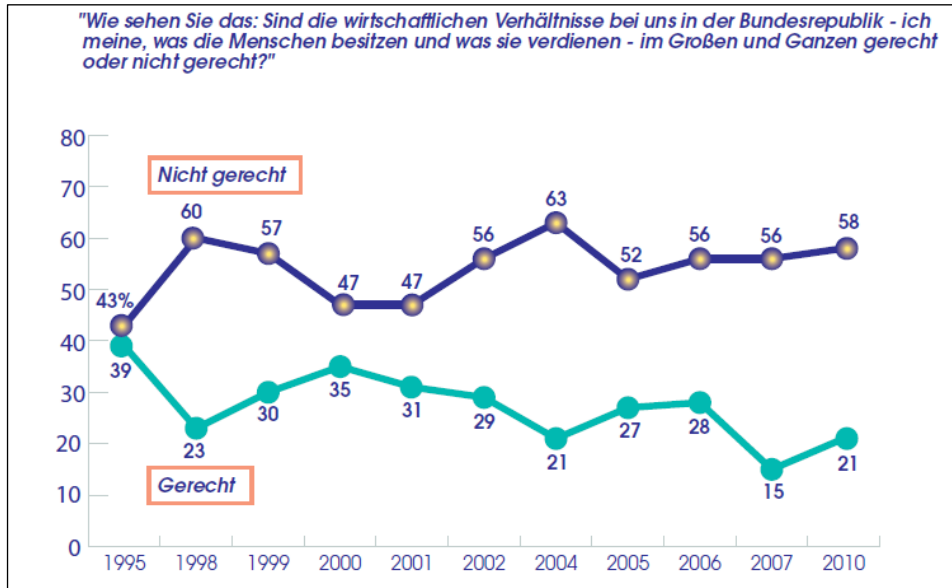
Abbildung 9: Alternativen zum Wirtschaftssystem



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 7.

Die Verteilungsgerechtigkeit wird in der Sozialen Marktwirtschaft als nicht gegeben bewertet.

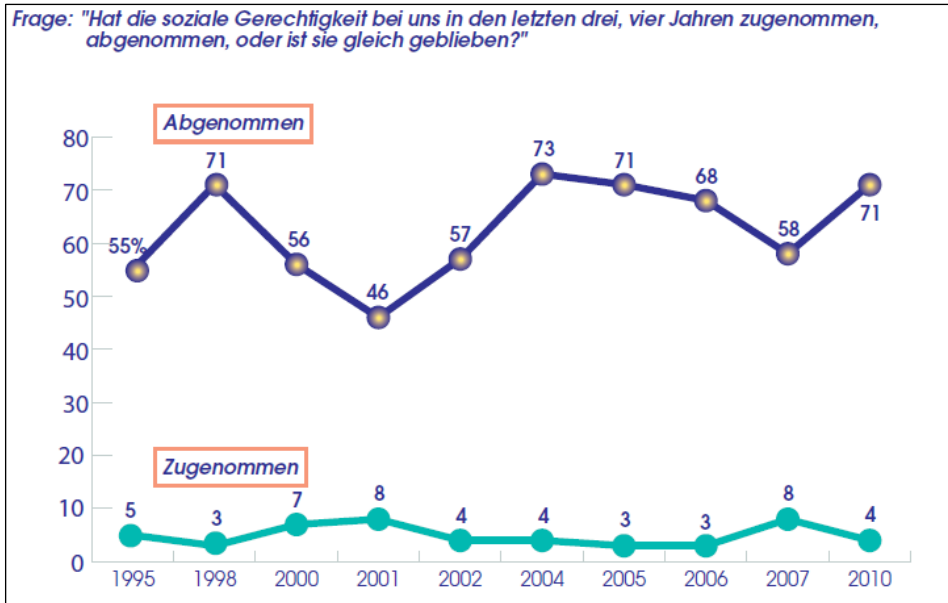
Abbildung 10: Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 8.

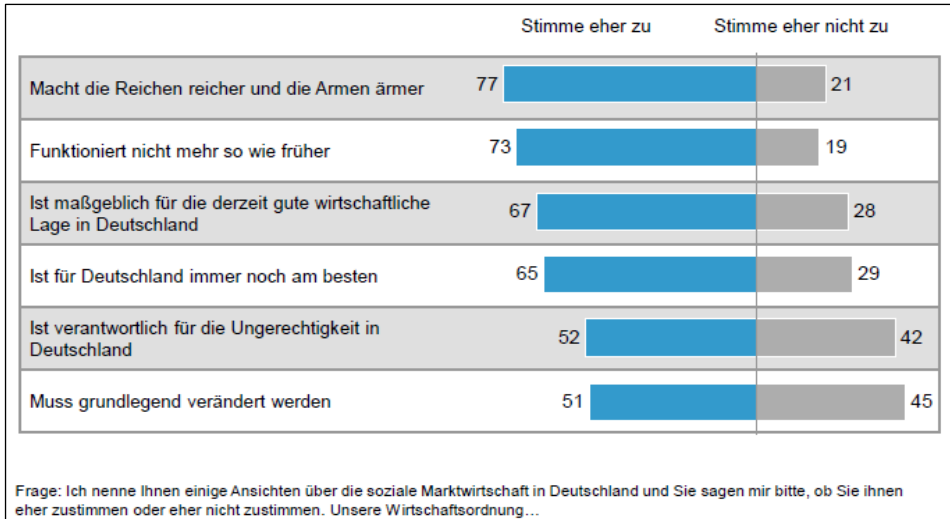
Ganz offensichtlich ist die Gerechtigkeitsfrage ein zentraler Faktor bei der Akzeptanz des Wirtschaftssystems und in Deutschland wird sie deutlich negativ gewertet. Dies zeigt die Allensbach-Studie, genauso wie andere Umfragedaten (siehe Abbildung 11 und 12).

Abbildung 11: Einschätzung zur Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit



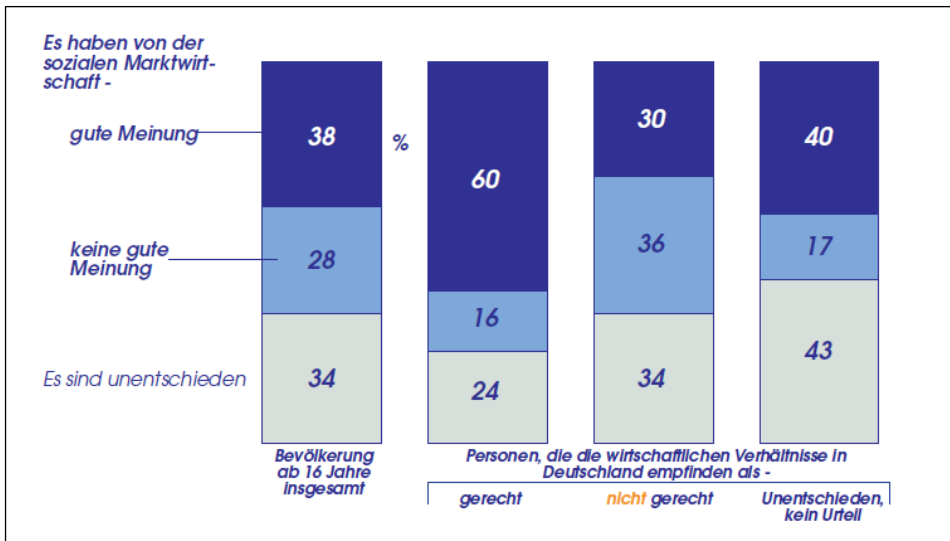
Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 12.

Abbildung 12: Ansichten über die Soziale Marktwirtschaft



Quelle: Infratest dimap (2012), S. 10.

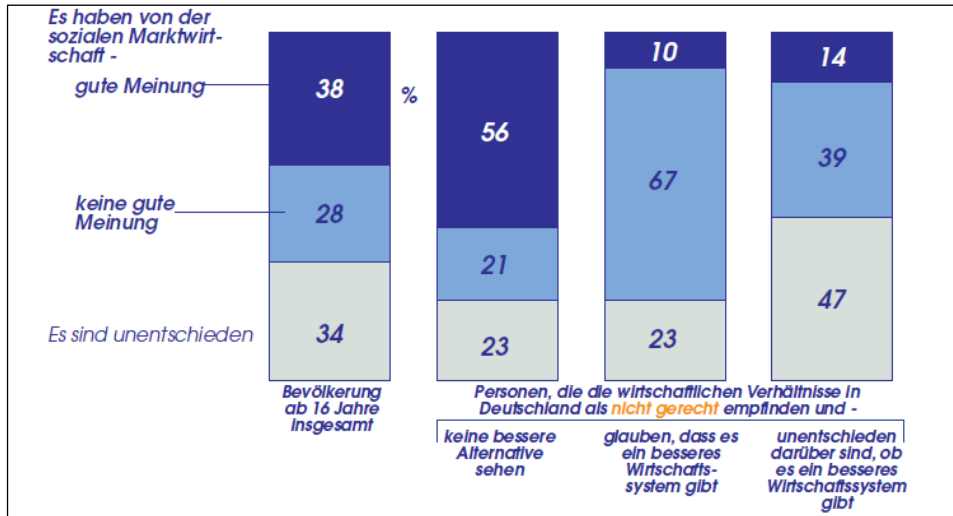
Abbildung 13: Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft in Abhängigkeit von der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 17.

Als weitere Erkenntnis der Allensbach-Studie ist festzuhalten: Selbst wenn die Gerechtigkeitsfrage negativ beantwortet wird, kann die Grundsatzfrage zur Sozialen Marktwirtschaft positiv ausfallen, vor allem dann, wenn keine Systemalternativen bekannt sind.

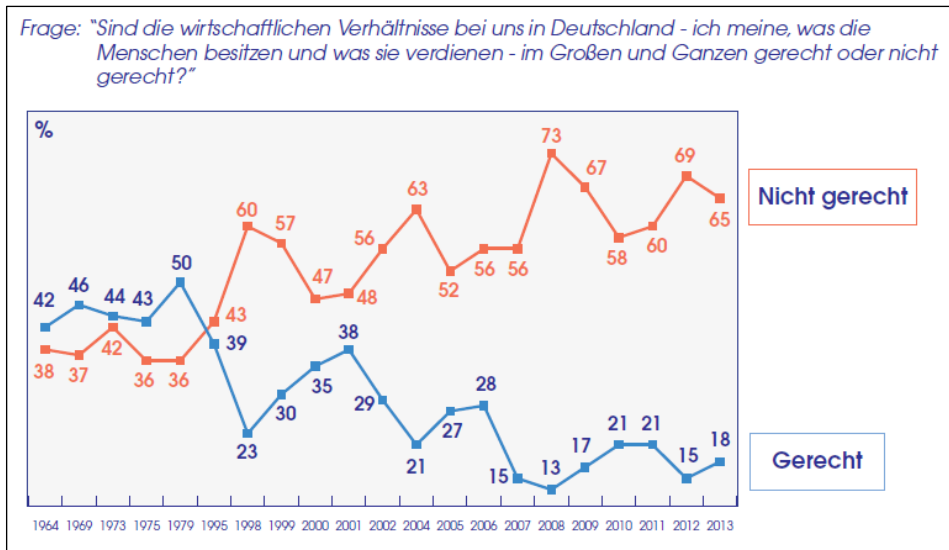
Abbildung 14: Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft in Abhängigkeit von der Kenntnis besserer Wirtschaftssysteme



Quelle: IfD-Allensbach (2010), S. 18.

Bei einer etwas jüngeren Allensbach-Umfrage (siehe Abbildung 15) und bei einem ARD-Deutschland-Trend aus dem gleichem Zeitraum (siehe Abbildung 12) haben sich die negativen Bewertungen in der Gerechtigkeitsfrage abgeschwächt. Unverändert hält aber nur jeder Fünfte unsere wirtschaftliche Realität und wirtschaftliche Ordnung für gerecht.

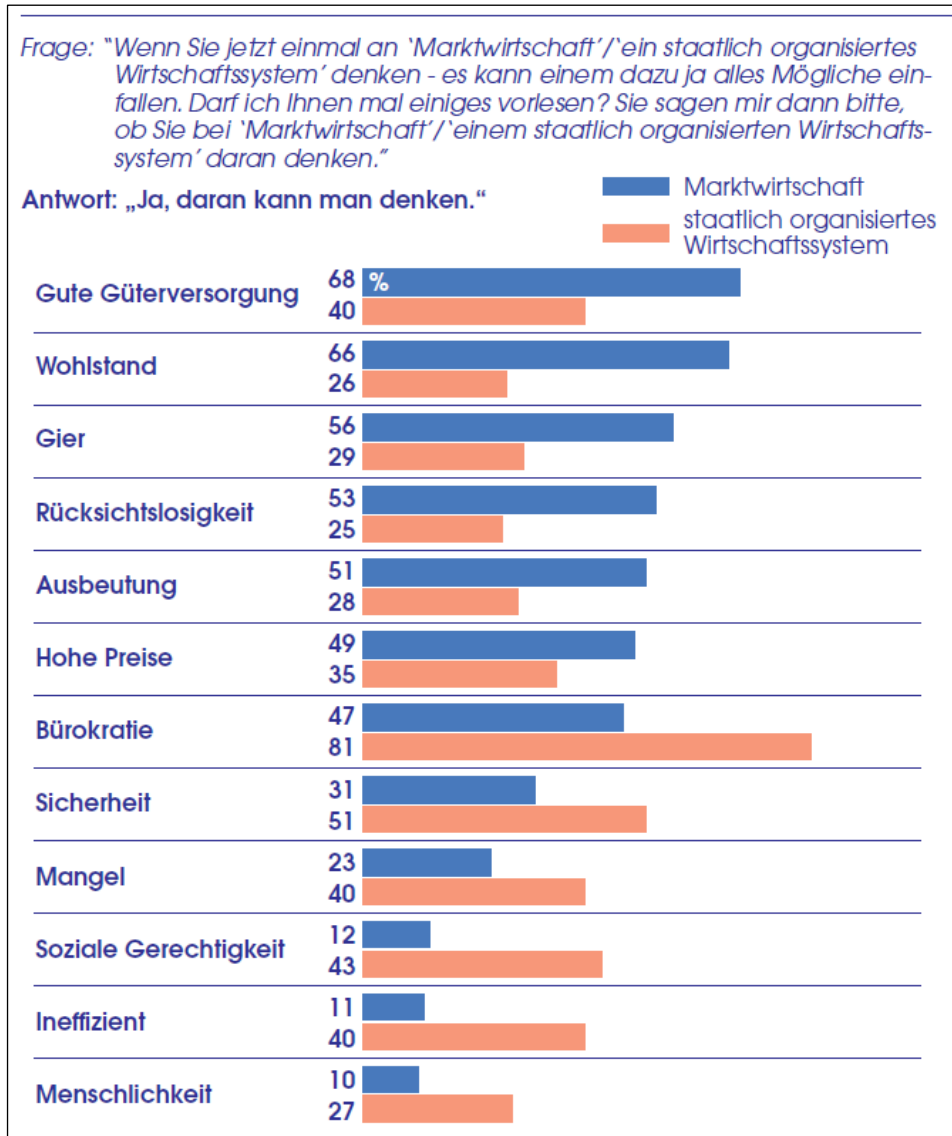
Abbildung 15: Einschätzung zu den wirtschaftlichen Verhältnissen 2013



Quelle: IfD-Allensbach (2013), S. 22.

Die Allensbach-Umfrage von 2013 zeigt auch, dass mit Marktwirtschaft zwar Wohlstand und Güterversorgung aber auch viele negative Grundorientierungen assoziiert werden. „Menschlichkeit“ wird eher staatlich gelenkten Wirtschaftssystemen zugeschrieben.

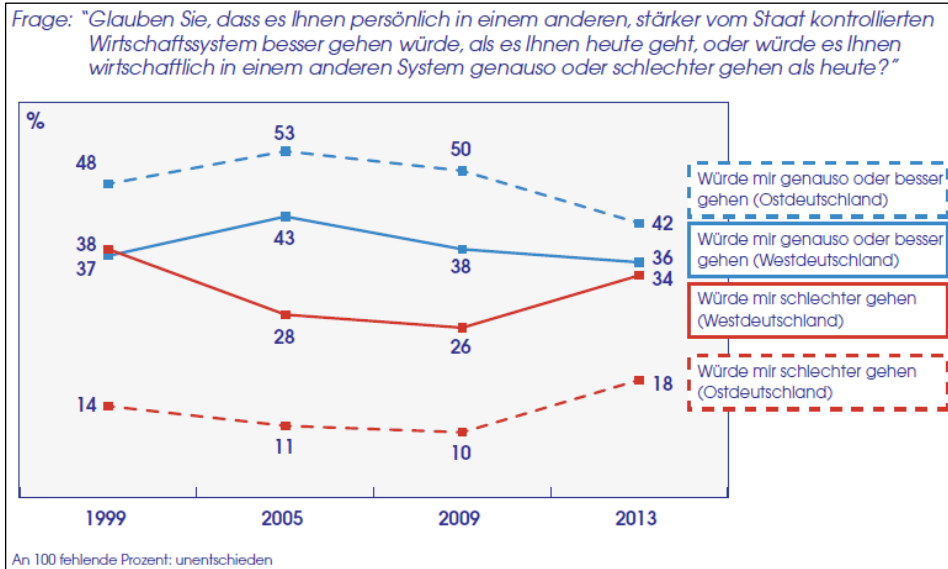
Abbildung 16: Assoziationsprofile „Marktwirtschaft“ und „staatlich organisiertes Wirtschaftssystem“



Quelle: IfD-Allensbach (2013), S. 23.

Tatsächlich ist ablesbar, dass viele Deutsche keine großen Vorbehalte gegenüber einem stärker staatlich gelenkten Wirtschaftssystem haben.

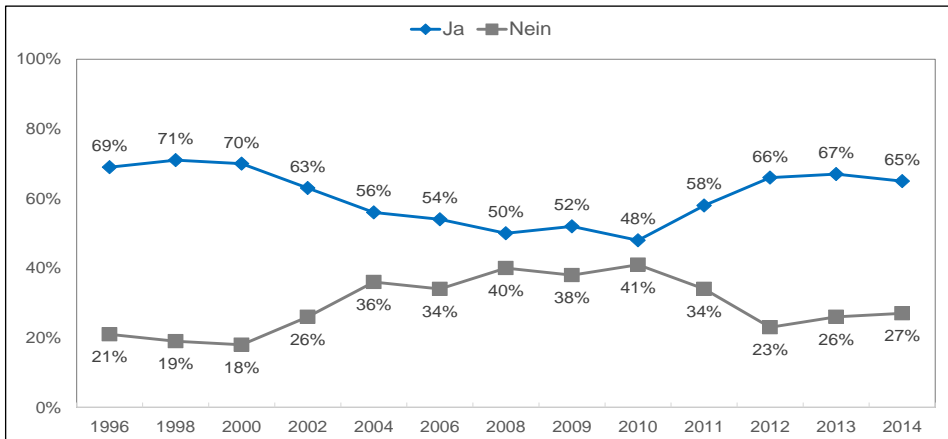
Abbildung 17: Würde es einem in einem vom Staat stärker kontrollierten Wirtschaftssystem besser gehen?



Quelle: IfD-Allensbach (2013), S. 24.

Noch jüngere Daten zeigen eine leichte Stimmungsaufhellung zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft.

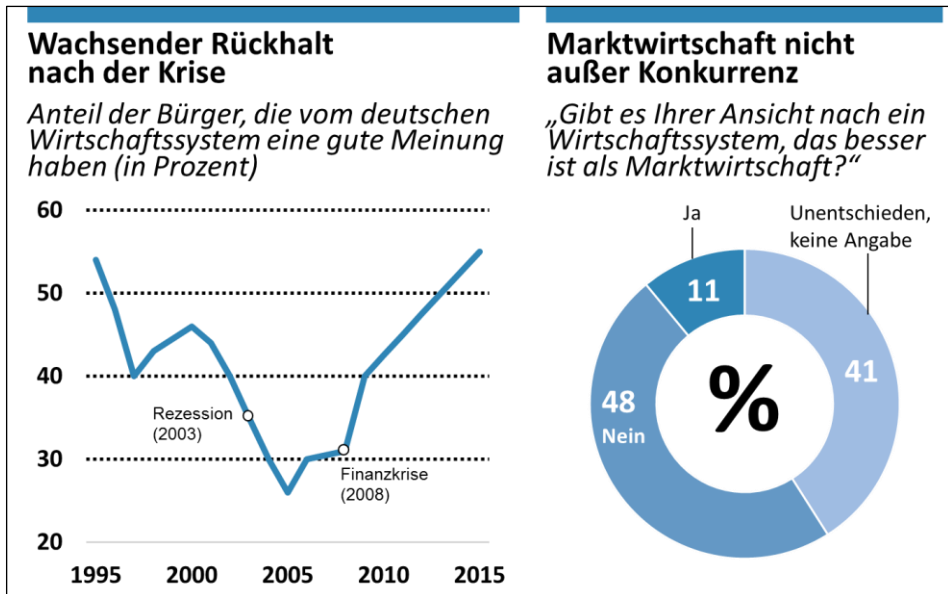
Abbildung 18: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesverband deutscher Banken (2014).

Auch jüngere Allensbach-Daten bestätigen dies, wenngleich die besseren Zustimmungswerte sicher im Licht der wirtschaftlichen Erholung zu interpretieren sind. Der Grad der Systemunterstützung hängt also offensichtlich an der wirtschaftlich-konjunkturellen Entwicklung und ein Großteil der Bevölkerung (41%) ist unverändert unentschieden, ob es eine bessere Systemalternative gibt.

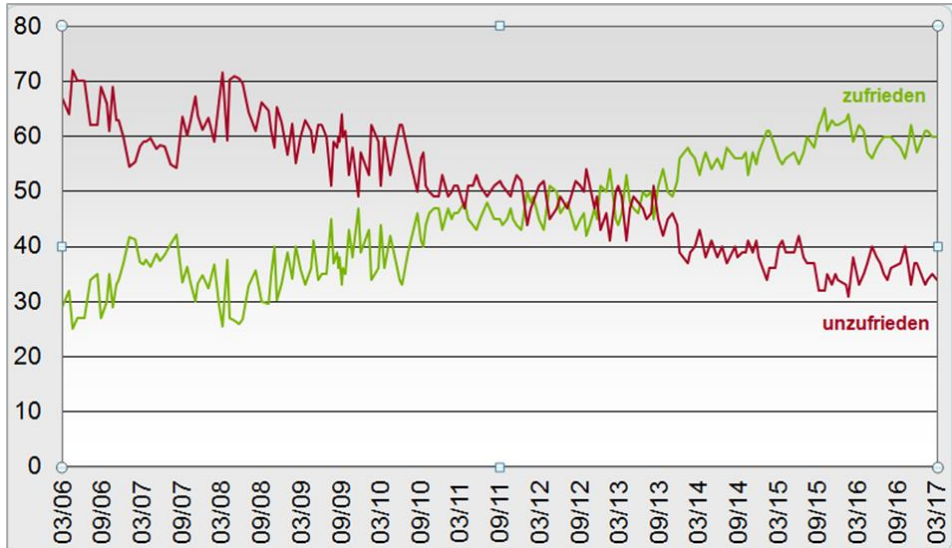
Abbildung 19: Die Deutschen und die Marktwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung nach Köcher, R (2016), S. 81.

Aktuelles Material bestätigt in der Zeitreihe der letzten zehn Jahre den aktuell leicht positiven Trend (wenn ganz weich gefragt wird): „Was meinen Sie zur Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland? Sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“

Abbildung 20: Zufriedenheit mit der Sozialen Marktwirtschaft seit 03/2006



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2017).

Zwischenfazit

Die bisher gezeigten Zahlen zeigen deutlich, dass die Zustimmung zu unserer Wirtschaftsordnung keineswegs auf einem sehr sicheren Fundament steht und sehr von der Stärke der konjunkturellen Entwicklung abhängt. Ob Ludwig Erhard von diesen Zahlen enttäuscht wäre, würde er sie heute zur Kenntnis nehmen können? Er wäre wohl nicht überrascht, diesen Befund zu sehen. Dafür war er zu sehr Realist. Vermutlich hätte er aber gesagt, die Politik kann das alleine nicht verändern. Dafür brauchen wir die Akteure der Wirtschaft und des freien Marktes.

Damit sind wir bei den Hauptakteuren der Wirtschaft: Wie sieht es mit der öffentlichen Akzeptanz der Unternehmen, der Unternehmer sowie der Manager aus?

4 Zustimmung zu Unternehmen, Unternehmern und Managern

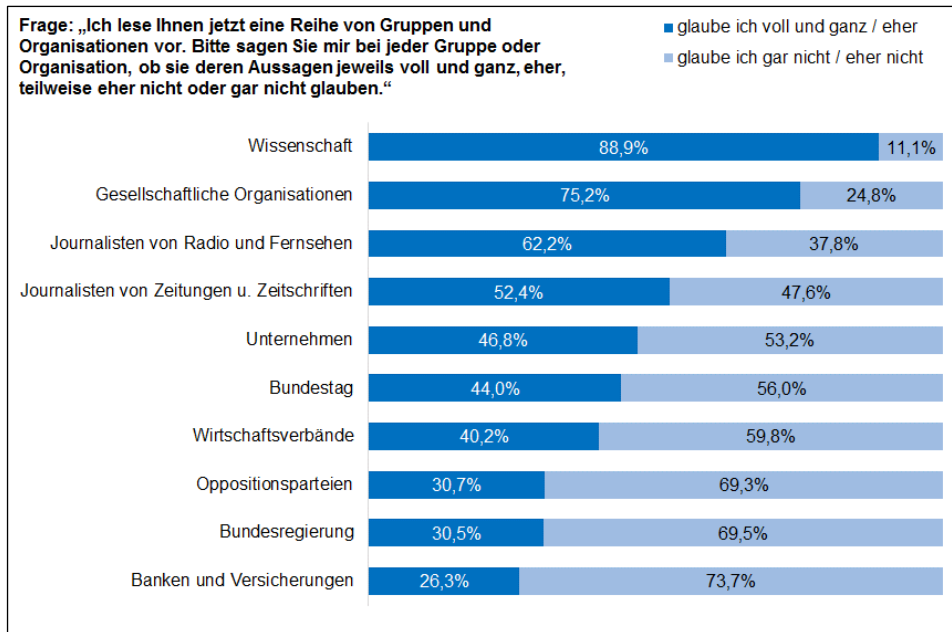
Nach der Analyse der aktuellen Zufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Sozialen Marktwirtschaft werden weiter die Zustimmungswerte zu Akteuren des deutschen Wirtschaftssystems untersucht. Es stellen sich folgende Fragen:

- Wie glaubwürdig werden Unternehmen, Unternehmer und Manager eingeschätzt?
- Für wie vertrauenswürdig halten die Bürger die Akteure unseres Wirtschaftssystems?
- Was halten sie in dieser Hinsicht von den Unternehmen, Unternehmern und Managern?

Hypothese: Eine positive Antwort auf diese Fragen dürfte einen hohen Einfluss auf die Zustimmung zum Wirtschaftssystem haben.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Eine Gemeinschaftsstudie der Universität Hohenheim mit der ING.DiBA AG ergab, dass die Bundesbürger Unternehmen bei ihren öffentlichen Äußerungen mehrheitlich nicht glauben (siehe Abbildung 21).

Abbildung 21: Glaubwürdigkeit ausgewählter Institutionen und Gruppen I



Quelle: Eigene Darstellung nach Mast, C. (2012), S. 44.

Zwei Jahre später fallen die Werte für Unternehmen sogar noch schlechter aus, wie die Ergebnisse aus vier kumulierten Umfragen zeigen. Die Fragestellung zielte dabei auf die allgemeine Glaubwürdigkeit von Akteuren.

Abbildung 22: Glaubwürdigkeit ausgewählter Institutionen und Gruppen II



Quelle: Eigene Darstellung nach Mast, C. (2016), S. 8.

In der neusten Erhebung der Gemeinschaftsstudie war der Wert noch einmal dramatisch schlechter. In der Repräsentativbefragung von Mai/Juni 2015 stuften bereits 65 Prozent der Bundesbürger Unternehmen als nicht glaubwürdige Informationsquelle ein. Die Basis war eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage unter 1.423 Bürgern.

Ähnliches zeigt die „Trust in Professions“-Studie von 2016, verantwortet vom GfK (Gesellschaft für Konsumforschung Verein, eine 1934 gegründete Non-Profit-Organisation zur Förderung der Marktforschung). Diese Studie wurde im Herbst 2015 das zweite Mal durchgeführt. Befragt wurden in Deutschland jeweils 1000 Personen ab 14 Jahren in zwei Wellen: zwischen dem 4. und dem 11. September 2015 und dem 18. und dem 25. September 2015.

Abgefragt wurde das Vertrauen in 32 Berufsgruppen mittels einer Skala, die von „vertraue ich voll und ganz“ und „vertraue ich überwiegend“ bis zu „vertraue ich weniger“ und „vertraue ich überhaupt nicht“ reichte. Die Studie wurde in weiteren Ländern durchgeführt und die Ergebnisse im Frühjahr 2016 in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht. Diese zeigen, dass Unternehmer in Deutschland über einen Mittelfeldplatz nicht hinauskommen.

Tabelle 1: Vertrauen in Berufsgruppen in Deutschland

DEUTSCHLAND: Vertrauen* in Berufsgruppen		
Deutschland Top 10 in Prozent	2016	2014
Feuerwehrleute	96	97
Sanitäter	96	96
Krankenschwestern/- pfleger	95	95
Apotheker	90	88
Ärzte	89	88
Lok-, Bus-, U-Bahn, Straßenbahnführer	89	87
Piloten	87	91
Ingenieure, Techniker	86	80
Lehrer	82	79
Polizisten	82	81

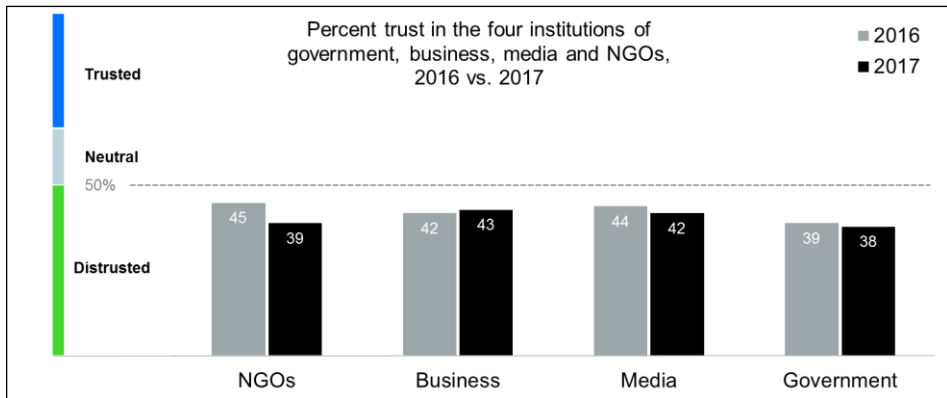
Deutschland Bottom 10 in Prozent	2016	2014
Unternehmer	54	51
Händler, Verkäufer	52	52
Schauspieler	48	44
TV-Moderatoren	48	48
Banker, Bankangestellte	43	39
Profisportler, -fußballer	42	39
Journalisten	36	37
Werbefachleute	27	27
Versicherungsvertreter	22	19
Politiker	14	15

* vertraue voll und ganz/überwiegend

Quelle: GfK Verein (2016), S. 2.

Die weltweit größte Public Relations-Agentur Edelman fragt regelmäßig nach der Vertrauenswürdigkeit der wichtigsten Institutionen. Das aktuelle Edelman Trust Barometer 2017, wofür insgesamt 33.000 Menschen in 28 Ländern befragt wurden, bestätigt die bisher für Deutschland gezeigten Daten sehr eindeutig. Gefragt wird hier nach der Vertrauenswürdigkeit von Unternehmen.

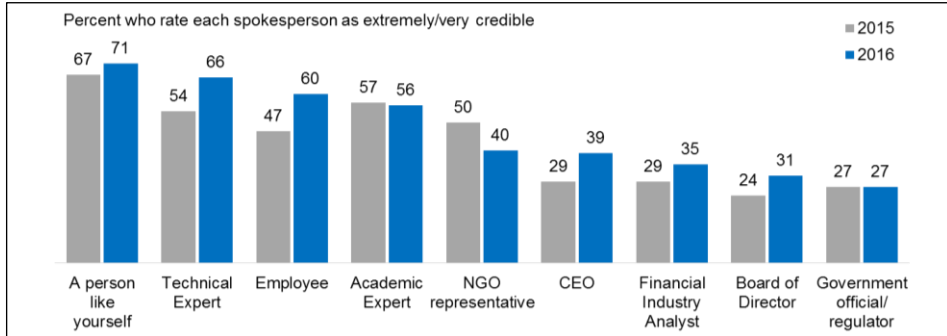
Abbildung 23: Edelman Trust Barometer 2017: Ergebnisse Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung nach Edelman.ergo GmbH (2017).

Schaut man auf die Repräsentanten der Unternehmen, dann zeigten bereits die Edelman-Daten in 2016 ein ausgeprägtes Misstrauen in Bezug auf CEOs (Chief Executive Officer) in Deutschland.

Abbildung 24: Edelman Trust Barometer 2016: Ergebnisse Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung nach Edelman.ergo GmbH (2016).

5 Fazit

Zusammengefasst bedeuten diese Daten:

1. Wir haben keine verlässliche mehrheitliche Zustimmung zum System der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.
2. Wirklich entschiedene Anhänger und Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft sind eher in der Minderheit.
3. Ein wesentlicher Faktor in der Akzeptanz-Frage ist die Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit – diese wird negativ beantwortet.
4. In Bezug auf möglicherweise bessere Systemalternativen ist ein Großteil der Bevölkerung unsicher in der Antwort.
5. Die weltweit beobachtbare Vertrauenskrise in große Institutionen hat nun auch massiv Deutschland erfasst – Unternehmen und Unternehmer gelten als wenig glaub- und vertrauenswürdig.
6. Wichtige Akteure der Wirtschaft – Unternehmer und Manager – tragen durch mangelnde Vertrauenszuschreibung in der Öffentlichkeit zu dieser Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise wesentlich bei.

Literaturverzeichnis

- Bundesverband deutscher Banken (2010): Umfrage zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12428/umfrage/bewertung-soziale-marktwirtschaft/>, (letzter Zugriff: 02.08.2017).
- Bundesverband deutscher Banken (2014): Umfrage zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft 2014, die Informationen wurden von Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, zur Verfügung gestellt.
- Edelman.ergo GmbH (2016): 2016 Edelman Trust Barometer, URL: <https://de.slideshare.net/EdelmanDE/edelman-trust-barometer-2016-ergebnisse-deutschland> (letzter Zugriff: 02.08.2017).
- Edelman.ergo GmbH (2017): 2017 Edelman Trust Barometer, Informationen wurden durch die Edelman.ergo GmbH zur Verfügung gestellt.
- Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2017): Politbarometer, Informationen wurden von der ZDF Hauptredaktion Politik und Zeitgeschehen zur Verfügung gestellt.
- GfK Verein (2016): Pressemitteilung vom 03. März 2016: Helfende Berufe genießen das Vertrauen der Deutschen – Ergebnisse des „Trust in Professions Report 2016“ des GfK Vereins, Nürnberg.
- infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH (2011): Zukunft Soziale Marktwirtschaft, URL: http://www.bti-project.org/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_33574_33605_2.pdf, (letzter Zugriff: 02.08.2017).
- Infratest dimap (2012): Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und zwei Tageszeitungen, Berlin, Februar 2012. URL: https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/dt1208_bericht.pdf
- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) (2010): Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010, Allensbach am Bodensee, URL: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7472_Soziale_Marktwirtschaft.pdf, (letzter Zugriff: 02.08.2017).
- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) (2013): Stille Liebe zur Planwirtschaft, Allensbach am Bodensee, URL: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/November_Planwirtschaft.pdf, (letzter Zugriff: 02.08.2017).

- Köcher, R. (2016): Standpunkt: Renate Köcher über Deutschland und die Marktwirtschaft, in: Wirtschaftswoche, Vol. 40, 2016, S. 80-81.
- Mast, C. (Hrsg.) (2012): Neuorientierung im Wirtschaftsjournalismus – Redaktionelle Strategien und Publikumserwartungen. Wiesbaden: Springer.
- Mast, C. (2016): Renaissance des Vertrauens durch Glaubwürdigkeit – Ausgewählte Ergebnisse zu den Kommunikationserwartungen der Bürger, in: Reinmuth, M. / Kastens, I. E. / Voßkamp, P. (Hrsg.): Kommunikation für Banken und Versicherer – Krisen bewältigen, Vertrauen schaffen, Stuttgart, Schäffer-Poeschel, S. 3-16.
- Petersen, T. (2011): Soziale Marktwirtschaft zwischen Wunsch und Wirklichkeit - Einstellungen der Bürger zum Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Deutschland, in: Thielen, G. (Hrsg.): Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft - Herausforderungen und Perspektiven im 21. Jahrhundert, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 113-139.

6 Die „Soziale Marktwirtschaft“ Erhardscher Prägung aus Sicht der klassischen liberalen Ökonomik

Thorsten Polleit

Inhalt

1	Das Ideal.....	96
2	Der Anti-Politiker.....	97
3	Der Interventionismus.....	100
4	Die Unmöglichkeit des „dritten Weges“.....	102
5	Das übersehene Kernproblem: der Staat.....	104
6	Was ist da zu tun?.....	105
7	Die Theorie des Staates.....	106
8	Die Lösungsvorschläge.....	108
9	Was man von Erhard lernen kann.....	110
10	Interventionismus: das Trojanische Pferd.....	112
	Literaturverzeichnis.....	115

„Um es ganz deutlich zu sagen: Wir sind auf dem falschen Wege. Ich werde nicht müde werden, für die Marktwirtschaft zu kämpfen. Aber ich stehe allein [...].“

Ludwig Erhard¹

„Entweder Kapitalismus oder Sozialismus, ein Mittelding gibt es nicht.“

Ludwig von Mises²

¹ Erhard (1957), Wohlstand für alle, S. 160.

² Mises, Ludwig, v. (1929): Die Krise des Interventionismus, S. 11.

1 Das Ideal

„Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: ‚Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.‘ Der Ruf dürfte nicht lauten: ‚Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir‘, sondern umgekehrt: ‚Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.‘“³ Das sind nicht etwa die Worte eines amerikanischen Präsidenten, der an den Freiheitsdrang und das Selbstverantwortungsgefühl seiner Zuhörerschaft appelliert. Sie stammen von Ludwig Erhard (1897 – 1977), der von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und von 1963 bis 1966 der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war.

Es war Ludwig Erhard, der 1948 maßgeblich dafür gesorgt hat, dass die Deutschen den Übergang zur – damals in der Tat sehr freien – Marktwirtschaft vollziehen konnten. Vermutlich war vielen von ihnen zu diesem Zeitpunkt gar nicht klar, was dieser Schritt für sie bedeutete – welche Chancen, welche Potentiale ihnen daraus für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die moralische Erneuerung erwachsen würden. Sie hatten ja bislang mit der freien Marktwirtschaft im Grunde keinerlei Erfahrungen machen können, kannten aus jüngster Anschauung nur die sozialistischen Experimente der Weimarer Republik und die Unterdrückungszwänge der nationalsozialistischen Kontroll- und Befehlswirtschaft.

³ Erhard (1957), Wohlstand für Alle, S. 290; kursiv im Original.

2 Der Anti-Politiker

Erhard war kein Machtmensch, kein Politiker (er bevorzugte die Parteilosigkeit, und erst 1963 trat er in die CDU ein). Vielmehr war er ein Prototyp des Anti-Politikers. Er sah sich als Botschafter, Fürsprecher und Verteidiger der freien Marktwirtschaft – und nachfolgend hat man Erhard zum „Vater der sozialen Marktwirtschaft“ (um-)etikettiert.⁴ Erhard war zutiefst überzeugt von der wirtschaftlichen und moralischen Überlegenheit der freien Marktwirtschaft gegenüber jeder anderen Wirtschaftsordnung, vor allem natürlich im Vergleich zu planwirtschaftlich-sozialistischen Konzeptionen, und dass der freie Markt „sozial“ sei. Allein deswegen ist Erhard – bis heute – die Ausnahmeerscheinung im politischen Betrieb der Bundesrepublik Deutschland (dessen „Strahlkraft“ allerdings politisch vereinnahmt und umgedeutet wird).

Erhard erklärte den Deutschen leidenschaftlich und unermüdlich die Vorzüge der freien Marktwirtschaft, die vor allem den Verbrauchern zukommen. Die freie Marktwirtschaft sorgt, so Erhard, für die größtmögliche Ergiebigkeit der Produktionsfaktoren, die letztlich allen zu Gute kommt. Sie dient nicht etwa primär den produzierenden Unternehmen, sondern vielmehr den Konsumenten. Unternehmer werden dazu angehalten, die Konsumentenwünsche bestmöglich zu bedienen. Der regelgeleitete Wettbewerb sorgt dafür, dass die von den Konsumenten gewünschten Güter in der besten Qualität und zum niedrigsten Preis angeboten werden. Die freie Marktwirtschaft, so Erhard, schafft aber nicht nur materielle

⁴ Mit Blick auf das Adjektiv „sozial“ sprach Friedrich August von Hayek von einem „Wieselswort“: Das Wort „sozial ist“, so Hayek, „wahrscheinlich das verwirrendste Wort in unserem gesamten moralischen und politischen Wortschatz“. (Hayek (1992), *The Fatal Conceit*, S. 114, eigene Übersetzung.) Der Gebrauch des Begriffs „soziale Marktwirtschaft“ ist in der Tat äußerst problematisch. Er suggeriert nämlich, dass eine „Marktwirtschaft“ oder eine „freie Marktwirtschaft“ nicht „sozial“ sind. Das aber ist, so lässt sich mit nationalökonomischen Mitteln zeigen, eben nicht der Fall. Erhard war das allerdings klar. Er sagte: „Die Begriffe 'frei' und 'sozial' decken sich ... : je freier die Wirtschaft ist, umso sozialer ist sie auch, und ein umso größerer volkswirtschaftlicher Nutzeffekt wird erzielt werden.“ (Rede auf der zweiten Konferenz der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, 19. November 1953, S. 113.) Der Ruf nach und das Befürworten einer „sozialen Marktwirtschaft“ öffnet marktfeindlichen Kräften Tür und Tor, die entweder unwissend oder wissend (und unter falschem Vorwand) danach trachten, die freie Marktwirtschaft zu unterwandern. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ geht, als Abkehr vom klassischen Liberalismus, auf Alfred Müller-Armack (1901 - 1978) zurück, ein enger Mitarbeiter Erhard's im Bundeswirtschaftsministerium.

Prosperität. Sie sorgt auch für eine friedvolle Kooperation zwischen den Menschen – und ist damit in höchstem Maße „sozial“ (um an dieser Stelle ein heutzutage vielbemühtes Adjektiv zu verwenden).

Doch Erhard war – und das sollte sich nachfolgend rächen – in letzter Konsequenz kein „reiner“, kein unbedingter Befürworter der freien Marktwirtschaft. Er sieht vielmehr eine notwendige, eine unverzichtbare Rolle des Staates im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben als Regelsetzer und -schützer. Erhard ist damit der Ideenwelt der Ordoliberalen⁵ zuzurechnen. Deren Leitgedanke ist, kurz gesprochen, dass dem Staat die Aufgabe zukommt, den Wettbewerb zu bewahren und so das Funktionieren der freien Marktwirtschaft sicherzustellen. Erhard kämpfte beispielsweise lange und beharrlich für ein Kartellgesetz, das Absprachen der Unternehmen zu Preisen, Produktionsquoten oder Verkaufsgebieten verbietet und Kartelle und Monopole in Industrie und Handel verhindern sollte; nach 10 Jahren, im Sommer 1957, verabschiedete es dann der Bundestag (allerdings nur in einer inhaltlich stark durchlöchernten Form).

Erhard schwebte ein in seinen Machtbefugnissen und Eingriffsmöglichkeiten stark beschränkter Staat vor. Er erkennt nämlich die Gefahren, die vom Staat – vor allem in Form des Wohlfahrtsstaates – ausgehen: „Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Dieser Drang und Hang ist mehr als alles andere geeignet, die echten menschlichen Tugenden: Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr, allmählich aber sicher absterben zu lassen – und am Ende steht vielleicht nicht die klassenlose, wohl aber die seelenlos mechanisierte Gesellschaft.“⁶ Und natürlich wusste er auch um die Begehrlichkeiten, die bei den Unternehmen geweckt werden, wenn der Staat ihnen Privilegien aushändigen kann.

⁵ Das Konzept des Ordoliberalismus sieht eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung vor, in der dem Staat die Aufgabe zugewiesen wird, den Ordnungsrahmen zu setzen und auf diese Weise den marktkonformen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger zu gewährleisten. Der Ordoliberalismus wurde maßgeblich von der sogenannten Freiburger Schule der Nationalökonomie an der Universität Freiburg entwickelt. Zu seinen bekanntesten Vertretern zählen Walter Eucken (1891 - 1950), Franz Böhm (1895 - 1977), Leonhard Miksch (1901 - 1950) und Hans Großmann-Doerth (1894 - 1944).

⁶ Erhard (2009), Wohlstand für Alle, S. 287; kursiv im Original.

Alfred C. Mierzejewski zeichnet von Erhard das folgende Bild: „Im Zentrum seines Weltbilds stand der Einzelne. Individuen würden ein gutes, einträgliches Leben in Wohlstand führen, wenn sie an den freien Märkten teilhätten. Weil jedoch einige immer ihre Freiheit missbrauchten, war ein starker Staat vonnöten, der ihr Verhalten überwachte und sicherstellte, dass niemand den anderen in seiner Freiheit beschnitt. Folglich hatte der Staat eine überaus wichtige Rolle inne. Erhard war kein Laissez-faire-Liberaler. Er war aber auch kein traditioneller Konservativer. Vor allem war er kein Dirigist, kein Anhänger der Planwirtschaft, kein Sozialromantiker, der den Himmel auf Erden schaffen wollte. Erhard war Optimist und gleichzeitig ein nüchterner Intellektueller. Er wollte den Menschen die Freiheit geben, ihr eigenes Potenzial zu verwirklichen, war sich aber stets darüber im Klaren, dass weder Märkte noch Demokratie automatisch funktionieren. Erhard hatte seine eigene Vision eines „dritten Weges“ entwickelt.“⁷

Doch Erhard, als gütiger, wohlmeinender, klassischer Liberaler, bekam die harte Politikrealität rasch zu spüren. Im politischen Tagesbetrieb als Wirtschaftsminister wird er unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876 – 1967) zusehends gedrängt, immer mehr staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben zu akzeptieren, sie mitzutragen. Adenauer verstand es sehr gut, aus (tages-)politischen Erwägungen heraus Geschenke und Vergünstigungen an Interessengruppen zu verteilen, um sich auf diese Weise der Wählergunst zu versichern – auch wenn das zu immer mehr Staatsausgaben und einer immer größeren Rolle des Staates im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben führte.⁸ Erhard lief vor allem Sturm gegen Adenauers Staatsrentensystem im Umlageverfahren, mit der der Kanzler im Wahlkampf 1957 auf Stimmenfang ging. Doch der Wirtschaftswunder-Minister unterlag.

⁷ Mierzejewski (2004), Ludwig Erhard, S. 73.

⁸ Im Wahlgeschenke an Interessengruppen zu vergeben und sich auf diese Weise Stimmen zu kaufen, hatte die CDU/CSU unter Bundeskanzler Konrad Adenauer bereits 1956 ein Gremium gebildet, das inoffiziell der „Kuchenausschuss“ genannt wurde. Siehe hierzu Mierzejewski (2004), Ludwig Erhard, S. 239.

3 Der Interventionismus

Im Grund hatte Erhard das zentrale Problem klar vor Augen, das aus Eingriffen des Staates in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben – den Interventionen – entsteht, und dass der österreichische Ökonom Ludwig von Mises (1881 – 1973) in seinem 1929 erschienen Buch „Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart“ ausführlich und abschließend analysiert hatte:⁹ Auch Erhard sah die Gefahr, dass der Staat durch seine Interventionen – die für Erhard ihren Ausdruck vor allem im vordringenden Wohlfahrtsstaat fanden – das Gemeinwesen wirtschaftlich und moralisch ruinieren könnte. Mises hatte die dabei entscheidende Einsicht vorgebracht: Er hatte mit nationalökonomischen Mitteln gezeigt, dass die Politik der Staatseingriffe – die Politik des Interventionismus – sinn- und zweckwidrig ist; dass sie die Probleme, die sie zu beheben trachtet, nicht löst, sondern dass sie sie vielmehr verschlimmert und/oder neue Probleme verursacht.

Um den Interventionismus zu verstehen, ist es wichtig, ihn vom Sozialismus – also dem System, in der die Produktionsmittel verstaatlich sind – klar abzugrenzen: „Das System der gehemmten Marktwirtschaft oder des Interventionismus ist vom Sozialismus gerade dadurch verschieden, dass es immer noch Marktwirtschaft ist. Die Obrigkeit sucht den Markt durch Eingriffe ihres Gewaltapparates zu beeinflussen, sie will ihn aber nicht ganz ausschalten. Sie will, dass Produktion und Verbrauch sich anders gestalten, als der unbehinderte Marktverkehr es bewirkt, und sie will dieses Ziel dadurch erreichen, dass sie in das Getriebe des Marktes Anordnungen hineinsetzt, Befehle und Verbote, zu deren Durchsetzung sie den Gewalt- und Zwangsapparat bereithält. Doch es sind isolierte Eingriffe; sie fügen sich nicht zu einem vollständig geschlossenen System zusammen, das alle Preise, Löhne und Zinssätze regelt und damit die Leitung der Produktion und des Verbrauches in die Hand der Obrigkeit gibt.“¹⁰

Alexander Rüstow (1885 - 1963) schildert die zerstörerische Wirkung des Interventionismus eindrücklich: „Der Staat macht bestimmte Eingriffe in der Absicht, sich auf sie zu beschränken. Aber diese Eingriffe führen zu unvorhersehbaren Folgen, die ihrerseits neue, ursprünglich nicht beabsichtigte Eingriffe nötig machen. Mit diesen neuen Eingriffen geht es wieder ebenso, usw. usf. Und wenn

⁹ Siehe hierzu auch Mises (2007), Die Gemeinwirtschaft, und darin das Kapitel „Besondere Gestaltungen des sozialistischen Ideals und pseudosozialistische Gebilde“, S. 209 - 249.

¹⁰ Mises (1940), Nationalökonomie, S. 648.

die Grenze der Staatseingriffe nicht auf eine einsichtige und haltbare Weise von vornherein mindestens im Prinzip festliegt, wenn die privaten Wirtschaftler irgendeines bisher noch freigelassenen Wirtschaftssektors mit der Möglichkeit rechnen müssen, dass der Staat über kurz oder lang auch in ihre Sphäre in nicht vorausberechenbarer Weise eingreift, so hört die Möglichkeit langfristiger Kalkulation und solider Geschäftsführung auf. Es finde geradezu eine Regression auf jene vorkapitalistische Epoche statt, wo, mangels sicherer Vorausberechenbarkeit, ‚Krieg, Handel und Piraterie‘ noch nicht zu trennen waren.“¹¹

Ein konkretes Beispiel soll an dieser Stelle das Problem des Interventionismus illustrieren. Nehmen wir an, die Regierung will die Einkommens- und Beschäftigungslage verbessern. Dazu erlässt sie einen Mindestlohn, der über dem markträumenden Lohn liegt. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit nimmt dadurch ab: Nicht alle Unternehmen sind so produktiv, dass sie den Mindestlohn bezahlen können. Die Arbeitslosigkeit steigt daraufhin an. Vor allem die gering qualifizierten bekommen keine Beschäftigung mehr. Der Mindestlohn verbessert also die Beschäftigungs- und Einkommenssituation nicht, sondern er verschlechtert sie.

Das aber ist nicht gewollt. Der Staat ergreift daher Gegenmaßnahmen. Er versucht beispielsweise die Kostensteigerung, die der Mindestlohn den Unternehmen beschert, an anderer Stelle zu kompensieren. Beispielsweise erlässt der Staat dazu einen Höchstpreis für Energie (der unter dem markträumenden Energiepreis liegt). Daraufhin schrumpft das Energieangebot, weil ja nicht alle bisherigen Anbieter zum nunmehr geringen Energiepreis rentabel produzieren können.

Soll das neu entstandene, selbst verursachte Problem gelöst werden, muss der Staat zu weiteren Interventionen greifen. Man erkennt: Eine Interventionsspirale kommt in Gang. Wenn sie nicht gestoppt wird, muss der Staat letztlich alle Preise fixieren, alle Löhne, Zinsen, Mieten gesetzlich vorgeben. Und wer gegen die staatlichen Vorgaben verstößt (wer beispielsweise Löhne zahlt, die unter dem Mindestlohn liegen), muss hart bestraft werden. Mit anderen Worten: Der Interventionismus, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, endet in einer staatlichen Zwangswirtschaft, in einer Zerstörung der freien Marktwirtschaft.

¹¹ Rüstow (1949), Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, S. 25 f.

4 Die Unmöglichkeit des „dritten Weges“

Ludwig von Mises zieht vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ein Fazit: Der Interventionismus – oder, wie wir heute sagen: „der dritte Weg“ oder „die soziale Marktwirtschaft“ – ist keine dauerhaft durchführbare Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn der Interventionismus nicht abgestellt wird, wenn eine Interventionsspirale einsetzt und sie nicht gestoppt wird, ist eine sozialistische Zwangswirtschaft das unausweichliche Ergebnis. Die Idee, eine Gesellschaft könne sich zwischen Kapitalismus und Sozialismus hindurchklavieren, erweist sich als Irrtum. In Mises' Worten: „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; einen dritten Weg gibt es nicht.“¹²

Eine wichtige Seite des Interventionismus darf hier nicht außer Acht gelassen werden: Der Interventionismus korrumpiert das Wertesystem der Menschen. Im interventionistischen Staat – der symptomatisch ist für den modernen demokratischen Staat – entbrennt ein Wettlauf um Privilegien. Ein jeder will Vorteile erlangen. Einzelne Gruppen versuchen, den Staat für ihre Zwecke dienstbar zu machen, um beispielsweise die eigenen politisch-ideologischen Wunschvorstellungen anderen aufzuzwingen (beispielsweise in der Bildungs-, Energie- und Umweltpolitik). Eine „Schacherdemokratie“, wie Friedrich August von Hayek (1899 – 1992) sie bezeichnet, entsteht. Politische Entscheidungen richten sich zusehends an Partikularinteressen aus, die Gemeinwohlorientierung tritt in den Hintergrund.

Moral und Anstand schwinden. Alle versuchen sich besserzustellen, auch wenn das auf Kosten der Mitmenschen geht. Das kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass diejenigen, die in die Regierung gewählt werden (oder die ihre Regierungsmacht behalten) wollen, die Wähler bestechen: Sie versprechen ihnen Wohltaten, für die andere aufzukommen haben. Der Wähler, der für die Folgen seiner Wahlentscheidung keine persönliche Haftung zu übernehmen hat, ist meist bereit, die Wohltaten entgegenzunehmen und sich nicht darum zu scheren, wer für die Rechnung aufzukommen hat. Aufgrund eben dieser Anreizstruktur geraten letztlich immer mehr Menschen in die Abhängigkeit des interventionistischen Staates, werden zu, wie Erhard sie nannte, „sozialen Untertanen“.

¹² Mises (2013), Kritik des Interventionismus, S. 36. Siehe hierzu auch Mises (2006), Interventionism, S. 37 - 54. Für eine weiterführende Analyse des Interventionismus siehe Rothbard (2004), Power and Markets, Chapter 2, S. 11 - 28.

Erhard erkannte diese unheilvolle Entwicklung. Aus diesem Grund war er auch beispielsweise vehement gegen Adenauers staatliches Zwangsrentensystem. Erhard sah den Weg in den kollektiven Versorgungsstaat nicht als soziale Errungenschaft, sondern als verhängnisvoll an: „Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Kollektiv oder vom Staat – aber damit zwangsläufig auch die Verkümmern eines freien und funktionsfähigen Kapitalmarktes als einer wesentlichen Voraussetzung für die Expansion der Marktwirtschaft – müssen die Folgen dieses gefährlichen Weges hin zum Versorgungsstaat sein, an dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird.“¹³

¹³ Erhard (1957), Wohlstand für Alle, S. 290; kursiv im Original.

5 Das übersehene Kernproblem: der Staat

Ludwig Erhard stand – und die Ordoliberalen stehen heute nach wie vor – einem Dilemma gegenüber. Auf der einen Seite sehen sie den Staat als notwendig und unverzichtbar an, um die freie Marktwirtschaft – die von ihnen befürwortete Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – zu bewahren, indem der Staat die Aufgabe hat, unlautere Wettbewerbsbeschränkungen (wie zum Beispiel eine Kartellbildung) zu unterbinden. Auf der anderen Seite erkennen sie aber auch die Gefahren, dass der Staat seine Macht missbraucht und die freie Marktwirtschaft zu Fall bringt.

6 Was ist da zu tun?

Der Lösungsversuch der Ordoliberalen sieht vor, die Macht des Staates mit Verfassungsregeln einzuhegen. So soll sichergestellt werden, dass der Staat nur das machen kann, was auch gewünscht ist, und dass er nicht das machen kann, was unerwünscht ist. Erhard teilte diese Grundidee. Er sah jedoch zusätzlich die Notwendigkeit, die Vorteile der freien Marktwirtschaft einer breiten Öffentlichkeit zu erklären, wie es beispielsweise in den folgenden Worten zum Ausdruck kommt: „Das ist der soziale Sinn der Marktwirtschaft, dass jeder wirtschaftliche Erfolg, wo immer er entsteht, dass jeder Vorteil aus Rationalisierung, jede Verbesserung der Arbeitsleistung dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht wird und einer besseren Befriedigung des Konsums dient.“¹⁴ Erhard war sich sehr wohl bewusst, dass die freie Marktwirtschaft, wenn sie in Gang gekommen ist, kein Selbstläufer ist, sondern bei den Menschen mit Vernunftgründen und auch moralischen Appellen stets aufs neue rationalisiert und verankert werden muss.

Doch die Grundidee der Ordoliberalen – so viel Wohlwollen und guter Wille auch in ihr zum Ausdruck kommen mag – erweist sich als folgenschwerer Irrtum: Der Staat (wie wir ihn heute kennen) lässt sich nicht zähmen, lässt sich nicht eindämmen. Er sprengt über kurz oder lang jede Begrenzung, die ihm gesetzt wird, er wuchert immer weiter aus. Er hält sich nicht an gesetzliche Vorgaben, beziehungsweise er schafft sich einen Gesetzesrahmen, der seine Ausdehnung legitimiert. Und weil der Staat vor allem die Rechtsetzung und –sprechung monopolisiert, ist absehbar, dass Konflikte, die zwischen ihm und seinen Untergebenen auftreten, zu seinen Gunsten entschieden werden; nichts anderes ist zu erwarten, wenn der Richter Teil des Konfliktes ist. Salopp formuliert: Selbst ein Minimalstaat wird über kurz oder lang zum Maximalstaat.¹⁵

¹⁴ Erhard (2009), Wohlstand für Alle, S. 201.

¹⁵ Vgl. Hoppe (2006), Democracy – The God That Failed, S. 229.

7 Die Theorie des Staates

Nicht nur zu Erhards Zeit, sondern auch heute noch wird in der (Hauptstrom-)Ökonomik die Natur und das Wesen des Staates meist unzureichend erfasst, sodass die Konsequenzen des Staates und seines Handelns auch nicht angemessen analysiert werden (können). Das gilt ganz offensichtlich zum Beispiel für die keynesianische Theorie, in der der Staat als „wohlmeinender Diktator“ angesehen wird, der danach strebt, eine gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsfunktion (was immer das auch heißen soll) zu maximieren. Zwar ist im Ordoliberalismus die Sichtweise auf den Staat merklich kritischer (man weiß um die Gefahr des Machtmissbrauchs durch den Staat). Doch man meint, den Staat zielgerecht einzusetzen, ihn steuern und beherrschen zu können. Diesem Gedanken liegt jedoch keine aufgeklärte Theorie des Staates zugrunde.

Wie lautet eine aufgeklärte Theorie des Staates (die nicht „verklärt“)? Sie muss beginnen mit einer positiven (das heißt erklärenden) Definition des Staates: Der Staat – wie wir ihn heute kennen – ist der territoriale Zwangsmonopolist mit Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte, die zwischen den Untergebenen und die zwischen ihm, dem Staat, und seinen Untergebenen auftreten.¹⁶ Er hat das Zwangsmonopol für Recht und Sicherheit inne (und damit natürlich auch das „Recht“, seine Untertanen zu besteuern). Wenn es in einem solchen Staat Wettbewerb gibt, per Mehrheitsprinzip die staatliche Herrschaftsmacht zu erlangen und auszuüben (wie es in der Demokratie der Fall ist), gibt es kein Halten mehr für das Ausbreiten des Staates; dann helfen auch keine „Checks and Balances“, hilft auch keine Gewaltenteilung mehr.

Der Staat wächst und wächst, denn immer mehr Menschen sehen in ihm ein probates Mittel, um sich besserzustellen – auch wenn das auf Kosten der Mitmenschen geht: Ein jeder wählt die Politiker, von denen er hofft und meint, sie werden ihn begünstigen. Alle versuchen, den Staat für die eigenen Zwecke einzuspannen. Der Wettbewerb um die Ausübung der staatlichen Herrschaftsmacht nötigt letztlich jeden „mitzumachen“. Auch die, die Politik rundweg ablehnen, die in Ruhe gelassen werden wollen, sind zur Verteidigung der eigenen Interessen de facto gezwungen, in den politischen Wettbewerb einzutreten – um nicht vollends zum Spielball des Mehrheitswillens zu werden. Es kommt zu einer Politisierung der Gesellschaft.¹⁷

¹⁶ So Rothbard (1998), *The Ethics of Liberty*, S. 172 - 173.

¹⁷ Siehe Hoppe (2010), *A Theory of Socialism and Capitalism*, insb. S. 70 - 73.

Es ist absehbar, dass unter diesen Bedingungen bald alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche staatlich durchdrungen sind. In der Bundesrepublik Deutschland hat der Interventionismus-Staat, der in der Ära Erhards begann, mittlerweile gewaltige Ausmaße erreicht. Kein Bereich, in den der Staat nicht ein- und vorgegriffen ist: ob Bildung (Kindergarten, Schule und Universitäten), Gesundheits- und Krankenversorgung, Lohnfindung, Ernährung, Altersvorsorge, Umwelt, Energie, Geld und Kredit, Transport, Rechtssetzung und Rechtsprechung sowie Sicherheit. Alles ist mittlerweile staatlich (mit-)bestimmt oder umfassend geregelt.

Der Interventionismus (der euphemistisch als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet wird) sorgt unweigerlich dafür, dass die bürgerlichen und unternehmerischen Freiheitsgrade immer weiter zurückgestutzt werden und, dass der Weg in eine Befehls- und Zwangswirtschaft geebnet wird – in der das Privateigentum zwar formal erhalten bleibt, in der aber der Staat maßgeblich darüber befindet, was der Eigentümer mit seinem Eigentum tun und lassen kann und was nicht.¹⁸ Bürger und Unternehmer sind hier nicht mehr Herr im eigenen Hause, sondern werden zu Untertanen gemacht, deren Handlungsspielraum „von oben“ vorgegeben wird.

¹⁸ Im Ersten Weltkrieg führte Paul von Hindenburg (1847 - 1934) die Oberste Heeresleitung von 1916 bis 1918 und übte quasi diktatorische Regierungsgewalt aus. Ab 1916 wurden die Kontrollen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens verschärft und auf die Kriegserfordernisse ausgerichtet. Die Zwangswirtschaft unterstellte das Sondereigentum der Produktionsmittel dem staatlichen Kommando. Beginnend in den frühen 1930er Jahren errichteten die Nationalsozialisten eine „Zwangswirtschaft“. Sie beließen den Unternehmern grundsätzlich ihr Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Gleichzeitig wurden die Unternehmer vom Staat angewiesen, die Produktion auf die Wünsche des Regimes auszurichten. Das funktionierte vor allem deshalb, weil die Nationalsozialisten den Unternehmern die Möglichkeit eröffneten, mit ihrer anbefohlenen Produktion Gewinne zu erzielen.

8 Die Lösungsvorschläge

Kaum jemand wird bestreiten, dass das Zusammenleben der Menschen in der Gemeinschaft das Befolgen von Regeln und Gesetzen erfordert. Die Erfahrung zeigt, dass es stets Menschen gibt, die bereit sind, ihren Mitmenschen Schaden zuzufügen (indem sie sie bestehlen, ausrauben, bedrohen, entführen und ermorden). Daraus resultiert eine Schutznachfrage: Man will sich und die seinen vor Aggression von außen schützen. Dazu muss man notwendigerweise auch Zwang und Gewalt einsetzen: Jemand muss für Ordnung sorgen, sie durchsetzen. Daraus folgt nun jedoch nicht, dass die ordnende, Zwang ausübende Instanz ein Staatsmonopol sein muss.

Vielmehr stellen sich unbeherrschbare Probleme ein, wenn der Staat zum Zwangsmonopolisten wird –wenn er zum territorialen Zwangsmonopolisten mit der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte, die zwischen seinen Untergebenen und die zwischen ihm und seinen Untergebenen auftreten. In eben dieser Stellung liegt das Kernproblem. Erhard und die Ordoliberalen versuchen, dem Zwangsmonopolisten Staat Fessel anzulegen in Form von Verfassungsregeln. Doch kann das erfolgreich sein, wenn die Rechtsetzung und Rechtsprechung vom Staat monopolisiert werden? Zweifel sind anzumelden: Gehört ein Richter einer der Konfliktparteien an, wird und kann er nicht unparteiisch entscheiden.

Ludwig von Mises geht einen anderen Weg als die Ordoliberalen. Er spricht sich für ein Sezessionsrecht aus, das jedem einzelnen in der Gesellschaft zusteht und auch gewährt wird und ihm erlaubt, aus der Gemeinschaft auszutreten, wenn er nicht länger ihr Mitglied sein will. Mises führt diese Empfehlung auf das Selbstbestimmungsrecht zurück: „Das Selbstbestimmungsrecht, von dem wir sprechen, ist jedoch nicht Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern Selbstbestimmungsrecht der Bewohner eines jeden Gebietes, das groß genug ist, einen selbst-

ständigen Verwaltungsbezirk zu bilden. Wenn es irgend möglich wäre, jedem einzelnen Menschen dieses Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, so müsste es geschehen.“¹⁹

Mit der „Ausstiegsoption“ bricht Mises die Zwangsmonopolstellung des Staates – und dämmt damit den Missbrauch mit der Staatsmacht wirksam ein. Denn wenn der Staat sich nicht so verhält, wie es die Minderheit der Bewohner in seinem Gebiet wünscht, muss er mit Austritten (also einer Abstimmung mit den Füßen) von Mitgliedern und folglich verminderten Steuereinnahmen rechnen – etwas, was jeder Staat vermeiden will. Gibt es ein Selbstbestimmungs- und Sezessionsrecht für den einzelnen beziehungsweise Gruppen, wird die Mehrheit die Interessen der Minderheit nicht ganz aus den Augen verlieren; und die Minderheit wird mitunter bereit sein, sich in gewissem Maße (wenn auch zähneknirschend) der Mehrheit zu beugen. Durch die Entmachtung des Zwangsmonopolstaates (wie wir ihn heute kennen) wird die Möglichkeit für ein friedvolles und produktives Zusammenleben eröffnet.

¹⁹ Mises (1927), Liberalismus, S. 97. Für Mises zählt übrigens nicht die Zugehörigkeit zu einer Nationalität, sondern die Zugehörigkeit der Bewohner zu einem Gebiet, die das Selbstbestimmungsrecht bezeichnet: „Man mißversteht dieses Selbstbestimmungsrecht, wenn man es als "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" bezeichnet. Es handelt sich nicht um das Selbstbestimmungsrecht einer national geschlossenen Einheit", sondern es handelt sich darum, daß die Bewohner eines jeden Gebietes darüber zu entscheiden haben "welchem Staatsverband sie angehören wollen.“ (S. 96-97).

9 Was man von Erhard lernen kann

Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte geben Mises Recht und erweisen Erhards Optimismus, der Staat (wie wir ihn heute kennen) ließe sich zum Wohle aller einspannen, als kapitalen Fehler. Ein höchst bedauerlicher noch dazu, hatte doch Erhard das Problem des Interventionismus sehr wohl vor Augen. Erhard hatte eine richtige Erkenntnis nicht konsequent-schlüssig zu Ende gedacht: Der interventionistische Staat ist mit der Freiheit des einzelnen und dem Erhalt der freien Marktwirtschaft schlichtweg nicht vereinbar. Er kann kein Garant für die freie Marktwirtschaft sein, sondern er ist ein Fremdkörper, der die freie Marktwirtschaft aushöhlt und sie schlussendlich, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, in eine Befehls- und Kontrollwirtschaft überführt.

Nun wird man nicht in Abrede stellen wollen, dass die Deutschen unter Erhards „drittem Weg“ einen atemberaubenden wirtschaftlichen Aufstieg erlebt haben. Aus nationalökonomischer Perspektive lässt sich jedoch argumentieren, dass das deutsche „Wirtschaftswunder“ nicht wegen, sondern trotz Erhards „drittem Weg“ zustande gekommen ist; und dass der Wohlstand heute für die große Mehrheit der Menschen weitaus größer wäre, hätte es den ausufernden interventionistischen Staat nicht gegeben. Wie dem auch sei, von Erhard – seinem Denken, seinen Idealen, seinen theoretischen Positionen und seinen persönlichen Erfahrungen im politischen Prozess – lässt sich auch heute noch lernen. Vier Aspekte seien dazu abschließend kurz angesprochen.

- (1) In Erhards Schrift- und Wortbeiträgen kommt ein tiefes Verständnis über die Vorzüge, die Vorteilhaftigkeit der freien Marktwirtschaft zum Ausdruck. Erhard hatte sehr wohl verstanden, welche Bereicherung die Marktwirtschaft für den Menschen ist – wirtschaftlich, aber auch moralisch. Erhard zu lesen lohnt sich!
- (2) Erhard weiß, dass eine freie Marktwirtschaft, ihr Funktionieren und ihr Fortbestand, davon abhängen, dass sie Akzeptanz in der breiten Bevölkerung findet. Aus diesem Grund bemüht er sich, eine Sprache zu verwenden, die im Grunde jedermann verstehen kann. Erhard benutzt Worte und Formulierungen, die nicht elitäre Zirkel in Regierung, Bürokratie und Wissenschaft beeindrucken, sondern die die breite Bevölkerung erreichen sollen.

- (3) Erhard hat die Überzeugung und Bereitschaft, die freie Marktwirtschaft auch gegen Widerstände – aus Politik und öffentlicher Meinung – mit vernünftigen Argumenten zu verteidigen. Denn er hat verstanden: Es sind Ideen, die das Handeln der Menschen beeinflussen. Und ohne dass die Idee der freien Marktwirtschaft laut hörbar erklärt und vertreten wird, hat sie im Wettbewerb der Ideen kaum eine Chance, sich durchzusetzen.
- (4) Von Erhards Wirken können wir nicht zuletzt auch lernen, dass es eine Gesellschaft teuer zu stehen kommt, wenn sie sich auf eine „soziale Marktwirtschaft“ – also den Interventionismus – einlässt. Der Interventionismus, so Mises' hellsichtige Analyse, bringt das Gemeinwesen unweigerlich auf die schiefe, auf die sozialistische Bahn. (Das dürfte übrigens auch der Grund sein, warum die Idee der sozialen Marktwirtschaft häufig auch von der politischen Linke hofiert wird.)

10 Interventionismus: das Trojanische Pferd

Man kann Erhard nicht den Vorwurf machen, er hätte die Probleme des Interventionismus nicht erkannt; dass er sie klar vor Augen hatte, geht aus seinen Schrift- und Wortbeiträgen deutlich hervor. Man kann ihm jedoch den Vorwurf machen, dass der von ihm befürwortete Minimal-Interventionismus nicht folgerichtig, weil nicht nationalökonomisch begründbar war; und dass er dabei auch seine Fähigkeiten (und die seiner Mitstreiter) überschätzt hat, den staatlichen Expansionsdrang mit Argumenten und Erklärungen, die er an die breite Öffentlichkeit richtet, wirksam eindämmen zu können. Erhard meinte, dass es gelingen kann, die guten Seiten des Zwangsmonopolstaates für das Gemeinwohl nutzbar zu machen und gleichzeitig seine üblen Seiten im Zaume zu halten beziehungsweise unschädlich zu machen – also einen dritten Weg beschreiten zu können, den Mises lange zuvor als nicht gangbar, nicht praktikabel verworfen hatte.

Doch der Interventionismus ist eine (heim-)tückische Methode, er ist gewissermaßen ein Trojanisches Pferd, um die sozialistischen Ideale quasi durch die Hintertür zu realisieren.²⁰ Friedrich August von Hayek (1899 - 1992), der Mises' „Kritik des Interventionismus“ nur zu gut kannte, machte seine Leser unmissverständlich darauf aufmerksam, „dass ... der Sozialismus als bewusst anzustrebendes Ziel zwar allgemein aufgegeben worden ist, es aber keineswegs sicher ist, dass wir ihn nicht doch errichten werden, wenn auch unbeabsichtigt. Die Neuerer, die sich auf die Methoden beschränken, die ihnen jeweils für ihre besonderen Zwecke am wirksamsten scheinen, und nicht auf das achten, was zur Erhaltung eines wirksamen Marktmechanismus notwendig ist, werden leicht dazu geführt, immer mehr zentrale Lenkung der wirtschaftlichen Entscheidungen auszuüben (auch wenn Privateigentum dem Namen nach erhalten bleiben mag), bis wir gerade das System zentraler Planung bekommen, dessen Errichtung heute wenige bewusst wünschen.“²¹

Erhard war auf der einen Seite ein Glücksfall für Deutschland. Die Nationalsozialisten hatten 1945 ein zerstörtes Land hinterlassen. Erhard leitete den Wiederaufbau auf die richtige Bahn: Er liberalisierte die deutsche Wirtschaft, und die Kräfte des freien Marktes brachten rasch Wohlstand für alle. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass es eine fulminante Fehleinschätzung

²⁰ Siehe hierzu Polleit (2014), Die Naiven, die Achtlosen und die Kaltblütigen.

²¹ Hayek (1960), Die Verfassung der Freiheit, S. 327.

Erhards war, den Interventionismus – der schon früh in der Adenauer-Kanzlerschaft geduldet und kultiviert wurde – begrenzen und einhegen zu können. Erhard, wie auch alle Ordoliberalen, sahen im (Zwangsmonopol-)Staat kein Übel, dem entschieden Widerstand zu leisten ist, sondern einen nutzbringenden Kooperationspartner, der zwar stets Gefahr läuft, über die Stränge zu schlagen, der aber mit Verfassungsregeln und aufklärerischen Worten im Zaume gehalten werden kann.

Erhards Verdienste – die unbestreitbar groß sind, gerade auch wenn sie im Kontext ihrer Zeitepoche betrachtet werden – sollten nicht unkritisch überhöht und verklärt werden. Die soziale Marktwirtschaft, der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, ist nichts anderes als der Interventionismus. Der aber kann kein dauerhaft durchführbares Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sein, wie Mises gezeigt hat, sondern der Interventionismus muss, wenn er nicht beendet wird, notwendigerweise in einer Befehls- und Zwangswirtschaft enden; wie es beispielsweise im Dritten Reich unter den Nationalsozialisten auch geschehen ist. Damit wir aus der Erfahrung lernen, aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen können, ist eine kritische wirtschaftstheoretische Auseinandersetzung mit Erhards Idee der sozialen Marktwirtschaft notwendig.

Um die nationalökonomischen Einsichten, die Mises in „Kritik des Interventionismus“ vorgelegt hat, kommt man dabei nicht umhin. Und deshalb soll dieser Aufsatz mit einem Zitat enden, das nicht von Erhard, sondern von Mises stammt: „Der wirtschaftliche Interventionismus ist eine selbstzerstörerische Politik. Die einzelnen von ihm angewandten Maßnahmen bringen die gewünschten Ergebnisse nicht zutage. Sie führen zu einem Zustand, der – vom Standpunkt seiner Verteidiger selbst – sehr viel unerwünschter ist als der vorherige Zustand, den sie zu ändern beabsichtigen. Jahraus jahrein verlängerte Arbeitslosigkeit eines großen Teiles derer, die bereit sind, Löhne zu verdienen, Monopole, Wirtschaftskrisen, allgemeine Verringerung der Produktivität wirtschaftlicher Bemühungen, wirtschaftlicher Nationalismus und Krieg sind die unausweichlichen Folgen von Staatseingriffen in die Privatwirtschaft, wie sie von den Unterstützern der dritten Lösung vorgeschlagen werden. All jene Übel, für die die Sozialisten den Kapitalismus verantwortlich machen, sind genau das Ergebnis dieser unglücklichen, angeblich ‚fortschrittlichen‘ Politik. Die katastrophalen Ereignisse, die das Wasser auf den Mühlen der radikalen Sozialisten sind, sind die Folge der Ideen jener, die sagen: ‚Ich bin nicht gegen Kapitalismus, aber ...‘. Solche Leute sind

im Grunde die Wegbereiter von Verstaatlichung und durchgreifender Bürokratisierung. Ihr Unwissen bringt das Unheil hervor.“²²

²² Mises (2004), Die Bürokratie, S. 124.

Literaturverzeichnis

- Erhard, L. (2009). Wohlstand für Alle, Anaconda: Köln, 2009.
- Erhard, L. (1957). Wohlstand für alle, ECON: Düsseldorf.
- Erhard, L. (1953). Rede auf der zweiten Konferenz der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Bad Godesberg 19. November 1953, Tagungsprotokoll.
- Hayek, F. A. v. (1992). The Fatal Conceit. The Errors of Socialism, Routledge: London, 1992.
- Hayek, F. A. v. (1960). Die Verfassung der Freiheit, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck): Tübingen, 1960.
- Hoppe, H.-H. (2010). A Theory of Socialism and Capitalism, Ludwig von Mises Institute: Auburn, US Alabama, 2010.
- Hoppe, H.-H. (2006). Democracy – The God That Failed. The Economics and Politics of Monarchy, Democracy, and Natural Order, Transaction Publishers: New Brunswick (USA) and London (UK), 2006.
- Mierzejewski, A. C. (2004). Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, Siedler Verlag: München, 2004.
- Mises, L. v. (2013). Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdeologie der Gegenwart, H. Akston Verlags GmbH: München, 2013.
- Mises, L. v. (2007). Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Lucius & Lucius: Stuttgart, 2007.
- Mises, L. v. (2006). Interventionism, in: Economic Policy. Thoughts for Today and Tomorrow, 3. Aufl., Ludwig von Mises Institute: Auburn, US Alabama, 2006, S. 37 - 54.
- Mises, L. v. (2004). Die Bürokratie, Academia Verlag: Sankt Augustin, 2004.
- Mises, L. v. (1940). Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens: Editions Union Genf, 1940.
- Mises, Ludwig, v. (1929). Die Krise des Interventionismus. Verlag von Gustav Fischer: Jena.
- Mises, L. v. (1927). Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer: Jena, 1927.

- Polleit, T. (2014). Die Naiven, die Achtlosen und die Kaltblütigen, Ludwig von Mises Institut Deutschland (www.misesde.org/?p=7526), 2014. Letztmaliger Zugriff am 13.11.2018.
- Rothbard, M. N. (2004). Power and Markets. Government and the Economy, Ludwig von Mises Institute: Auburn, US Alabama, 2004.
- Rothbard, M. N. (1998). The Ethics of Liberty, New York University Press, 1998.
- Rüstow, A. (1949). Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Küpper, Godesberg, 1949.

7 Ludwig Erhard jetzt! Eine Agenda für eine ordnungspolitische Erneuerung

Ulrich Horstmann

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	121
1 Eine Ordnungspolitik mit klaren Regeln erscheint nicht mehr zeitgemäß	123
2 Ludwig Erhard entsprach den von Max Weber geforderten Qualitäten ...	125
3 Zukunft ermöglichen statt finanzieller Umverteilung und ungerechtfertigt hohen Abgaben und Steuern	126
4 Der heutige Managerkapitalismus verhindert ‚Wohlstand für Alle‘	128
5 Fragwürdige mediale Aufmerksamkeitslenkung und der zunehmende digitale Imperialismus	129
6 Analyse der aktuellen vier großen Herausforderungen	130
7 Grundprinzipien von Erhards freiheitlich ausgerichteter Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik	134
8 ‚DDR 2.0‘ oder ein freiheitlicher Staat, der seinen Bürgern möglichst viel Freiraum belässt?	138
9 Liste der aktuellen politischen Entwicklungen, die eine bürgerliche Gesellschaft und den Wettbewerb gefährden könnten.....	140
10 Sozialistische Heilsversprechen wurden und werden nicht eingelöst	143
11 Staat als oberster Schiedsrichter	144
12 Ludwig Erhard.....	145
13 Kreative Zerstörung zulassen statt die Bildung von datenbasierten Monopolen, die die Plattformkonkurrenz erschweren	146
14 Aktuelle Herausforderungen nach Erhards Vorstellungen meistern	148
Literaturverzeichnis	154

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Warum wir Ludwig Erhard brauchen – Grundprinzipien seiner Politik	141
--	-----

1 Eine Ordnungspolitik mit klaren Regeln erscheint nicht mehr zeitgemäß

Aus heutiger Perspektive erscheint Ludwig Erhard vielfach – falls mit seinem Namen noch etwas verbunden wird – als Mann seiner Zeit. Seine Konzeption einer ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ wird kaum mehr vermittelt, dafür eher fragwürdige Neuinterpretationen. Daher wird sie oft nicht verstanden. Sein jetzt 60 Jahre altes Standardwerk „Wohlstand für Alle“ wird kaum mehr gelesen. Soziale Marktwirtschaft wird heute üblicherweise ganz anders interpretiert und muss als Begründung für immer zweifelhaftere staatliche Interventionen herhalten. Er kann sich ja nicht mehr wehren. Sein Ordnungsbild war klar und unmissverständlich: Erhard verband damit eben nicht sozialistische Umverteilung oder den Wohlfahrtsstaat. Er misstraute staatlichen Organisationen und den Funktionären, die Wirtschafts- und Sozialpolitik als ihre persönliche Spielwiese ansehen. Dann geht es nicht mehr um die Bürger, sondern um die Allmacht der Betreuungssysteme und vor allem ihrer Lenker. Erhard kannte die Folgen.

So hatte Erhard maßlose Machtgier in einem totalitären Regime selbst erlebt, die nationalsozialistische Planwirtschaft wirkte auf ihn abschreckend¹ und prägte als negatives Gegenbild seinen freiheitlichen und weltoffenen Politikstil. Ihm war bewusst, dass staatliche Institutionen leicht den Herrschaftsansprüchen von nicht durch Wahlen bestätigten Diktatoren dienen. Machtorientierte Politiker neigen zur Schaffung von Stützen ihrer Macht und schrecken oft nicht vor der Bildung von totalitären Systemen zurück, so regiert es sich leichter. Für Erhard waren Regeln zu Bewahrung der Freiheit des Einzelnen, um selbstverantwortlich Ziele verfolgen zu können, unerlässlich (um nicht Politikern, die etatistisch staatliche und übergeordnete Interessen vertreten, die im Gegensatz zum Freiheitsstreben der Bürger stehen, zu viel Macht zu verleihen).² Damit sie Beachtung finden, muss der Staat über die Einhaltung der freiheitssichernden Regeln wachen.

Das Primat der Ordnungspolitik ist nur gesichert, wenn es gelingt, Regeln nicht nur zu etablieren, sondern zum Schutz der Bürger auch durchzusetzen. Staaten

¹ „Ich muss sagen – und das soll nicht zynisch klingen – ‚glücklicherweise‘ haben wir in Deutschland dieses planwirtschaftliche Experiment bis zum bitteren Ende ausgetestet und am eigenen Leib erfahren, wie untauglich diese Art von Wirtschaft ist“, zitiert aus seinem Vortrag vom 31. Mai 1954 in Antwerpen.

² Vgl. dazu: Thomas Mayer: Die Tragik der Europäischen Währungsunion, FAZ, 19.08.2017, S. 22.

müssen sich daher an Recht und Gesetz halten. Ein immer wieder genanntes Beispiel ist der anhaltende offene Bruch des Maastricht-Vertrages. Die Vertragsverletzung betrifft mittlerweile fast alle EU-Länder hinsichtlich der Verschuldungskriterien und des finanziellen Beistands der Staaten untereinander. Er war nie vorgesehen („No-Bailout-Klausel“). Damit ist der Weg in eine EU-Transferunion geebnet. Eine rechtliche Grundlage dafür gibt es nicht. Diese Transferunion wurde – zumindest von den deutschen Bürgern – auch niemals gewollt.

2 Ludwig Erhard entsprach den von Max Weber geforderten Qualitäten

Ein Blick zurück auf den Soziologen und Nationalökonom Max Weber: Er hat bereits 1919 in seiner Münchner Rede die aus seiner Sicht größten Politikersünden erwähnt: die Unsachlichkeit, oft gepaart mit Verantwortungslosigkeit, sowie die Eitelkeit, sich möglichst auffällig in den Vordergrund zu rücken. Er warnte vor Führern, die ihre Gefolgschaft mit dem Ausbau von Pfründen locken: „Wer die absolute Gerechtigkeit auf Erden mit Gewalt herstellen will, der bedarf dazu der Gefolgschaft des menschlichen ›Apparates‹. Diesem muss er die nötigen inneren und äußeren Prämien – himmlischen oder irdischen Lohn – in Aussicht stellen, sonst funktioniert er nicht. Also innere: unter der Bedingung des modernen Klassenkampfes, Befriedigung des Hasses und der Rachsucht, vor allem: des Ressentiments und des Bedürfnisses nach pseudoethischer Rechthaberei, also des Verlästerungs- und Verketzerungsbedürfnisses gegen die Gegner. Äußere: Abenteuer, Sieg, Beute, Macht und Pfründen. Von dem Funktionieren dieses, seines Apparates ist der Führer in seinem Erfolg völlig abhängig. Daher auch von dessen – nicht: von seinen eigenen – Motiven.“³

Diese zeitlose Analyse von Weber zeigt die Gefahren, die sich für Politiker ergeben, wenn sie sich unreflektiert einem Apparat anvertrauen. Weber zeichnete aber nicht nur ein Negativbild. Positiv oder als Leitbild nannte er in seiner Rede auch drei mögliche Qualitäten, die Politiker auszeichnen können: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Erhard war ein Politiker, der diesen drei von Weber geforderten Qualitäten entsprach. Außerdem wäre er nach Weber angesichts seines Politikstils, des Vorrangs von Prinzipien gegenüber taktischen Versuchen, die eigene Macht zu sichern und möglichst lange zu erhalten, ‚Verantwortungsethiker‘ (statt ‚Gesinnungsethiker‘) gewesen.

³ Zitiert aus: Max Weber: Rede in München, 28.01.1919.

3 Zukunft ermöglichen statt finanzieller Umverteilung und ungerechtfertigt hohen Abgaben und Steuern

Erhards Vorstellungen stehen in scharfem Kontrast zur heutigen Politik. Die aktuelle Konsensdemokratie zeigt eine Parteienlandschaft weitgehend ohne differierende Inhalte. Das Meinungsspektrum der Berufspolitiker ähnelt sich und erinnert an Funktionäre in den früheren DDR-Blockflötenparteien. Das neue System ist eine Art ‚SED 2.0‘ ohne nennenswerte Oppositionspartei⁴. Politiker, die gewählt werden wollen, betreiben Umverteilung und ‚organisierte Verantwortungslosigkeit‘ (diesen Begriff prägte der US-Soziologe Charles Wright Mills⁵) wie derzeit in der EU. Mitte der 60er Jahre, bereits Kanzler, stellte Erhard sein Ordnungsbild der demokratischen Gesellschaft, die ‚Formierte Gesellschaft‘ – in Abgrenzung zur uniformierten Gesellschaft in den früheren Ostblockstaaten – vor. Trefender wäre die Bezeichnung seines Konzepts als ‚Demokratische Marktwirtschaft‘ gewesen, vermutlich eine frühe Etikettierung seiner Politikvorstellungen. Die Formulierung wäre wahrscheinlich besser vermittelbar gewesen als die sog. ‚Soziale Marktwirtschaft‘. Sie wird immer wieder – ob unbewusst oder gezielt – irreführend neu interpretiert. Erhard ging es nicht nur um die Ökonomie, sondern auch um die Lebensperspektiven kleiner Leute in einer demokratischen Gesellschaft.

Die gesellschaftspolitische Konzeption Erhards ging damit über die Regelung der Erfordernisse für eine funktionierende Marktwirtschaft weit hinaus. So ging es Erhard bei der ‚Formierten Gesellschaft‘ um eine „Gemeinschaft der christlichen Solidarität“, um „eine Gemeinschaft, die sich in ihren Existenzfragen solidarisch weiß, welche gemeinsame Ziele anstrebt und sich nicht von Gruppeninteressen leiten lässt“⁶. Er sah eine untrennbare Einheit von „Freiheit für die Wirtschaft, Freiheit für den arbeitenden Menschen und beides in der Bindung an eine soziale Ordnung, an die christlich-soziale Idee“⁷. Die Klassengesellschaft wurde mit Erhards Politik bereits in den 50er/ 60er Jahren überwunden. Die Macht der Verbände nahm aber schon zu seinen Lebzeiten immer weiter zu. Erhard sah sein politisches Werk gefährdet und wollte das Erreichte sichern. Aus der Sicht von

⁴ Vgl. Rolf Peter Sieferles Kritik in ‚Finis Germania‘ an einem System ohne Werte und Ziele, das sich gegen die Politik durchsetzte, S. 41f.

⁵ Siehe Charles Wright Mills: Die amerikanische Elite, Hamburg, 1962, S. 242.

⁶ Zitiert aus: Die formierte Gesellschaft, Ludwig Erhards Ordnungsbild der demokratischen Gesellschaft, Bonn 1966, S. 134.

⁷ Ebenfalls zitiert aus: Die formierte Gesellschaft, Ludwig Erhards Ordnungsbild der demokratischen Gesellschaft, Bonn 1966, S. 134.

Ordnungspolitikern wie Erhard zerstören Gruppeninteressen jedoch die Marktwirtschaft und die freiheitliche Ordnung. Er forderte mehr Transparenz von Gruppeninteressen bei Bundestagsausschüssen, was aber letztlich nicht umgesetzt wurde. Nach und nach haben sich die Institutionen und die gut organisierten Interessen zu Lasten der Gesellschaft durchsetzen können. Eine Stärkung des Parlaments und des gleichberechtigten, fairen Zusammenwirkens freier Bürger wäre besser gewesen.

Ludwig Erhards ‚Deutsches Gemeinschaftswerk‘⁸ sollte soziale Investitionen statt Materialismus und Sozialkonsum fördern. Ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollte aus Steuermitteln für Bildung, eine informierte Gesellschaft und Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben werden. Heute würde man eher von einem zukunftssichernden Gesellschaftsfonds sprechen.

Eine vorausschauende Gesellschaft sollte Not nicht nur lindern, sondern bereits ihr Entstehen verhindern. Das heißt, statt Schuldenbelastungen sollten Guthaben an künftige Generationen weitergegeben werden. Seiner Meinung nach wäre dies bei einer Stärkung der Eigenvorsorge, einer maßvollen Besteuerung und einer sparsamen Gestaltung öffentlicher Haushalte möglich. Ludwig Erhards Vorstellungen sollten heute – moderner formuliert und auf die Erfordernisse einer zunehmend von der Digitalisierung geprägten Gesellschaft mit mächtigen internationalen Konzernen übertragen – wieder breiter diskutiert werden.

Die heutige Tendenz zur ‚reinen Machtwirtschaft‘, wie Max Otte formulierte, oder – nach Jim Rogers – ‚Sozialismus für Reiche‘⁹ ist genau das Gegenteil, was Erhard wollte und wofür die bundesdeutsche Politik bis 1968 einstand. Danach war Erhards Politik in der Defensive und galt als überholt. Die ‚1968‘er wälzten Westdeutschland ganz ähnlich um, wie die Kulturrevolution in China. Das wollte damals nur kaum jemand so interpretieren. Vermeintlich sozial(istisch)e Errungenschaften sicherten die Macht der immer einflussreicheren Funktionäre, die inzwischen eine überforderte Sozialbürokratie schufen. Gleichzeitig verdichtete sich das Netz von Unternehmenskernen und Kapitaleignern in der bekannten sog. ‚Deutschland AG‘.

⁸ Ein unter Marketinggesichtspunkten unglücklich gewählter Begriff, der eine gute Idee abwertete.

⁹ Diese Bezeichnung prägte der Investor Jim Rogers.

4 Der heutige Managerkapitalismus verhindert ‚Wohlstand für Alle‘

Heute, über ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung, bestimmen – nach Auflösung der Deutschland AG – Manager in den international tätigen Konzernen sowie die großen Vermögensverwalter mehr denn je, was geschehen soll. Menschliche Fairness und Leistung bleiben in der neuen Welt der Disruption und Anpassung auf der Strecke. Man könnte fast schon von Unterwerfung sprechen. Der vielfach prämierte Film ‚Toni Erdman‘ zeigt auf, welchen hohen Preis Menschen in einer Businesswelt zahlen, wenn sie sich mit Haut und Haaren für ihre Karriere verkaufen. Der Preis, den eine Frau für ihre Inszenierung zahlt, ist ein Leben ohne Privatleben, das auch ansonsten wenig sinnstiftend ist. Erst die wilden Kapriolen ihres Vaters, der sie in Bukarest besucht, führen bei ihr zu einer kritischen Reflektion. Der Film reflektiert auch eine häufige Fehlsicht junger Manager, die zur ‚Elite‘ gehören wollen. Sie verwechseln oft ihre schlichte Anpassung und die ‚übliche‘ Anwendung von Methoden modernen Raubrittertums mit eigenem Können. Wenn solche Spielregeln nicht hinterfragt werden, wird der Kasinokapitalismus zu Lasten von Kunden, einfachen Mitarbeitern und den Steuerzahlern nicht überwunden. Nur eine ganz kleine Gruppe – Manager aus der ersten Reihe und Großaktionäre – profitieren von diesem Powerplay.

5 Fragwürdige mediale Aufmerksamkeitslenkung und der zunehmende digitale Imperialismus

Die Emotionalisierung im Zuge der steigenden Bilderflut verdrängt oft die unabhängige Sachaufklärung. Nach Gustave Le Bon¹⁰ wird von Rednern – und dies lässt sich gut auf die Medien übertragen – mit Bildern gearbeitet. Es werden dann genau die gezeigt, die die gewünschte Wirkung besonders gut unterstützen – Bilder transportieren Gefühle besonders gut und einprägsam. Auch die Wirtschaft – und insbesondere die Digitalmedienvetreter – desinformieren aus kommerziellen Gründen. Es sind inzwischen eher die großen digitalen Konzerne, die die Regeln bestimmen, als Staaten, die im scharfen Standortwettbewerb stehen. Die Bereicherungsaktivitäten von Digitalkonzernen werden ordnungspolitisch nicht begrenzt, da sie geschickt Staaten gegeneinander ausspielen. Es wird daher Zeit für eine demokratische Runderneuerung westlicher Gesellschaften und eine Neubesinnung auf die zeitlosen marktwirtschaftlichen Konzepte Ludwig Erhards. Voraussetzung für eine derartige Umsteuerung, die auch wieder Zukunftsvertrauen schafft, wäre eine transparente und bürgernehe Politik, über die in den Medien wieder zweifelsfrei fair berichtet wird.

¹⁰ Gustave Le Bon: Psychologie der Massen, Stuttgart, 1982, S. 44.

6 Analyse der aktuellen vier großen Herausforderungen

Die aktuellen politischen und ökonomischen Herausforderungen lassen sich in vier Punkte zusammenfassen, sie zeigen auch den beschleunigten Verfall von Marktwirtschaft und Demokratie:

1. Nominal sind die Werte ausgeglichen, aber real nicht: Die Vermögenswerte werden zu hoch dargestellt, Verbindlichkeiten dagegen systematisch zu tief. Durch Bilanztricks stimmen die Zahlen mit der realen Welt nicht mehr überein. Vor allem die Staatsanleihen, die regulatorisch bevorzugt sind, sind derzeit massiv überbewertet.
2. Die Zentralbankfunktion ist ausgehöhlt. Die nicht unabhängig agierende Zentralbank fungiert als letzter Geldgeber und ist fester Bestandteil des Umverteilungssystems. Nicht mehr das Vertrauen der Bürger, sondern das politische Überleben der führenden Vertreter der politischen Klasse in Europa, scheint das geldpolitische Handeln der europäischen Zentralbanken derzeit in besonderem Maße zu prägen. Das läuft durch die marktwidrige Niedrig- und Negativzinspolitik nicht nur auf eine Konkursverschleppung, sondern auf die Schaffung einer noch größeren und viel schwerer lösbaren Krise hinaus.
3. Es fehlt eine glaubwürdige Exit-Strategie im Euro-Raum für einzelne Staaten, die sich wieder neu qualifizieren können. So wird ein Euro-Ausstieg einzelner Staaten, die sich später wieder bewerben könnten, vielfach kategorisch ausgeschlossen. Ein temporärer Ausstieg könnte dagegen viel disziplinierender für die Staatengemeinschaft als die Zwangsmitgliedschaft ohne Reformfähigkeit sein.
4. Lenkung der Meinungsbildung: Es ist ein Beschönigen der Lage feststellbar. Auch drängt sich der Verdacht auf, dass mit Ablenkthemen wichtigere drängende Probleme, die das Versagen von Politikern nahelegen, in den Hintergrund geschoben werden. Angesichts der medialen Aufmerksamkeitslenkung stellt sich die Frage, wie unabhängig die Medien sind.

Die Lenkung der Meinungsbildung durch ‚Propaganda‘ rückte zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussion. Ob eine solche manipulierende Aufmerksamkeitslenkung überhaupt vorliegt und wenn, in welchem Ausmaß, ist nach wie vor heftig umstritten. Der Publizist und ehemalige Mitarbeiter von Willy Brandt, Albrecht

Müller geht so weit, dass die gesellschaftliche Ruhe vor allem der brutalen „Politikpropaganda“ und einiger Medien geschuldet ist. „Außerdem sei die Scham des Einzelnen groß, zu bekennen, dass er auf der Verliererseite stehe. Permanent höre man ja, dass es uns allen gutgehe. Nur: Das ist eine Lüge.“¹¹

Die Lenkung der Aufmerksamkeit auf die Frage des Taperings, d. h. der Rückführung expansiver geldpolitischer Maßnahmen durch die US-Notenbank, ist beispielsweise befremdlich. Eine solche Steuerung der Erwartungsbildung erfolgt nach dem Vorbild der Fed in den USA inzwischen auch bei der EZB durch Mario Draghi. Diese vermeintlich professionelle Lenkung der Marktteilnehmer steht in einem deutlichen Gegensatz zur früher kommunizierten regelgebunden-autonomen Politik der Deutschen Bundesbank (bis zur Einbindung in das Europäische Zentralbankensystem, als sie noch in der Lage war, autonom Zinsentscheidungen für das Inland zu treffen).

Die Deutsche Bundesbank hatte als Sachwalter inländischen Vermögens nach mehreren Währungsreformen in der jüngsten deutschen Geschichte auf solche fragwürdigen Maßnahmen bei der Steuerung der Erwartungen verzichtet. Stabilität hatte kompromisslos Vorrang, es gab daher kein Inflationsziel. Heute bestimmen die Finanzmärkte und die Politiker hochverschuldeter und reformunwilliger Staaten die Notenbankenentscheidungen mehr denn je. Derzeit ist zu viel Geld im Markt. Die Geldbasis explodiert. Statt einer Inflation mit der Folge einer Finanzrepression bei niedrigeren Anlagezinsen kann es auch zu einem Umschlagen in eine Deflation kommen.

¹¹ In Melanie Mühl, die auch Albrecht Müller in „Dann stehe ich schlecht da“ zitierte: FAZ, 05.12.2013, S. 25.

Durch weit mächtigere Kapitalinteressen verkommt der Wille der Bürger zu einer Randnotiz. Die Finanzrepression führte zunehmend zu Herausforderungen für die Demokratie und Marktwirtschaft, nicht nur im Euroraum. Die verstärkt zu beobachtenden Krisenphänomene sind die Folge einer zu instabilen Finanzarchitektur mit

1. einem fragwürdigen Liberalisierungswettlauf, der den Geldmanagerkapitalismus (Human Minsky) begünstigte,
2. liquiditätsflutenden Notenbanken,
3. mächtigen Ratingagenturen,
4. einer Aushebelung der Haftung und Regulierungsversagen (Politik),
5. Politikern, die Stimmenmehrheiten organisieren (populäre Interventionen und Wählerberuhigung, Nachgeben gegenüber gut organisierten Interessen) und
6. „organisierter Verantwortungslosigkeit“ (Charles Wright Mills)¹², wodurch persönliche Verfehlungen schwer nachweisbar sind.

Von einer funktionierenden Marktwirtschaft kann vor diesem Hintergrund keine Rede mehr sein. Der wesentliche Preis, der Leitzins, wird immer weniger von den Märkten bestimmt und zunehmend planwirtschaftlich festgelegt. Zu der staatlichen Administrierung der Preise trägt auch die fehlende Währungskonkurrenz in der EU bei. Die Märkte werden durch solche manipulierten Preise fehlgesteuert und tendenziell ‚marginalisiert‘. Das ist kein Randphänomen, der Zins ist ohne Zweifel die wichtigste Stellschraube für die Ökonomie und derzeit auf einem extrem niedrigen Niveau. Veränderte Finanzvertragsgestaltungen haben Einfluss auf die Realwirtschaft – nicht immer den gewünschten.

So verpuffen geldpolitische Maßnahmen in Phasen wirtschaftlicher Depression. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Pferde müssen wieder saufen.“¹³ Dahinter steht die Notwendigkeit, dass die Unternehmen ausreichend zuversichtlich sein müssen, auch langfristig zu investieren. Die Banken werden derzeit von der EZB überreichlich zu günstigen Konditionen, die auch ihre Ertragskraft stärkt, mit Liquidität versorgt.

¹² Siehe Charles Wright Mills: Die amerikanische Elite, Hamburg, 1962, S. 242.

¹³ Zitiert aus: Der Regenmacher, Der Spiegel 3/1963, S. 23, spiegel.de, 09.01.1962.

Gleichzeitig besteht eine Kreditklemme. Die Banken horten ihr Geld, das sie sicher z. B. in regulatorisch geschützte (d. h., es ist keine bilanzielle Eigenkapitalhinterlegung erforderlich) Staatsanleihen investieren, deren Sicherheit durch die EZB und die Rettungspakete garantiert werden – letztlich von Sparern und Steuerzahlern, vor allem im Inland. Die mittelständische Wirtschaft bekommt wenig von diesem Umverteilungskuchen ab und verliert angesichts einer solchen Politik ihre Investitionszuversicht.

Die Festlegung dieses Lenkungspreises erfolgt von einem Interessenverbund aus hochverschuldeten Finanzinstitutionen und Staaten, die kaum mehr in der Lage sind, die Zinsen zu zahlen. Bei einem normalen Zinsniveau wären sie längst pleite. Das gilt auch für die involvierten Banken und Versicherer, die regulatorisch genötigt wurden, die Staatspapiere zu kaufen (für sie musste im Gegensatz zu weit sicheren Anlagen kein Eigenkapital hinterlegt werden, was einer Absatzhilfe für marode Staatsanleihen gleichkommt). Die sich ergebenden Verzerrungen werden auch Blasen genannt. Die sich durch staatliche Intervention ergebende Überbewertung ist bei Anleihen besonders extrem. Vor diesem Hintergrund handelt es sich um eine gelenkte Wirtschaft mit planwirtschaftlichen Zügen zu Lasten der eigenen Bürger. Sie nehmen zwar noch ritualisiert an Wahlen teil, ihre politische Teilhabe ist aber völlig ausgehöhlt.

7 Grundprinzipien von Erhards freiheitlich ausgerichteter Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik

Die bisherigen Ausführungen dürften deutlich gemacht haben, dass wir uns inzwischen von einer Politik Erhardscher Prägung in vielen Bereichen entfernt haben. So sind die Grundprinzipien seiner Politik u. a.:¹⁴

- Freihandel (freier, unbehinderter Warenverkehr),
- Eigentum und Haftung,
- Gleichheit vor dem Gesetz,
- Freie Entfaltung der Persönlichkeit statt Gängelung: Bürokratiebegrenzung und niedrige Steuern,
- Flexible Ordnungspolitik zur Wettbewerbssicherung ohne staatlichen Interventionismus (Staat als Schiedsrichter),
- Verhindern wirtschaftlicher Machtkonzentrationen, daher das Verbot von Kartellen oder anderen preisfixierenden Maßnahmen,
- Ausgeglichene staatliche Budgets,
- Stabile Währung (unabhängige Notenbank).

Eine solche Marktwirtschaft nach den Vorstellungen Ludwig Erhards wurde von einflussreichen Politikgestaltern und Interessengruppen nach und nach beiseite geräumt. Es ist inzwischen genau das eingetreten, wovor Erhard immer wieder warnte. Sichere Pfründe für einflussreiche Konzerne und Interessengruppen lassen zu Recht die Frage aufkommen, ob und inwieweit unser derzeitiges Gesellschafts- und Wirtschaftssystem noch sozial oder marktwirtschaftlich ist? Die Fähigkeit von Märkten, Knappheitspreise zu produzieren und effizient zu steuern, werden durch Interventionen zunehmend blockiert.

Mit der viel zu hohen öffentlichen Verschuldung ist die Geldpolitik wieder – wie so oft in der Geschichte – allenfalls eine vorübergehende Nothilfe. Aber nicht für die Bürger, sondern für politische Entscheidungsträger und vom Verkauf ihrer Güter und Dienstleistungen profitierende Großkonzerne. Sie können sich leichter

¹⁴ Vgl. dazu: FREEDOM WITH RESPONSIBILITY The Social Market Economy in Germany, 1918 - 1963, von A. J. Nicholls, Oxford 1994, reprinted 2004 (Clarendon Press), S. 74.

verschulden und preisgünstiger anbieten, wodurch disinflationäre Effekte ausgelöst werden. Solange der Export gut läuft, wird dies in Deutschland wenig thematisiert. Auf der Nachfrageseite wird der Konsum gefördert, weil sich Sparen nicht mehr lohnt. Ein nicht ungefährlicher Teufelskreis durch die expansive Geldpolitik! Mit ihrer wettbewerbseinschränkenden Wirkung sinkt die Produktivität, die marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen werden aushöhlt. Leider wird dieser Aspekt in wissenschaftlichen Publikationen viel zu wenig berücksichtigt.

Die Eigenvorsorge der Bürger wird geschwächt, sie sparen zu wenig und werden vor diesem Hintergrund in die Verschuldung und fragwürdige Immobilien- oder andere vermeintliche Absicherungsinvestitionen getrieben. Im Alter sind die bei einer solchen Politik schleichend enteigneten Bürger umso mehr auf öffentliche Hilfen angewiesen. Die Verantwortung dafür wird – menschlich verständlich – verschleiert.

Politiker versprechen, um gewählt zu werden, soziale Wohltaten. Wenn sie dann eingeführt werden und sie sich als falsch erweisen, wollen sie dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Für die Bürger, vor allem für die Sparer, ist die Geldpolitik kein Rettungsanker, im Gegenteil: Null- und Negativzinsen enteignen sie schleichend und zehren die Rücklagen für die Altersvorsorge auf. Gleichzeitig bleiben Staatsanleihen massiv überbewertet. Politiker möchten die ‚Preisblasen‘, die auch Immobilien und Aktien erfasst haben, nicht zum Platzen bringen. Es würde auch ihr Scheitern signalisieren. Die Folge ist aber, wie bereits erwähnt, dass die marktwirtschaftlichen Preissignale nicht mehr funktionieren. Bürger werden – auf die Erhaltung und Steigerung auch von bereits zu hohen Preisen spekulierend – dazu ermuntert, auf Pump z. B., zu teure Immobilien zu kaufen. Das verschärft die Krise und führt weiter weg von Marktwirtschaft und hin zu immer mehr staatlichem Dirigismus.

Auch die planwirtschaftlich anmutenden Überregulierungen nach dem Ausbruch der Finanzkrise schaffen ein abschreckendes Umfeld. Eine langfristig ausgerichtete Ordnungspolitik, bei der der Staat sich zurücknimmt und als fairer Schiedsrichter agiert, trat in den Hintergrund und damit das Konzept Erhards. Stattdessen verunsichern derzeit Interventionen durch Politiker Märkte, Unternehmer und die Bürger, die an der Verlässlichkeit ihrer gewählten Vertreter zu zweifeln beginnen.

Die Aushöhlung der Marktwirtschaft ist ohne die zunehmenden demokratischen Mängel undenkbar, sie verdienen mehr mediale Aufmerksamkeit. Es fehlt eine offene Streitkultur. Wer kritisiert in Deutschland noch, dass Politik zunehmend in

Hinterzimmern und nicht mehr transparent in Parlamenten stattfindet? Die kleinen Oppositionsparteien erscheinen oftmals viel zu schwach. Außerdem sind sie wie die Linke oder die Grünen auch keine Parteien, die sich für Ludwig Erhards demokratisch-marktwirtschaftliche Konzeption gezielt einsetzen.¹⁵ Die Kanzlerin überraschte mit für die Gesellschaft teuren Entscheidungen, so bei der so genannten ‚Energiewende‘ mit der Spontanentscheidung eines beschleunigten Atomausstiegs nach dem Unfall in Fukushima und der diskutablen Migrationskampagne, die medial als neue Jahrhundertaufgabe gepriesen wurde. Ist das der neue Politikstil, der von den Medien vielfach unkritisch verbreitet wird? Regieren mit Slogans wie ‚Wir schaffen das!‘ überzeugt nicht überall. Es fehlen oft die Voraussetzungen, um etwas zu schaffen, was rechtlich nicht geboten und in früheren Jahren nie gesellschaftlicher Konsens war. Die von der aktuellen Politik „verordnete Aufnahme“ von Menschen anderer Kulturkreise stellte das Land vor eine Zerreißprobe, auch wenn das Thema inzwischen kaum mehr in den Medien thematisiert wird. Ohne Arbeitsperspektive lässt sich die große Zahl von Migranten jedoch nicht integrieren, sondern allenfalls der Mangel verwalten.

Es wäre kein gutes Aushängeschild für eine Demokratie, wenn gewählte Mandatsträger die Bodenhaftung verlieren und dann, wenn es nicht mehr rund läuft, Verantwortungsverschleierung betreiben. Der Niedergang der Werte würde dann leicht auch die gesamte Gesellschaft erfassen. Der Rechtsstaat wandelt sich, wenn es schlecht läuft, nach und nach zu einem Willkürstaat. Gesinnungsethik ersetzt dann Verantwortungsethik.¹⁶ Jeder nimmt sich, was er möglichst leistungslos bekommen kann. Statt Eigenverantwortung verlässt man sich dann lieber auf Hilfen durch die öffentliche Hand. Die noch arbeiten, werden durch viel zu hohe Steuern belastet. Die untere Mittelschicht wird nach unten abgedrängt und ist gezwungen, immer mehr Billigware zweifelhafter Herkunft zu kaufen, um über die Runden zu kommen. Die Souveränität der Konsumenten, die über verbesserte Güterqualität einen nachhaltigen Nutzen haben sollten, wird so immer mehr eingeschränkt.

Nach Ludwig Erhard sollten aber zuerst und nicht zuletzt die damals noch so genannten ‚kleinen Leute‘ von der Marktwirtschaft profitieren. Der Staat sollte

¹⁵ Sahra Wagenknecht von den Linken beruft sich zwar auf Ludwig Erhard, interpretiert ihn aber m.E. zielgerichtet falsch. Für sie ist der Staat eben doch Mitspieler und nicht fairer Schiedsrichter, wenn er in sozialistischer Tradition Innovationen und Umverteilung von oben verordnen will. Das ist dann keine Bürgergesellschaft mehr, sondern ein ‚sozialistisches Überpreußen ohne Willkommenskultur‘ einer Angela Merkel.

¹⁶ Gesinnungsethik ersetzt dann Verantwortungsethik (die Begriffe prägte Max Weber).

Steigbügelhalter für ihren Aufstieg u.a. durch niedrige Steuern und Sparförderung sein. Ein faires Wettbewerbssystem sollte ihre Teilhabe sichern. Keinesfalls sollten sie durch Alimente ruhiggestellt oder de facto gesellschaftlich ‚weggesperrt‘ werden. Erhard wollte ihnen nach der Überwindung der Diktatur in Deutschland nach 1945 ihre Würde wiedergeben und wurde mit dieser menschenfreundlichen Politik in Wahlen eindrucksvoll bestätigt.

8 ‚DDR 2.0‘ oder ein freiheitlicher Staat, der seinen Bürgern möglichst viel Freiraum belässt?

Mit der Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien wird eine weitere Abwärts-spirale ausgelöst, die zu immer mehr Interventionismus und Staatswirtschaft führt. Wir hatten das schon. Die DDR war eine ‚verproletarisierte Mangelgesellschaft‘. Bis zur Wiedervereinigung war der Westen noch ein klarer Gegenpol. Heute gilt das nicht mehr. Sozialingenieure könnten verstärkt auf den ‚neuen Menschen‘¹⁷ setzen. Damit würde gesellschaftliche Vielfalt verringert. Daraus könnte man schließen, dass mit einem zusätzlich vermeintlich verkümmerten Rechtsstaat eine neue ‚DDR 2.0‘¹⁸ geschaffen werden könnte. Viele Bürger sind davon nicht überzeugt.

Es wird daher wieder Zeit für demokratiekonforme Reformen und damit für Ludwig Erhards freiheitssicherndes und marktwirtschaftliches Konzept. Zu fordern sind eine faire Berichterstattung und eine verbesserte Bildungspolitik, nicht zuletzt auch in wirtschaftlichen Fragen¹⁹. Schädliche Einflussnahmen durch Interessensgruppen bleiben viel zu oft unentdeckt. Im Zweifel müssen die Anleger, Verbraucher und Steuerzahler die Kosten für die marktwirtschaftlich verfehlte und bürgerfeindliche Politik tragen. Die Vermögensumverteilung durch Null- oder sogar Negativzinsen der EZB belastet Kleinsparer. Das Einkommen und Vermögen von auch international gut vernetzten Anlegern und Managern bleibt dagegen relativ unangetastet, das ist der neue ‚Sozialismus für Reiche‘. Max Otte spricht treffend in seiner Streitschrift ‚Rettet unser Bargeld‘ von der Möglichkeit einer „reinen Machtwirtschaft“ statt einer „durch Recht und Gesetz geregelten Marktwirtschaft“²⁰.

Mangelnde Preistransparenz und Desinformation, z. B. im Internet (Einschränkung der fünf Sinne durch Manipulation), sichert neue wirtschaftliche Monopolstellungen. Für die breite Masse verteilen Sozialpolitiker dann zum Ausgleich vermeintliche ‚Bonbons‘, die ordnungspolitisch mehr als fragwürdig sind. Ludwig Er-

¹⁷ Vgl. dazu: Gespräch mit Marina und Herfried Münkler: ‚Ein Traum für Deutschland‘, FAZ, 26.08.2016, S. 11.

¹⁸ Den Begriff prägte Max Otte.

¹⁹ Ansonsten werden wir für dumm verkauft, auch im Internet. Desinformation beklagte bereits Max Otte in seinem Buch „Der Informationscrash“.

²⁰ Zitiert aus: Max Otte: Rettet unser Bargeld!, Berlin 2016, S. 38.

hard hätte sicher noch Anstoß an planwirtschaftlich anmutenden und damit leistungsfeindlichen Quotenvorgaben genommen (Bsp.: ‚Frauenquote‘, sogar ‚Migrantenquoten‘ werden gefordert)?

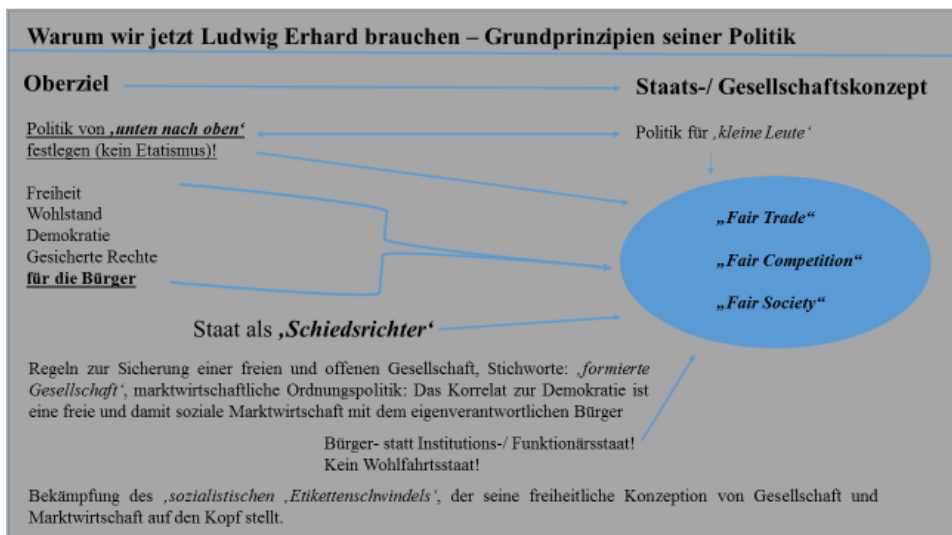
9 Liste der aktuellen politischen Entwicklungen, die eine bürgerliche Gesellschaft und den Wettbewerb gefährden könnten

Folgende politische Entwicklungen sollten, den Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards entsprechend, nach und nach korrigiert werden:

- Die Zunahme staatlicher Interventionen und der geldpolitisch mit Null- und Negativzinsen geschaffene ‚Dauerkrisenmodus‘ ohne marktwirtschaftliche Lösung höhlt die Werte einer bürgerlichen Gesellschaft aus (und steht im Gegensatz zu einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik),
- Beschränkung des Wettbewerbs durch Regulierungen, die kleine Marktteilnehmer ausgrenzen (Verstoß gegen den marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb),
- Mindestlöhne (Sie passen nicht in ein marktwirtschaftliches System. Das Problem zu schlechter Entlohnung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass mangels Wettbewerbssicherung Konzernmacht immer größer wurde und die Globalisierung als Freibrief zur einer neokolonial anmutenden Ausnutzung von Arbeitskraft genutzt wurde, die im Gegensatz zum Kapital zu hoch besteuert ist),
- Quote statt Leistung (Bsp. ‚Frauenquote‘. Quoten würden nach Erhard sicher nicht zu einem marktwirtschaftlichen System gehören),
- Mietpreisbremse (Planwirtschaft, die den Wohnungsbestand verschlechtern lässt und fragwürdige neue Privilegien schafft),
- Staatliche Umverteilung bei der Altersversorgung (der ‚Generationenvertrag‘, Verstoß gegen das familienbezogene Subsidiaritätsprinzip),
- Zuwanderer werden leistungsfrei Teil des Sozialsystems (Destabilisierung der Herkunftsregionen, wenn Arbeitskräfte dort verloren gehen und der Zuwanderregionen, wenn keine Integration in die Arbeitswelt möglich ist und Hilfen dauerhaft garantiert werden. Auch langjährig hier ansässige Bürger werden dies als unfair empfinden und ihre Arbeitsmotivation verlieren),
- Interventionismus der EU (zentralistische Mikrosteuerung von oben, z. B. das ‚Glühlampenverbot‘, dies ist planwirtschaftlich und gegen den Subsidiaritätsgedanken verstoßend),

- Eine von wenigen internationalen Konzernen forcierte Digitalisierung, die nur wenigen Anbietern nutzt und die breite Masse entmündigt (Ausschaltung eines fairen Wettbewerbs, die ‚fünf Sinne‘ der Nutzer werden durch gezielte Manipulationen weniger internationaler, professioneller Anbieter kaum mehr genutzt, die Datenweitergabe wird zum Normverhalten und damit auch der Verlust an Freiheit, die eine bürgerliche Demokratie sichert),
- Wie Erhard Politik von unten her entwickeln und nicht etatistisch von oben nach unten,
- Moderne Sozialisten geben sich weltoffen, denken aber etatistisch, von oben her, und nicht von unten, wie es bei Ludwig Erhard der Fall war. Seine Sicht auf die kleinen Leute, denen Chancen eingeräumt werden müssen und die sich eigenverantwortlich bewähren sollten, fehlt heute weitgehend in der Politik.

Abbildung 1: Warum wir Ludwig Erhard brauchen – Grundprinzipien seiner Politik.



Quelle: eigene Darstellung

Der neue unsoziale Kapitalismus großer Konzerne, die auch noch die Regulierungen prägen, ist genauso abzulehnen wie planwirtschaftliche Systeme, die

Korruption und Vetternwirtschaft begünstigen. Heute haben wir fast schon eine Mischung aus beiden, wenn bürgerlich-freiheitliche Parteien in der Tradition der liberalen Ansichten eines Ludwig Erhards nicht mehr bestehen. Selbst die FDP – und auch die CSU – haben hier vermeintlich Nachholbedarf. Alle anderen Parteien sind konzeptionell noch weiter weg von dem ursprünglichen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Irgendwann müssen, nach Meinung des Autors, aber solche Reformen kommen, wenn man nicht in eine digitale Steuerung geraten will, die das Privatleben lenkt und Eigeninitiative größtenteils abschreckt.

10 Sozialistische Heilsversprechen wurden und werden nicht eingelöst

Sozialistische Heilsversprechen, dies zeigt die jüngere Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, konnten nicht eingelöst werden. Sie scheiterten regelmäßig, auch wenn sie absolut verführerisch und wählerwirksam formuliert werden. Am Ende stand jedoch als Folge von Korruption und Vetternwirtschaft üblicherweise der Staatsbankrott. Statt der derzeitigen ‚organisierten Unverantwortlichkeit‘ in der EU müssen wieder klare Regeln gelten, mit denen Verantwortung und Haftung für das Tun sichergestellt werden. Ansonsten versinkt die EU in einem Berg von Schulden, den die Bürger abtragen müssen. Dies geschieht traditionell mit einer Währungsreform oder über höhere Steuern. Heute bieten sich durch die Schaffung von zunehmend gläsernen Zahlern ganz andere Möglichkeiten: Der maßlose Staat wird sich diese neuen Umverteilungsspielräume sicher nicht entgehen lassen, die Monetarisierung der Daten erfolgt von Politikern und Digitalkonzernen Hand in Hand. Alltägliche Dinge, die bisher gratis waren, können dann entgeltspflichtig werden. Wenn Sie sich beispielsweise zu wenig bewegen, werden Sie einfach anhand ihrer Gesundheits-App eine Gebühr zahlen müssen. Dem könnten Sie jedoch entgehen, wenn Sie ein bestimmtes Laufpensum absolvieren.

11 Staat als oberster Schiedsrichter

Solche Formen fürsorglicher Betreuung und finanzieller Abschöpfung der Bürger waren bei den freiheitlichen Konzepten von Erhard nicht vorgesehen:

„Bei früherer Gelegenheit habe ich in diesem Zusammenhang einmal auf die Rolle des Staates als des obersten Schiedsrichters verwiesen. Ich möchte hierbei das vielleicht etwas banal erscheinende Bild eines Fußballspiels gebrauchen dürfen. Da bin ich der Meinung, dass ebenso wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitzuspielen hat. Eines ist bei einem guten Fußballspiel als wesentliches Merkmal zu erkennen: Das Fußballspiel folgt bestimmten Regeln, und diese stehen von vornherein fest. Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist – um im genannten Beispiel zu bleiben – die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“

12 Ludwig Erhard²¹

Ludwig Erhard war Fußballfan. Und er war fest davon überzeugt, dass der Schiedsrichter auf keinen Fall mitspielen darf. Er kritisierte daher immer wieder ‚Eingriffe‘ der Politik in die Wirtschaft, die Durchsetzung bürgerferner, lediglich institutionalisierter Interessen sowie die Maßlosigkeit, nicht zuletzt auch der Volksvertreter. ‚Fair play‘ erfordert, dass der Regelsetzer unparteiisch ist und dafür sorgt, dass keine Absprachen zu Lasten Dritter, z. B. der Verbraucher, stattfinden. Er konkretisiert: „Die Zuschauer eines Fußballspiels würden es den Spielpartnern auch außerordentlich übelnehmen, wenn diese vorher ein Abkommen geschlossen und dabei ausgehandelt haben würden, wieviel Tore sie dem einen oder dem anderen Teil zubilligten und dann nicht das von uns erwartete und auch durch ein Eintrittsgeld honorierte, faire Wettspiel durchführten, sondern lediglich ihre Vereinbarung kampflos erfüllen würden. So vertrete ich denn auch die Auffassung, dass es die Grundlage aller Marktwirtschaft ist und bleiben muss, die Freiheit des Wettbewerbs zu erhalten.“²² Zu einem ‚fair play‘ gehört auch, dass auf der ‚Hinterbühne‘, die der Kunde nicht oder zumindest nur unzureichend kennt, nicht zu Lasten des Verbrauchers agiert wird.

Übertragen wir den ‚fair play‘-Gedanken von Erhard auf die mächtigen Digitalkonzerne, lässt sich Folgendes feststellen: Vordergründig wird so operiert, dass der Kundennutzen oft schon spontan erkennbar ist, z. B. durch effizienzsteigernde Apps, gezieltes Entertainment oder hohe Servicequalität. Dies ist Teil ihrer Inszenierung als verbrauchernahe und leistungsfähige Anbieter.²³ Die hohe Kundenloyalität, die führenden Marktpositionen und die hohen Börsenbewertungen der US-Digitalkonzerne sprechen für sich. Wenn die Anbieter ihre Kunden erstmal ‚am Haken‘ haben, lassen sich nachhaltig hohe Gewinne einfahren.

²¹ Zitiert aus: Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle, Düsseldorf, 8. Aufl., 1964, S.134 f.

²² Zitiert aus: Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle, Düsseldorf, 8. Aufl., 1964, S.134f.

²³ Siehe dazu Erving Goffman: ‚Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag‘ und Goffmans Einteilung des Spielgeschehens in eine Vorder- (nach außen gerichtete Inszenierung des Spiels) und Hinterbühne (Erstellung im Hintergrund).

13 Kreative Zerstörung zulassen statt die Bildung von datenbasierten Monopolen, die die Plattformkonkurrenz erschweren

Die Volksrepublik China hat eigene staatsorientierte Regelungen zum Schutz ihrer eigenen Konzerne. Insofern ist es unrealistisch, diese weltweit vernetzten Digitalkonzerne einer wirksamen internationalen Kartellkontrolle unterziehen zu wollen. Erhard setzte deshalb zu Recht auf den Wettbewerb von unten. Gerade für Neueinsteiger besteht im Schumpeterschen Sinne der ‚kreativen Zerstörung‘ der wesentliche Werttreiber darin, schöpferisches bzw. disruptives Potential zu nutzen, das Bestehende also grundsätzlich zu verändern. Wie schnell sich Märkte grundsätzlich verändern können, zeigte beispielsweise der Niedergang von Nokia als Mobiltelefonhersteller. Das Smartphonekonzept von Apple schaffte es nämlich, den Markt grundsätzlich aufzurollen und nachhaltig zu verändern²⁴ – zumindest bis auf Weiteres.

Bei aller Kritik und den Gefahren, die derzeit diskutiert werden, sollten die positiven Aspekte nicht zu kurz kommen. Grundsätzlich bedienen auch die führenden Digitalkonzerne neu geweckte Kundenbedürfnisse. Sie leichtfertig zu verteufeln, wäre deplatziert, solange sie zahllosen Konsumentenwünschen entsprechen. Die vernetzte Welt bietet auch Lösungsansätze, um die Zukunft wieder auf dem festen Boden freiheitlicher und demokratischer Werte zu gestalten. So können Diktaturen – dank des Internets – freie Meinungsäußerungen schlechter im Zaum halten und so den ‚Shitstorm‘ und ‚Brainstorm‘ entrüsteter Bürger nicht mehr unterdrücken. Lokale Proteste werden so schnell zu einer globalen Nachricht. Vor dem Hintergrund eines nicht zu unterdrückenden internationalen Kreativitäts- und Freiheitswettbewerbs sind nationale Insellösungen zu Recht auf dem Rückzug. Ein neuer Protektionismus – obwohl derzeit durch vielfältiges Politikversagen, nicht zuletzt in der EU, wieder ‚populär‘ – ist die falsche Antwort auf globale Herausforderungen!

Mit der steigenden Verfügbarkeit von internationalen Alternativinformationen und der zunehmenden Mobilität der Jugend sind nationale Alleingänge ein Auslaufmodell. Freiheit wird zwangsläufig immer mehr zu einem universellen Gut. Die

²⁴ Inzwischen, nach der weltweiten Massenverbreitung der Smartphones, ist der Mehrwert für die Kunden offensichtlich (z. B. zusätzliche und bequeme Informationen durch permanenten Internetzugang, neue Kommunikationsplattformen). Dies verdeckt jedoch, dass Smartphones eben auch Datensammler und Überwachungsgeräte sind.

Abschottung über Mauern, die wie die DDR zeigte, nur temporär funktionierte, gelingt in einer digitalisierten Welt nicht mehr.

14 Aktuelle Herausforderungen nach Erhards Vorstellungen meistern

Die optimistischen Vorstellungen Erhards sollten wieder stärker in Erinnerung gerufen werden. Daher sollten die oben genannten vier Herausforderungen wie folgt gemeistert werden:

- Zu 1: Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien! Die Staatsanleihenprivilegien abschaffen!
- Zu 2: Eine unabhängige Notenbank zur Sicherung der Geldwertstabilität schaffen! Keinen marktwidrigen Dauerniedrigzins akzeptieren!
- Zu 3: Länder, die sich an vereinbarte Regeln nicht halten, dürfen nicht durch Transfers gestützt werden, sondern müssen zwingend austreten. Derzeit bleiben nach der Brexit-Entscheidung nur das Neuverhandeln der Verträge oder der ‚Dexit‘.
- Zu 4: Sicherstellung einer freien und unabhängigen Medienberichterstattung!

Die vernetzte Welt bietet Möglichkeiten zu mehr Freiheit, Demokratie und Wettbewerb, wenn keine national-protektionistischen Mauern dies behindern. Im Sinne Erhards bieten sich für kleine, innovative Mittelständler auch hier neue Expansionsfelder. Entsprechend der von Joseph A. Schumpeter beschriebenen schöpferischen Zerstörung²⁵, verschwinden alte Strukturen. In einem globalen Wettbewerb, in dem um die besten Ideen gerungen wird, ist die Konservierung des Bestehenden fast immer ein Rückschritt.

Starre Arbeitszeiten, Mitarbeiterkontrolle über die Zeiterfassung und unflexible Großorganisationen wirken so betrachtet wie Fossilien des letzten Jahrhunderts, in dem der militärisch-industrielle Arbeitsdrill noch konserviert wurde. Eine streng zu beachtende Einhaltung der Hierarchiestufen trat hinzu.

Optimistisch interpretiert schafft die Digitalisierung neue Freiheitsspielräume, wenn man die industrielle Knechtschaft zur Benchmark erhebt. Die Emanzipation des Menschen von solchen Sachzwängen, einer gesundheitlich oft belastenden, monotonen Tätigkeit, ist dann als klarer Fortschritt zu werten. Echte Kreati-

²⁵ Vgl. Joseph Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1912, S. 157ff.

vität lässt sich besser als bisher ausleben. Aber nicht nur aus individueller Perspektive ergeben sich enorme Chancen, auch die Firmen profitieren, wenn sie das Potential nutzen.

Alles zu hinterfragen und immer besser zu werden, war schon immer das Motto erfolgreicher Unternehmen. Die Sicherung von Wettbewerb und Freiheit muss heute dazu kommen und hierzu bedarf es einer stärkeren gesellschaftspolitischen Unterstützung. Die Demokratie als bürgernahe Gestaltung der Gemeinschaftsordnung muss immer wieder neu erkämpft werden. Die beliebte Politik der staatlichen ‚Förderung des Wachstums‘ ist nach Friedrich A. von Hayek eine ‚Anmaßung des Wissens‘ durch Politiker²⁶ und daher abzulehnen. Ludwig Erhard setzte, wie bereits eingangs erwähnt, auf eine gestaltende Ordnungspolitik und kritisierte Wachstumspolitik scharf:

„Die Entthronung des realen Konsumenten durch fiktive Wachstumsziffern hat noch eine andere bedeutsame Folge: einen Wandel im Stil der Wirtschaftspolitik, der die Konsumenteninteressen immer mehr zugunsten des Produzenteninteresses in Vergessenheit geraten lässt. Denn Wachstumspolitik bedeutet konkret Förderung der Investitionen durch staatliche Hilfen, Erhöhung der Exportziffern durch verschleppte Aufwertung, staatliche Ausfuhrgarantien und Kreditvergünstigungen, öffentliche Regional- und Strukturpolitik durch gezielte Förderungsmaßnahmen, kurz, eine Wiederbelebung des Arsenal der merkantilistischen Wirtschaftspolitik des achtzehnten Jahrhunderts unter völliger Hintenansetzung aller Argumente, die seither gegen die einseitige Produzentenorientierung der Wirtschaftspolitik vorgebracht worden sind. Ob die Konsumenten mit den Gütern, die sie für ihr Einkommen kaufen können, wirklich zufrieden sind, gerät in Vergessenheit“²⁷.

So dachten viele sozialistisch-interventionistisch geschulte Politiker, die auch Innovationen und Wachstum von oben verordnen wollten. Das fast regelmäßige Scheitern der vielen staatlich geförderten neuen ‚Silicon Valleys‘ – vor allem in Europa – ist eine Warnung, die nicht überhört werden sollte. Für kreative Innovation müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Das heißt dann eben weniger Staat und mehr Eigeninitiative, ein gutes Forschungsumfeld und die Bereitschaft von Wagniskapitalgebern, in neue zukunftsweisende Ideen zu investieren. Der offene Informationsaustausch und eine Kultur, die auch Scheitern als Ansporn

²⁶ Vgl. dazu: F. A. von Hayek: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, Tübingen 1996.

²⁷ Zitiert aus: Ludwig Erhard mit Alfred Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft, S. 148.

dafür ansieht, es künftig besser zu machen, ist nun einmal vorrangig in den USA anzutreffen und nicht in den überbürokratisierten EU-Staaten Frankreich oder Deutschland, die sich traditionell starken staatssozialistischen Strömungen nur schwer widersetzen können.

Der Staat kann allenfalls ‚Steigbügelhalter‘ für unternehmerische Innovationen sein, z. B. durch die Bereitstellung ausreichender Infrastruktureinrichtungen. Heute würde man eher von ‚Plattformen‘ sprechen, auf denen sich Märkte entwickeln können. Auf diese Weise kann sich Wettbewerb entfalten, der heute nur noch global denkbar ist. Auch hier ist noch viel zu tun, z. B. durch das Setzen sinnvoller Standards. Auch faire internationale Freihandelsabkommen tragen dazu bei.²⁸

Die führenden US-Digitalkonzerne sind Teil von ‚Corporate America‘. Liberale Wirtschaftspolitiker wie Ludwig Erhard hätten solche Formen kartellierter Macht (gleiche Eigner) sicher kritisch hinterfragt und auf den Wettbewerb durch neue Anbieter gesetzt, die nicht behindert werden dürfen. Es bedarf aber auch eines aufgeklärten Bürgers, der sich von den digitalen Medien nicht vereinnahmen lässt. Hier besteht ein Bildungsauftrag. Vor allem aber muss eine Neuausrichtung von den Bürgern selbst kommen. Erste positive Signale sind hier erkennbar.

²⁸ Internationale Freihandelsabkommen ohne Diskriminierung von Drittstaaten sind den inzwischen in Mode gekommenen regionalen oder sogar bilateralen Handelsabkommen vorzuziehen. Ansonsten drohen Protektionismus und in der Folge steigt auch die Gefahr neuer Kriege, lesenswert ist dazu die Promotionsschrift des ‚Vaters der Deutschen Mark‘, Edward Tenenbaum: National Socialism vs. International Capitalism‘ aus dem Jahr 1942!

Heute geht es darum wieder mehr Markt zu wagen! Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen, daher sind folgende Zielschwerpunkte für eine ordnungspolitische Runderneuerung wichtig:

- Sicherung einer stabilen Währung – statt einer Weichwährungspolitik mit Umverteilung
- Europa – in Vielfalt geeint – statt zentralstaatlicher behördlicher Lenkung
- Sicherung des Wettbewerbs statt Kartell- und Monopolmacht (Google, Amazon etc.)
- Freiheitliche, transparente demokratische Strukturen statt Politik in den Hinterzimmern (Lobbyismus)
- Konsumentensouveränität statt der Durchsetzung von Industrieinteressen

Freie, selbstbewusste Bürger, die autonom in sozialer Sicherheit leben (dies soll möglichst für alle entsprechend dem Slogan und Buchtitel ‚Wohlstand für Alle‘ gelten), statt betreute Sozialhilfeempfänger einer immer umfassenderen Umverteilungsbürokratie. Spätestens wenn der größere Teil der Gesellschaft von der Sozialgemeinschaft finanziell gestützt wird, ist der Wohlfahrtsstaat am Ende. Dann wird zunehmend offensichtlich, dass die erfolgreichen Steuerzahler nicht immer mehr zur Kasse gebeten werden können und die populistische Umverteilung, die das Gefühl für Selbstverantwortung bei den Empfängern absinken lässt, gescheitert ist. Politiker bedienen oft niedere Instinkte bei denen, die von ihrer Umverteilungspolitik potenziell profitieren.

Erhard erkannte dies und nannte eine schlechte inländische Charaktereigenschaft, so bezeichnete er „Neid und Missgunst“ als „deutsches Erbübel“²⁹.

- Familie und private Netzwerke (Subsidiarität) zulassen statt einer Ausweitung der zentralstaatlichen Betreuung,
- Wohneigentum statt staatlicher Wohnungsbewirtschaftung mit Silobauten und Mietpreisbremse,
- Faire bürgernahe marktwirtschaftskonforme Regulierungen statt Fehllenkung der Finanzinstitutionen (Stützen der Staatsanleihen),
- Eigenverantwortung mit Sparförderung stärken statt staatliche Rentenverteilung,
- Kapitalgedeckte Altersvorsorge (Aktien sparen) statt Generationenvertrag.

Das wären wichtige Schritte, um Erhards zeitlose Politikgrundsätze aktuell wieder verwirklichen zu können. Sie gelten in einer zunehmend globalisierten und digitalisierten Welt genauso wie in der analogen Welt der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts. Mit klaren ordnungspolitischen Prinzipien ist der Übergang von der NS-Diktatur, die wirtschaftlich eine autoritär geführte Planwirtschaft umsetzte, zu einer subsidiär organisierten demokratischen Gesellschaft gelungen. Das ist wichtiger denn je. Erhard warnte vor Harmonisierung und Gleichmacherei in Europa:

„...von Sizilien bis zum Ruhrgebiet kann es keine gleiche Produktivität und mithin keine gleichen Arbeitskosten geben. Wer der Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die ... Zeche zahlen soll. ... Jene Forderung beruht also auf einer völlig illusionären Verkennung ökonomischer Gesetze und Tatbestände, aber sie charakterisiert zugleich eine geistige Haltung, die sich in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja das Leben selbst, erstickt werden sollen. ... Ein solcher Wahn muss zur Begründung von ... Fonds führen, aus denen all diejenigen, die im Nachteil sind ... entweder entschädigt oder künstlich hochgepöppelt werden. Das sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht

²⁹ Ludwig Erhard: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 629.

im Einklang stehen ... Ein bürokratisch manipuliertes Europa ... ist außerordentlich gefährlich.“³⁰

Diese verkürzt wiedergegebenen Einschätzungen in der Frühphase der europäischen Integration waren visionär. Erhards gesellschaftspolitische und marktwirtschaftliche Ideen müsste man nur wieder aus der Mottenkiste herausholen und konsequent anwenden. Dazu ist heute noch viel Überzeugungsarbeit nötig, aber es lohnt sich, wenn wir Bürger ein Höchstmaß an Demokratie und wirtschaftlicher Freiheit auch für unsere Kinder und Enkel sichern wollen.

³⁰ Zitiert aus: Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle, 8. Aufl. 1964, S. 287-289.

Literaturverzeichnis

- Erhard, Ludwig (1954). Die Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik, Vortrag in Antwerpen, 31.5.1954.
- Erhard, Ludwig (1964). Wohlstand für Alle, 8. Aufl., Econ-Verlag: Düsseldorf.
- Erhard, Ludwig (1988). Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, hrsg. v. Karl Hohmann u. a., Econ-Verlag: Düsseldorf.
- Erhard, Ludwig (1992). Deutsche Wirtschaftspolitik – Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Econ-Verlag: Düsseldorf.
- Erhard, Ludwig (1966). Die formierte Gesellschaft, Ludwig Erhards Ordnungsbild der demokratischen Gesellschaft, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bonn.
- Erhard, Ludwig / Müller-Armack, Alfred (1972). Soziale Marktwirtschaft – Manifest'72, Ullstein: Frankfurt/M.
- Goffman, Erving (2003) ,Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, Piper-Verlag: München.
- Hayek, Friedrich August (1944). The Road to Serfdom, University of Chicago Press: Chicago.
- Hayek, Friedrich August (1991). Die Verfassung der Freiheit, 3. Aufl., Mohr Siebeck: Tübingen.
- Hayek, Friedrich August (1996). Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien: Tübingen.
- Le Bon, Gustave (1982). Psychologie der Massen, Kröner Verlag: Stuttgart.
- Mayer, Thomas (2017): Die Tragik der Europäischen Währungsunion, FAZ, 19.08.2017, S. 22.
- Mills, Charles Wright (1962). Die amerikanische Elite, Holsten-Verlag: Hamburg.
- Mühl, Melanie: „Dann stehe ich schlecht da“, FAZ, 05.12.2013, S. 25.
- Nicholls, A.J. (1994). FREEDOM WITH RESPONSIBILITY, The Social Market Economy in Germany, 1918 - 1963, Clarendon Press: Oxford, reprinted 2004.
- Otte, Max (2009). Der Informationscrash. Wie wir systematisch für dumm verkauft werden, Econ: Berlin.

Otte, Max (2016). Rettet unser Bargeld!, Ullstein: Berlin.

Schumpeter, Joseph (1912). Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung: Berlin, Neuausgabe, Hrsg.: Röpke, Jochen und Stiller, Olaf, Duncker & Humblot: Berlin, 2006.

Sieferle, Rolf Peter (2017). Finis Germania, Verlag Antaios, Kaplaken: Steigra.

Tenenbaum, Edward (2011). National Socialism vs. International Capitalism, New Haven 1942, neu aufgelegt: Literary Licensing, LLC: Whitefish.

Weiterführende Literatur:

Eucken, Walter (1959). Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Rowohlt: München.

Eucken, Walter (1959). Ordnungspolitik, LIT Verlag: Münster.

Folgende Bände sind bisher in dieser Reihe erschienen:

Band 1 (2005)

Hermeier, Burghard / Frère, Eric / Heuermann, Marina
Ergebnisse und Effekte des Modellprojektes „Fit machen fürs Rating...“
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 2 (2006)

Hermeier, Burghard / Platzkoster, Charlotte
Ergebnisse der ersten bundesweiten FOM-Marktstudie „Industrie-Dienstleistungen“
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 3 (2006)

Kern, Uwe / Pankow, Michael
Die Stärkung des traditionellen 3-stufigen Vertriebswegs im Sanitärmarkt durch den Einsatz neuer Medien
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 4 (2006)

Kürble, Peter
Die unternehmensinterne Wertschöpfungskette bei Dienstleistungen am Beispiel der TV-Programmveranstalter
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 5 (2007)

Klumpp, Matthias
Begriff und Konzept Berufswertigkeit
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 6 (2007)

Klumpp, Matthias / Jasper, Anke
Efficient Consumer Response (ECR) in der Logistikpraxis des Handels
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 7 (2007)

Klumpp, Matthias / Koppers, Laura
Kooperationsanforderungen im Supply Chain Management (SCM)
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 8 (2008)

Klumpp, Matthias

Das deutsche System der Berufsbildung im europäischen und internationalen Qualifikationsrahmen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 9 (2008)

Göke, Michael

Homo oeconomicus im Hörsaal – Die Rationalität studentischer Nebengespräche in Lehrveranstaltungen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 10 (2008)

Klumpp, Matthias / Rybnikova, Irma

Internationaler Vergleich und Forschungsthese zu Studienformen in Deutschland

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 11 (2008)

Kratzsch, Uwe

Eine ökonomische Analyse einer Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 12 (2009)

Friedrich, Klaus

Organisationsentwicklung – Lernprozesse im Unternehmen durch Mitarbeiterbefragungen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 13 (2009)

Chaudhuri, Arun

Die Outsourcing/Offshoring Option aus der Perspektive der Neuen Institutionenökonomie

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 14 (2009)

Seng, Anja / Fleddermann, Nicole / Klumpp, Matthias

Der Bologna-Prozess

Hintergründe – Zielsetzung – Anforderungen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 15 (2009)

Jäschke, Thomas

Qualitätssteigerung bei gleichzeitigen Einsparungen –
Widerspruch oder Zukunft in der hausärztlichen Versorgung?

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 16 (2010)

Schütte, Michael

Beiträge zur Gesundheitsökonomie

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 17 (2010)

Bode, Olaf H. / Brimmen, Frank / Redeker, Ute

Die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland –
Eine Makroökonomische Analyse

Introduction of a Minimum Wage in Germany – A Macroeconomic Analysis

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 18 (2011)

Nietsch, Cornelia / Weiffenbach, Hermann

Wirtschaftsethik – Einflussfaktoren ethischen Verhaltens in Unternehmen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 19 (2011)

Frère, Eric / Schyra, Andreas

Ausgewählte steuerliche Einflussfaktoren der Unternehmensbewertung

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 20 (2011)

Schulenburg, Nils / Jesgarzewski, Tim

Das Direktionsrecht des Arbeitgebers – Einsatzmöglichkeiten und Grenzen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 21 (2011)

Fichtner-Rosada, Sabine

Interaktive Hochschuldidaktik als Erfolgsfaktor im Studium für Berufstätige – Her-
ausforderung und kompetenzorientierte Umsetzung

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 22 (2011)

Kern, Uwe / Negri, Michael, Whyte, Ligia
Needs of the Internet Industry
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 23 (2011)

Schütte, Michael
Management in ambulanten Sektor des Gesundheitswesens
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 24 (2011)

Holtfort, Thomas
Intuition, Risikowahrnehmung und Investmententscheidungen – Behaviorale Einflussfaktoren auf das Risikoverhalten privater Anleger
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 25 (2012)

Heinemann, Stefan / Hüsgen, Thomas / Seemann, Volker
Die Mindestliquiditätsquote –
Konkrete Auswirkungen auf den Wertpapier-Eigenbestand der Sparkassen
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 26 (2012)

Hose, Christian / Lübke, Karsten / Nolte, Thomas / Obermeier, Thomas
Rating und Risikomanagement – Chancen und Risiken der Architektur des Ratingprozesses für die Validität der Ratingergebnisse
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 27 (2012)

Serfas, Sebastian
Illustrating the distortive impact of cognitive biases on knowledge generation, focusing on unconscious availability-induced distortions and SMEs
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 28 (2012)

Wollenweber, Leif-Erik
Customer Relationship Management im Mittelstand
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 29 (2012)

Nentwig, Holger / Obermeier, Thomas / Scholl, Guido
Ökonomische Fitness
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 30 (2012)

Büser, Tobias / Stein, Holger / von Königsmarck, Imke
Führungspraxis und Motivation – Empirische 360-Grad-Analyse auf Grundlage des MoKoCha-Führungsmodells und des Team Management Systems (TMS)
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 31 (2012)

Schulenburg, Nils / Knauer, Stefan
Altersgerechte Personalentwicklung – Bewertung von Instrumenten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 32 (2013)

Kinne, Peter
Balanced Governance – Komplexitätsbewältigung durch ausgewogenes Management im Spannungsfeld erfolgskritischer Polaritäten
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 33 (2013)

Holtfort, Thomas
Beiträge zur Verhaltensökonomie: Einfluss von Priming-Effekten auf rationale vs. intuitive Entscheidungen bei komplexen Sachverhalten
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 34: (2013)

Mahood, Ed / Kameas, Achilles / Negri, Michael
Labelisation and Certification of e-Jobs – Theoretical considerations and practical approaches to foster employability in a dynamic industry
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 35 (2013)

Gondek, Christian / Heinemann, Stefan
An insight into Drivers of Customer Satisfaction – An empirical Study of a global automotive brand
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 36 (2013)

Rödder, Sascha / Schütte, Michael

Medizinische Versorgungszentren –

Chancen und Risiken der Implementierung im ambulanten Sektor des Gesundheitswesens

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 37 (2013)

Abele, Thomas / Ecke, Astrid

Erfolgsfaktoren von Innovationen in reifen Märkten

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 38 (2013)

Vatanparast, Mir Farid

Betriebswirtschaftliche Elemente im Social Entrepreneurship

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 39 (2013)

Seidel, Marcel

Die Anwendung heuristischer Regeln –

Eine Übersicht am Beispiel von Fusionen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 40 (2013)

Coburger, Dieter

Vertragsabschlüsse auf Internetplattformen – Rechtliche Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten am Beispiel der Internetplattform eBay

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 41 (2013)

Kraus, Hans

Big Data – Einsatzfelder und Herausforderungen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 42 (2013)

Schmitz, Elmar

Textsammlung zur deutsch-chinesischen Wissenschaftsdialog

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 43 (2014)

Bruns, Kerstin

Führungskraft und Frau – manchmal ein Teufelskreis

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 44 (2014)

Deeken, Michael

Merkmale zukunftsfähiger Unternehmen – Erkenntnisse am Beispiel der Vermögensverwaltungsbranche

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 45 (2014)

Holzkämper, Hilko

Reformoptionen der Pflegeversicherung –

Eine ordnungstheoretische Analyse

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 46 (2014)

Kiefer, Markus

Neue Potenziale für die Krisenkommunikation von Unternehmen –

Social Media und die Kommunikation von großen Infrastrukturprojekten

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 47 (2014)

Hose, Christian / Lübke, Carsten / Nolte, Thomas / Obermeier, Thomas

Nachhaltigkeit als betriebswirtschaftlicher Wettbewerbsfaktor –

Eine Propensity Score Analyse Deutscher Aktiengesellschaften

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 48 (2014)

Chiwitt, Ulrich

Ratingagenturen – Fluch oder Segen?

Eine kritische Bestandsaufnahme

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 49 (2014)

Kipp, Volker

Aktuelle Entwicklungen in der Finanzierung mittelständischer Unternehmen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 50 (2014)

Nastansky, Andreas

Systemisches Risiko und systemrelevante Finanzinstitute

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 51 (2014)

Schat, Hans-Dieter

Direkte Beteiligung von Beschäftigten – Historische Entwicklung und aktuelle Umsetzung

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 52 (2014)

Sosa, Fabian

Anwaltskanzleien und Exportversicherungen – Konfliktlösungen für internationale Handelsgeschäfte

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 53 (2014)

Hose, Christian / Lübke, Karsten / Nolte, Thomas / Obermeier, Thomas

Einführung von Elektromobilität in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme von Barrieren und Lösungsansätzen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 54 (2015)

Klukas, Jörg

Trend Empfehlungsmarketing in der Personalbeschaffung – Einordnung und empirische Analyse

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 55 (2015)

Wohlmann, Monika

Finanzmarktintegration in Mittelosteuropa: Eine empirische Analyse der integrativen Wirkung des Euro

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 56 (2015)

Rudolph, Elke

Crossmedia-Kommunikation, Komponenten, Planung, Implementierung und Prozesskontrolle- illustriert mit Beispielen aus der Entertainmentbranche

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 57 (2015)

Cervelló-Royo, Roberto / Guijarro Martínez, Francisco / Pfahler, Thomas / Preuss, Marion

Residential trade and industry –

European market analysis, future trends and influencing factors

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 58 (2016)

Hose, Christian / Obermeier, Thomas / Potthast, Robin

Demografischer Wandel: Implikationen für die Finanz- und Immobilienwirtschaft

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 59 (2016)

Fritsche, Charmaine

Cross-Sectional Tests of the Capital Asset Pricing Model –
in Stock Markets of the U.K. and the U.S.

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 60 (2016)

Löhr, Andreas / Ibragimov, Mansur

Determinants of Capital Structure in Times of Financial Crisis –

An Empirical Study with Focus on TecDAX Companies

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 61 (2016)

Dreesen, Heinz / Heuser, Elena / Holtfort, Thomas

Neuorganisation der Bankenaufsicht –

Auswirkungen und kritische Würdigung des einheitlichen europäischen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 62 (2016)

Kinne, Peter

Querschnitts-Disziplinen und ihr Synergiepotenzial zum Abbau dysfunktionaler
Eigenkomplexität

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 63 (2016)

Schaff, Arnd / Gottschald, Jan

Prozessoptimierung im Produktentstehungs- und Intellectual Property Manage-
ment Prozess unter besonderer Berücksichtigung von Schutzrechtsaspekten

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 64 (2016)

Richardt, Susanne

Chances and Challenges for Media-Based Instruction in Higher Education
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 65 (2016)

Godbersen, Hendrik

Die Führung von Apotheken mit Relationship Marketing –
Theorie, Empirie und Anwendung
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 66 (2016)

Ahrendt, Bernd

Komplexe Entscheidungssituationen für Führungskräfte im Kontext von
Führungskonzepten und Selbstcoaching als Selbstreflexionsprozess
für die Praxis
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 67 (2017)

Herlyn, Estelle

Zur Bedeutung von Nachhaltigkeit für die ökonomische Ausbildung
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 68 (2017)

Dotzauer, Andreas

Coaching in Theorie und Praxis –
Eine Bestandsaufnahme aus interdisziplinärer Perspektive
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 69 (2018)

Kotas, Carsten

Real Estate Crowdfunding in Deutschland –
Eine empirische Untersuchung vom 01.01.2012 - 31.12.2017
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 70 (2018)

Brademann, Isabell / Piorr, Rüdiger

Das affektive Commitment der Generation Z –
Eine empirische Analyse des Bindungsbedürfnisses an
Unternehmen und dessen Einflussfaktoren
ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 71 (2018)

Bauerle, Christoph T.

Haftung in der Anlageberatung –

Die Empfehlung zum unterlassenen Wertpapierkauf aus rechtlicher Sicht

ISSN 2569 – 0876 (Print) - ISSN 2569 – 0884 (eBook)

Band 72 (2019)

Schwegler, Ulrike

Den Wandel gestalten: zukunftsorientiert führen –

Empirische Erkenntnisse und praktische Handlungsoptionen

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

Band 73 (2019)

Heupel, Thomas / Hohoff, Christoph / Landherr, Gerrit

Internationalisierung der FOM Forschung – Berichte aus dem Europäischen Forschungsraum

ISSN 1865-5610 (Print) - ISSN 2569-5800 (eBook)

ISBN 978-3-89275-093-2 (Print) – ISBN 978-3-89275-094-9 (eBook)



FOM Hochschule

FOM. Die Hochschule. Für Berufstätige.

Die mit bundesweit über 50.000 Studierenden größte private Hochschule Deutschlands führt seit 1993 Studiengänge für Berufstätige durch, die einen staatlich und international anerkannten Hochschulabschluss (Bachelor/Master) erlangen wollen.

Die FOM ist der anwendungsorientierten Forschung verpflichtet und verfolgt das Ziel, adaptionsfähige Lösungen für betriebliche bzw. wirtschaftsnahe oder gesellschaftliche Problemstellungen zu generieren. Dabei spielt die Verzahnung von Forschung und Lehre eine große Rolle: Kongruent zu den Masterprogrammen sind Institute und KompetenzCentren gegründet worden. Sie geben der Hochschule ein fachliches Profil und eröffnen sowohl Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch engagierten Studierenden die Gelegenheit, sich aktiv in den Forschungsdiskurs einzubringen.

Weitere Informationen finden Sie unter fom.de



Unter dem Titel »FOM forscht« gewähren Hochschullehrende der FOM Einblick in ihre Projekte. Besuchen Sie den Blog unter fom-blog.de